Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 3, 3. Jg., 6/2016
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Atombomben
für fünf atomwaffenfreie Staaten ▶ SEITE 6

Was macht Seine Heiligkeit im unheiligen Club?
Gedanken zur Verleihung des Karlspreises an Papst Franziskus ▶ SEITE 12

Film: „Krater für den Frieden“
Interview mit der Journalistin Gaby Weber ▶ SEITE 16

Finanz-Tsunami
nimmt seinen Lauf, von Ernst Wolff ▶ SEITE 25

Ray McGovern
Der ehemalige CIA-Analyst im Interview mit acTVism Munich ▶ SEITE 27

Wir sind Frieden
Unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühnen, von Andrea Drescher ▶ SEITE 30

Was Rassismus ist, bestimmen wir!
Kommentar von Evelyn Hecht-Galinski ▶ SEITE 33

Buch: „Die CIA und das Heroin“
Der Historiker Alfred W. McCoy beschreibt eine reale Verschwörung ▶ SEITE 35

Interview mit Daniele Ganser
Die Strategie der Spannung, Gladio und die Nato ▶ SEITE 45

Das Free21-Prinzip:

Brecht das Schweigen!

Die Obama-Regierung rüstet atomar auf: weitere Atomsprengköpfe und neue nukleare Trägersysteme. Die Ausgaben für atomare Sprengköpfe stiegen unter Obama mehr als unter jedem anderen Präsidenten zuvor. Der Journalist JOHN PILGER schreibt: „Ein Weltkrieg hat begonnen – brecht das Schweigen!“ ▶ SEITE 3

Was steckt hinter den **„Panama Papers“?**

Bei näherem Hinsehen stellt man fest, dass die Auswahl an „ertappten“ Steuersündern zum einen recht einseitig ausfällt und zum anderen außergewöhnlich gut in das Konzept der US-Regierung passt.
von Ernst Wolff ▶ SEITE 10

Europa tappt in die **TTIP-Falle**

Eine Weile wird so getan, als wolle man TTIP doch noch abschließen. Denn das lenkt von der viel größeren Gefahr ab, die es zu verhindern gälte: dem ausverhandelten CETA-Abkommen mit Kanada.
von Norbert Häring ▶ SEITE 21

Interview mit **James Risen**

Was der „Kampf gegen den Terror“ für unsere Freiheiten bedeutet, bespricht der amerikanische Investigativ-Journalist, zweimalige Pulitzer-Preisträger und Autor mehrerer Bestseller im Interview mit Dirk Pohlmann. ▶ SEITE 37

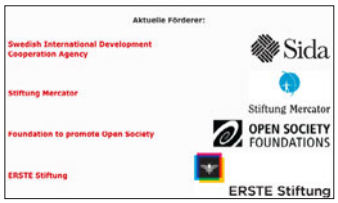
Sind **Verschwörungstheorien** unsinnig?

Woher kommt eigentlich diese Annahme? Ein Erklärungsversuch von Paul Schreyer ▶ SEITE 7

Das kommende **Bargeldverbot**

Die meisten der offiziellen Argumente zur Abschaffung des Bargeldes klingen absurd. Worum geht es? ▶ SEITE 23

Von **Denkfabriken** und Flüchtlingspolitik



Am 8. Oktober 2015 hat Kanzlerin Angela Merkel im deutschen Fernsehen verkündet: „Ich habe einen Plan.“ ▶ SEITE 42

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 3, 3. Jg., 6/2016 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Rückkehr zur **Demokratie?**

Laut einem Bericht von Reuters vom 17. Mai 2016 laufen die Verantwortlichen für 9/11 immer noch frei herum – und dabei wird Osama bin Laden mit keinem Wort erwähnt. Am selben Tag votierte der US-Senat einstimmig für einen Gesetzentwurf, der Klagen wegen der Anschläge vom 11. September gegen Saudi-Arabien ermöglichen sollte – die Obama-Administration steht aber fest dagegen.

Zuerst war es Bush, nun ist es Obama, der jede Initiative zur Veröffentlichung der im 9/11- Kommissionsbericht fehlenden, bislang geheimen 28 Seiten mit seinem Veto unterbindet, obwohl schon seit Längerem selbst in den Leitmedien über eine Rolle der saudischen Regierung bei der Finanzierung der Anschläge berichtet wird. Fünfzehn der angeblichen Täter waren zudem saudi-arabische Staatsbürger; elf hatten ihr Visum auf dem amerikanischen Konsulat in Jeddah erhalten.

Im wenig fundierten und weltweit kritisierten 9/11-Kommissionsbericht steht, dass „die Frage der Finanzierung der Anschläge schließlich ohne Bedeutung“ wäre. Die 28 Seiten, die das Thema beschreiben, wurden gleichwohl als „top secret“ eingestuft. Mehrere Kongressmitglieder, die diese Seiten inzwischen lesen konnten, waren erschrocken: Einige haben sich trotz Schweigepflicht mit Andeutungen geäußert, dass, würden die Inhalte publik, die Weltgeschichte neu geschrieben werden müsste.

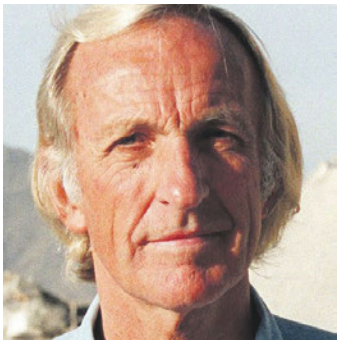
In den USA spricht man jetzt also über Saudi-Arabien als möglichen Täter oder Mittäter, zugleich schreiben saudi-arabische Medien, dass das Ganze von den USA inszeniert worden sei. Dass dabei niemand mehr bin Laden erwähnt, sollte in unseren westlichen Parlamenten eigentlich einen Schock auslösen – die bin-Laden-Variante mit unkontrollierbaren, wahnsinnigen Fanatikern als Tätern stellte ja schließlich die Grundlage für den „Krieg gegen den Terror“ dar. Dieser Krieg hat seit 2001 mit Sicherheit mehr als eine Million Menschen das Leben gekostet und den ganzen Mittleren Osten destabilisiert. Ein Krieg, an dem wir kritiklos beteiligt sind.

Für die westlichen Medien und Politiker wäre es jetzt an der Zeit, die diesbezüglichen Versäumnisse der vergangenen 15 Jahre anzupacken. Denn natürlich ist es von größter Wichtigkeit zu erfahren, wer den bisher folgenreichsten Terroranschlag der Welt finanziert hat. Wenn Medien und Politik das Thema aber trotz des US-Gerichtsbeschlusses und trotz der geheimen 28 Seiten weiterhin ignorieren, werden sie ihre Glaubwürdigkeit endgültig verlieren. Damit stirbt dann auch die letzte Hoffnung auf eine echte parlamentarische Demokratie innerhalb des jetzigen Rahmens. Wo ist das unabhängige, womöglich internationale Gericht, das sich dieses weltgeschichtlichen Verbrechens annimmt?

Zahlreiche Autoren, Augenzeugen und Whistleblower haben in mühevoller, jahrelanger Arbeit Fakten zum Verlauf von 9/11 zusammengetragen, die die offizielle Darstellung grundsätzlich infrage stellen. Es gibt massive Hinweise auf die Beteiligung des US-amerikanischen Militärisch-Industriellen-Komplexes, von Kräften in Saudi-Arabien sowie des israelischen Geheimdienstes Mossad. Der Souverän hat ein Anrecht darauf, dass Politiker, Presse und Justiz ihre Verantwortung innerhalb der Demokratie wahrnehmen. Wollen wir wirklich damit leben, dass der 11. September ungeklärt bleibt und dass die USA uns sagen, wer ermittelt werden darf und wer nicht?

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Ein **Weltkrieg** hat begonnen, **brecht das Schweigen!**



Journalist John Pilger

Die Obama-Regierung rüstet atomar auf: weitere Atomsprengköpfe, neue nukleare Trägersysteme, noch mehr Nuklearanlagen. Die Ausgaben für atomare Sprengköpfe stiegen unter Obama mehr als unter jedem anderen Präsidenten zuvor.

von John Pilger

Ich war einmal zu Dreharbeiten auf den Marshallinseln, also nördlich Australiens, mitten im Pazifischen Ozean. Jedes Mal, wenn ich Leuten davon erzähle, kommt die Frage: „Wo ist denn das?“ Und wenn ich ihnen den Hinweis „Bikini“ gebe, dann sagen sie: „Meinen Sie den Badeanzug?“ Nur wenigen ist bekannt, dass der Bikini zu Ehren jener Atombombenexplosionen benannt wurde, die das Bikini-Atoll zerstört haben. Zwischen 1946 und 1958 haben die USA 66 nukleare Sprengkörper auf den Marshallinseln zur Explosion gebracht, ein Equivalent von 1,6 Hiroshima-Bomben pro Tag – zwölf Jahre lang.

> Bikini ist heute tot, mutiert und verstrahlt. Die Palmen wachsen mit einem seltsamen Muster. Nichts bewegt sich. Es gibt keine Vögel. Die Grabsteine auf dem alten Friedhof strahlen. Über meinen Schuhen registrierte der Geigerzähler die Stufe „unsicher“.

Das Bikini-Atoll, 1. Juli 1946 (Foto US Library of Congress, Gemeinfrei)

Ich stand am Strand und sah inmitten des Smaragdgrüns des Pazifik ein riesiges schwarzes Loch: Das war der Krater, den die Wasserstoffbombe mit dem Namen „Castle Bravo“ hinterlassen hat. Ihre Explosion hat die Menschen und die Umgebung über Hunderte von Kilometern vergiftet, wahrscheinlich für immer. Auf meiner Rückreise landete ich auf dem Flughafen von Honolulu. Ich sah ein amerikanisches Magazin namens „Women’s Health“, auf dem Titelbild eine lächelnde Frau in einem Bikini, darunter die Schlagzeile: „Auch Sie können eine Bikinifigur haben!“ Ein paar Tage zuvor hatte ich auf den Marshallinseln mit Frauen gesprochen, die ganz andere „Bikinikörper“-Probleme hatten: Sie litten unter Schilddrüsenkrebs und anderen lebensbedrohlichen Tumoren. Im Gegensatz zu der Frau in dem Magazin waren sie alle verarmt: die Opfer und Laborratten einer habgierigen Supermacht, die heute gefährlicher denn je ist.

Ich erzähle hier von diesen Erfahrungen, um zu warnen und um die Gedankenlosigkeit zu durchbrechen, die so viele von uns umfangen hält. Der Gründer der modernen Propaganda, Edward Bernays, beschrieb dieses Phänomen als „die bewusste und intelligente Manipulation von Gewohnheiten und Meinungen“ in demokratischen Gesellschaften. Er nannte es „unsichtbare Führung“. Wie vielen Menschen ist bewusst, dass ein Weltkrieg begonnen hat? Momentan ist es ein Propagandakrieg aus Lügen und Ablenkungsmanövern, aber das kann sich mit dem ersten falsch übermittelten Befehl, mit der ersten Rakete schlagartig ändern.

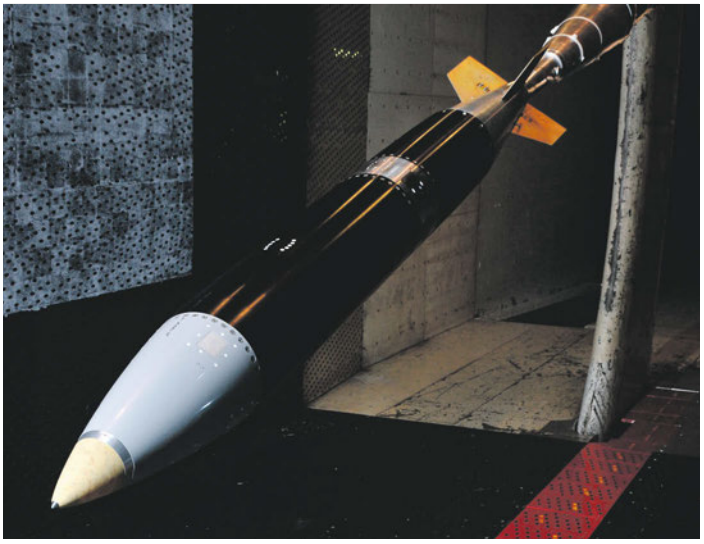
> 2009 stand Präsident Obama vor einer ihn anhimmelnden Menge in Prag, mitten im Herzen Europas. Er verpflichtete sich, „die Welt von Atomwaffen zu befreien“. Die Leute jubelten und manche mussten weinen. Ein Strom aus Plattheiten wälzte sich durch die Medien. Danach bekam Obama den Friedensnobelpreis.

Alles eine Fälschung, alles Lüge.

Die Obama-Regierung lässt noch mehr Nuklearwaffen bauen, weitere Atomsprengköpfe, weitere nukleare Trägersysteme, noch mehr Nuklearanlagen. Die Ausgaben für atomare Sprengköpfe stiegen unter Obama mehr als unter jedem anderen Präsidenten zuvor – die Kosten betragen über 30 Jahre mehr als eine Billion Dollar. Eine atomare Minibombe ist in Planung. Sie trägt den Namen „B61, Modell 12“. Vergleichbares hat es noch nie gegeben. General James Cartwright, ein früherer Vizechef des Vereinten Generalstabs, sagte: „Die Verkleinerung macht den Gebrauch dieser Nuklearwaffen denkbarer.“

In den letzten 18 Monaten gab es an Russlands Westgrenze den größten Aufmarsch militärischer Kräfte seit dem Zweiten Weltkrieg – angeführt von den USA. Seit der Invasion Hitlers in die Sowjetunion war Russland nicht mehr derart offenkundig durch ausländische Truppen bedroht. Die Ukraine – einst ein Teil der Sowjetunion – ist zu einem Freizeitpark der CIA geworden. Seit der Inszenierung des Staatsstreiches in Kiew kontrolliert Washington hier ein Regime, das Russland hasst, aber mit ihm eine Grenze teilt. Ein von Nazis angefaultes Regime. Prominente Parlamentarier in der Ukraine sind politische Abkömmlinge von Faschisten der berüchtigten OUN und UPA. Öffentlich loben sie Hitler und rufen nach der Verfolgung und Vertreibung der russischsprachigen Minderheit. Das ist dem Westen selten eine Meldung wert, oder es wird ins Gegenteil verkehrt, um die Wahrheit zu unterdrücken. In Lettland, Litauen und Estland – gleich neben Russland – stationieren die USA Kampftruppen, Panzer und schwere Waffen. Diese extreme Herausforderung an die zweitgrößte Nuklearmacht der Welt quittiert der Westen mit Stillschweigen.

Was die Gefahr eines Atomkrieges noch vergrößert, ist die gleichzeitige Kampagne gegen China. Es vergeht kaum ein Tag, an dem China nicht in den Rang einer „Bedrohung" befördert wird. Laut Admiral Harry Harris, dem US-Pazifik-Kommandanten, „baut China im Südchinesischen Meer eine Große Mauer aus Sand". Harris bezieht sich mit dieser Aussage auf die chinesischen Bauarbeiten für Landebahnen auf den Spratly-Inseln, welche ein Streitobjekt zwischen China und den Philippinen sind. Ein eher belangloser Zwist, bis Washington die Regierung in Manila bestach und erpresste und das Pentagon eine Propagandakampagne mit dem Namen „freedom of navigation" startete. Was bedeutet das in Wirklichkeit? Es meint, dass amerikanische Kriegsschiffe die Freiheit besitzen sollen, in



B61-12 Nuclear Bomb Design (Foto: Federation of American Scientists)

den chinesischen Küstengewässern zu patrouillieren und diese zu kontrollieren. Stellen Sie sich die amerikanische Reaktion vor, wenn chinesische Kriegsschiffe dasselbe vor der kalifornischen Küste tun würden!

Ich habe einen Film mit dem Titel „Der Krieg, den man nicht sieht" gemacht. Darin habe ich renommierte Journalisten aus Amerika und Großbritannien interviewt, Reporter wie Dan Rather von CBS, Rageh Omar von der BBC oder David Rose vom Observer. Alle sagten: Hätten die Journalisten und die Sender ihren Job gemacht und die Propaganda bezüglich Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen hinterfragt, hätte man die Lügen von George W. Bush und Tony Blair nicht durch Journalisten verstärkt und nachgeplappert, dann wäre die Irak-Invasion möglicherweise nicht passiert und Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder wären heute noch am Leben.

Die Propaganda als Grundlage für einen Krieg gegen Russland und/oder China ist im Grunde die gleiche. Nach meiner Kenntnis gibt es keinen Journalisten im westlichen Mainstream, also so jemanden wie Dan Rather, der fragt, warum China im Südchinesischen Meer Landebahnen baut. Denn die Antwort liegt klar auf der Hand: Die Vereinigten Staaten kreisen China mit einem Netz aus Militärbasen ein, mit ballistischen Raketen, Schlachtverbänden und Nuklearbombern. Dieser tödliche Bogen spannt sich von Australien über die Inseln im Pazifik, die Mariannen und die Marshallinseln und Guam bis zu den Philippinen, Thailand, Okinawa, Korea und über Eurasien nach Afghanistan und Indien. Amerika hat China eine Schlinge um den Hals gelegt, aber das ist keine Meldung wert. Schweigen durch die Medien – Krieg durch die Medien.

2015 haben die USA und Australien unter höchster Geheimhaltung das größte Luft-See-Manöver in der jüngeren Geschichte durchgeführt, Codename „Talisman Sabre". Ziel dieses Manövers waren die Übung einer Luft-See-Schlacht und die Blockade von Seewegen wie den Straßen von Malakka und von Lombok, was China vom Zugang zu Erdöl, Gas und anderen lebenswichtigen Rohstoffen aus dem Nahen Osten und aus Afrika abschneiden würde.

In dem als amerikanischer Präsidentschaftswahlkampf bezeichneten Zirkus wird Donald Trump als ein Irrer, ein Faschist dargestellt. Natürlich ist er abscheulich, aber er ist zugleich auch ein Hassobjekt der Medien. Allein das sollte uns skeptisch machen.

Trumps Ansichten zur Migration sind grotesk, aber auch nicht grotesker als die von David Cameron. Nicht Trump ist der große Abschieber in den Vereinigten Staaten, sondern der Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Laut einem erstaunlichen liberalen Kommentator „entfessele" Trump „die dunklen Mächte der Gewalt" in den Vereinigten Staaten. Er ent-fesselt sie erst?

Dies ist das Land, in dem Kleinkinder ihre Mütter erschießen und die Polizei einen mörderischen Krieg gegen schwarze Bürger führt. Dieses Land hat mehr als 50 Länder angegriffen, um deren Regierungen zu stürzen, viele davon waren Demokratien. Die USA haben Länder von Asien bis in den Nahen Osten bombardiert und den Tod und die Vertreibung von Millionen Menschen verursacht. Kein anderes Land kommt diesem systemischen Gewaltrekord nahe. Die meisten amerikanischen Kriege (fast alle gegen wehrlose Länder) wurden nicht von republikanischen Präsidenten, sondern von liberalen Demokraten angezettelt: Truman, Kennedy, Johnson, Carter, Clinton, Obama.

1947 beschrieb eine Reihe von Richtlinien des Nationalen Sicherheitsrates das vorrangige Ziel der amerikanischen Außenpolitik auf folgende Weise: Man wolle eine Welt schaffen, die „wesentlich nach unserem eigenen Bildnis gestaltet ist". Dies ist die Ideologie des amerikanischen Messianismus: Wir sind alle Amerikaner, und wehe dem, der nicht mitmacht – Abweichler werden bekehrt, bestochen, verleumdet, gestürzt oder zerschmettert.

Donald Trump ist Ausdruck dieser Ideologie. Aber er ist auch ein eigenwilliger Querdenker. Er sagt, dass die Invasion in den Irak ein Verbrechen war. Er will nicht gegen Russland und China in den Krieg ziehen. Für uns heißt die Gefahr darum nicht Trump, sondern Hillary Clinton. Sie ist keine Querdenkerin. Sie verkörpert die Widerstandsfähigkeit und die Gewalt eines Systems, dessen viel gepriesener „Exzeptionalismus" totalitär ist, manchmal nur mit einem liberalen Gesicht.

Der Tag der Präsidentenwahl rückt näher, Clinton wird als erste weibliche Präsidentin bejubelt

Publiziert auf Free21 am 28.03.2016, 14:42 Uhr, von John Pilger - übersetzung von Propagandaschau - Lizens: John Pilger

werden, ungeachtet ihrer Verbrechen und Lügen. Genauso, wie damals Barack Obama als erster schwarzer Präsident gefeiert wurde und die Liberalen seinen Unsinn mit der „Hoffnung“ geschluckt haben – dasselbe Geschwätz geht immer weiter.

Der Guardian-Kolumnist Owen Jones beschrieb Obama als „witzig, charmant, mit einer Coolness, die praktisch alle anderen Politiker in den Schatten stellt“. Einen Tag später schickte Obama Drohnen los und schlachtete 150 Menschen in Somalia ab. Für gewöhnlich töte er Menschen nur an Dienstagen, berichtete die New York Times, an jenen Tagen bekomme er nämlich immer eine Liste mit den Todeskandidaten der Drohnen. Wirklich cool …

In ihrer Wahlkampagne 2008 drohte Hillary Clinton dem Iran mit „totaler Vernichtung“ durch Nuklearwaffen. Als Außenministerin unter Obama nahm sie am Sturz der demokratischen Regierung von Honduras teil. Die Beteiligung an der Zerstörung Libyens 2011 war ihr sogar ein Vergnügen: Als der libysche Staatführer Oberst Gaddafi öffentlich mit einem Messer anal penetriert wurde – ein Mord, der durch amerikanische Logistik ermöglicht wurde –, da freute sich Clinton diebisch über seinen Tod: „Wir kamen, wir sahen, er starb.“ Eine von Clintons engsten Verbündeten ist Madeleine Albright, die frühere Außenministerin. Sie hat jungen Frauen vorgeworfen, nicht für „Hillary“ zu stimmen. Dies ist dieselbe Madeleine Albright, die infamerweise vor laufender Kamera den Tod einer halben Million irakischer Kinder feierte: „Das war’s wert!“

Zu Clintons größten Unterstützern gehören die Israel-Lobby und die Waffenschmieden, die die Gewalt im Nahen Osten anheizen. Clinton und ihr Mann haben von der Wall Street ein Vermögen erhalten, und doch wurde sie dazu bestimmt, als Kandidatin der Frauen den bösen, superreichen Trump zu besiegen, den offiziellen Dämon. Zu ihren Unterstützerinnen zählen auch prominente Feministinnen, solche wie Gloria Steinem in den USA und Anne Summers in Australien.

US-Übung, Codename „Talisman Sabre (Foto: RT.com)

Eine Generation zuvor hatte ein postmoderner Kult namens „Identitätspolitik“ viele intelligente und liberal gesinnte Menschen daran gehindert, sich die Ziele und die Personen näher anzuschauen, die sie unterstützten. Ergebnisse waren die gelungenen Täuschungen Clintons und Obamas ebenso wie die vermeintlich progressive Syriza-Bewegung in Griechenland, die ihr Volk betrogen und sich mit dem Feind verbündet hat. Die Selbstbezogenheit, eine Art „Ich“-Sucht, ist in den privilegierten westlichen Gesellschaften zum dominierenden Zeitgeist geworden. Die großen, kollektiven Bewegungen gegen Krieg, soziale Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Rassismus und Sexismus sind verschwunden.

Geht dieser lange Schlaf heute vielleicht wieder seinem Ende entgegen? Die Jugend rührt sich wieder, Schritt für Schritt. Tausende in Großbritannien, die Jeremy Corbyn als Labour-Führer unterstützen, sind Teil dieses Erwachens, ebenso jene, die sich versammeln, um Senator Bernie Sanders zu unterstützen. Allerdings hat Jeremy Corbyns engster Verbündeter, sein Kandidat für das Amt des Finanzministers John McDonnell, letzte Woche zugesagt, dass auch eine Labour-Regierung die Schulden der räuberischen Banken übernehmen und mit der prinzipiellen Austeritätspolitik fortfahren werde. Und in den USA versprach Bernie Sanders, Clinton zu unterstützen, falls sie nominiert werden sollte. Auch hat Sanders, wann immer er es in der Vergangenheit „gerechtfertigt“ fand, für den Einsatz von Gewalt gegen andere Staaten gestimmt. Und schließlich findet auch Sanders, dass Obama „einen großartigen Job“ gemacht habe. In Australien regiert eine Art Begräbnispolitik, in den Medien werden nervtötende parlamentarische Spielchen vorgeführt, während Flüchtlinge und Ureinwohner verfolgt werden und die Ungleichheit wächst, zusammen mit der Kriegsgefahr. Die Regierung von Malcolm Turnbull hat gerade einen sogenannten Verteidigungsetat von über 195 Milliarden Dollar vorgelegt, der die Zeichen auf Krieg stellt. Es gab keine Debatte, nur Schweigen.

Was ist aus der großen Tradition direkter Aktionen des Volkes geworden, jenseits aller Parteien? Wo sind der Mut, die Fantasie und das Engagement, die es braucht, um die lange Reise in eine bessere, eine gerechte und friedliche Welt zu beginnen? Wo sind die Dissidenten in der Kunst, im Film, im Theater oder in der Literatur? Wo sind jene, die das Schweigen durchbrechen? Oder wollen wir warten, bis die erste Atomrakete startet?

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

John Pilger

ist ein australischer Journalist und Dokumentarfilmer. Von 1963 bis 1986 war Pilger Leiter der Auslandsredaktion des „Daily Mirror“. Seitdem arbeitet Pilger als freier Journalist. Mit zahllosen Journalismus-Preisen ausgezeichnet, gehört Pilger zu den prominentesten englischsprachigen Journalisten. Quelle: Wikipedia

www.johnpilger.com

Dieser Text wurde zuerst am 27. März 2016 auf Propagandaschau.wordpress.com unter der URL ‹https://propagandaschau.wordpress.com/2016/03/27/john-pilger-ein-weltkrieg-hat-begonnen/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=21808›

Atom-Bomben für Italien, Deutschland, Belgien, Niederlande und Türkei

Fünf offiziell atomwaffenfreie Staaten brechen aktuell den Atomwaffensperrvertrag, da sie US-Atombomben lagern und deren Einsatz trainieren. Diese Waffen sollen demnächst sogar noch modernisiert werden, obwohl Washington auf dem Atomgipfel „Nuclear Security Summit" immer wieder behauptet, gegen eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages und sogar für die Vision einer atomwaffenfreien Welt einzutreten. **von Manlio Dinucci, Übersetzung Ralf Hesse**

Vielen Dank, Präsident Obama! Italien wird sein Engagement für die nukleare Sicherheit mit großer Entschlossenheit fortsetzen." Dies twitterte der italienische Premier Matteo Renzi im April nach seiner Teilnahme am Atomsicherheitsgipfel in Washington. „Der Wildwuchs und der potenzielle Einsatz von Atomwaffen", hatte Obama in seiner Präsentation auf diesem Gipfel erklärt, „stellen die allergrößte Bedrohung für die weltweite Sicherheit dar. Aus diesem Grund habe ich mich schon vor sieben Jahren in Prag gegen eine Weiterverbreitung von Atomwaffen eingesetzt."

Zu dem Zeitpunkt, zu dem Obama dies erklärte, lieferte die Federation of American Scientists (FAS) ganz andere Nachrichten, nämlich über die Entwicklung der neuen US-Atombombe „B61-12", die dazu bestimmt ist, die von den USA in Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Türkei eingelagerten „B61"-Bomben zu ersetzen. Aktuell laufen Testreihen, die „B61-12" mit einer Anti-Bunker-Kapazität auszurüsten, um bei einem nuklearen Erstschlag durch eine Tiefenexplosion Kommandozentren und andere unterirdische Strukturen zerstören zu können. Für den Einsatz dieser neuen, präzisionsgelenkten Atombomben mit variabler Sprengkraft stellt Italien nicht nur die Basen von Aviano (Friuli) und Ghedi-Torre (Brescia) zur Verfügung, sondern sogar die Piloten, welche für nukleare Angriffe unter US-Kommando trainiert sind. Beleg dafür ist die von der FAS bestätigte Präsenz des 704. „Munitions Support Squadron (MUNNS)" in Ghedi, eine von vier Einheiten der US-Air-Force, die in vier europäischen Basen stationiert sind, „wo US-Atomwaffen dazu bestimmt sind, von den Bombern des Gastlandes ins Ziel getragen zu werden".

Eine Bestätigung dieser Tatsachen von US-amerikanischer Seite findet sich auch im „Bulletin of the Atomic Scientists" (thebulletin.org), das eine der verlässlichsten Quellen zum Thema Atomwaffen darstellt und am 2. März 2016 schreibt: „Den belgischen, niederländischen und gegebenenfalls auch den türkischen Luftstreitkräften (mit F16-Flugzeugen) sowie den deutschen und italienischen Luftstreitkräften (mit PA-200 Tornado-Flugzeugen) ist ein Atomangriff mit US-Atomwaffen übertragen worden [‚are assigned nuclear strike missions with US nuclear weapons']. Unter normalen Umständen werden diese Waffen durch US-Air-Force-Personal kontrolliert, bis ihr Kriegseinsatz durch den US-Präsidenten autorisiert und die NATO bestätigt worden ist [‚until their use is authorized by the US president and approved by NATO in a war']." [1]

Auf diese Weise finden sich Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und die Türkei, die offiziell allesamt keine Atommächte sind, in der ersten Reihe der Kampfzone und im Falle einer atomaren Konfrontation zwischen USA/NATO und Russland in potenzielle Ziele verwandelt. Eine Konfrontation, die mit dem Roll-Out der neuen US-Atombomben in Europa noch um ein Vielfaches gefährlicher wird, da die neuen Bomben dazu gedacht sind, die atomare Hemmschwelle abzusenken. In der New York Times warnten bereits die unterschiedlichsten Experten davor, dass diese viel exakteren Atomwaffen die Verlockung ihres Einsatzes drastisch erhöhten, insbesondere als Erstschlagswaffen.

Angesichts der wachsenden Gefahr und des politisch-medialen Blackouts zu diesem Thema genügen pauschale Appelle und Lippenbekenntnisse zur nuklearen Abrüstung nicht mehr, da sie sich als allzu leichtes Terrain für Demagogen erwiesen haben. Wir erinnern uns: 2009 hatte Präsident Obama in Prag noch behauptet, „die Vision einer Welt ohne Atomwaffen verwirklichen" zu wollen, tatsächlich aber hat er ein Atomwaffen-Modernisierungsprogramm in Höhe von etwa einer Billion Dollar gestartet. [2]

Dass Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und die Türkei mit der Lagerung und der Vorbereitung des Einsatzes von Atomwaffen den 1975 ratifizierten Atomwaffensperrvertrag brechen, muss in breitester Öffentlichkeit angeprangert werden: „Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen." [3]

In der Berufung auf diesen Vertragstext liegt eine konkrete Handlungsmöglichkeit, die nukleare Eskalation zu entschärfen und einen Schritt in Richtung der Abschaffung von Atomwaffen zu gehen. Wir müssen von unseren Regierungen in Deutschland, Italien, Belgien, in den Niederlanden und in der Türkei die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages einfordern, was zugleich bedeutet, die USA dazu zwingen, jegliche Atomwaffen aus unseren Ländern abzuziehen, anstatt neue „B61-12"-Bomben zu installieren. Wo sind die Abgeordneten in unseren Parlamenten, die dies vorbringen?

Quellen:

[1] Hans M. Kristensen & Robert S. Norris: United States nuclear forces, 2016. Online: <www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00963402.2016.1145901>

[2] <www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/us-haushalt-atomwaffen-modernisierung-uranlager-y-12>

[3] <www.atomwaffena-z.info/fileadmin/user_upload/pdf/NPT-Vertrag.pdf>

Autor:

Manlio Dinucci

Geograph und Geopolitiker. Letztes veröffentlichtes Werk: Laboratorio di geografia, Zanichelli 2014 ; Geocommunity Ed. Zanichelli 2013 ; Escalation. Anatomia della guerra infinita, Ed. DeriveApprodi 2005.

Dieser Text wurde zuerst am 29. April 2016 auf Voltairenet unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article191534.html› veröffentlicht. Lizenz: CC 2.0

‹http://www.free21.org/?p=22302›

Die Sache mit den **Verschwörungstheorien**

Sind Verschwörungstheorien immer Unsinn? Und woher kommt eigentlich diese Annahme? Ein Erklärungsversuch

von Paul Schreyer

Forscher, die Methoden der Herrschaft und der Macht in der heutigen Gegenwart untersuchen, geraten häufig in den Verdacht, sogenannte Verschwörungstheoretiker zu sein. Dem liegt die Auffassung zugrunde, die Struktur der Welt sei mittlerweile derart komplex, ökonomisch wie auch politisch, dass im Prinzip der Zufall herrsche oder das Chaos, keinesfalls aber eine Gruppe von wenigen mächtigen Personen.

Nun wird niemand ernsthaft bestreiten, dass es einige wenige sehr reiche und mächtige Menschen tatsächlich gibt. Auch ist klar, dass diese Leute ihren Reichtum ausdehnen und ihren Einfluss festigen möchten. Ebenfalls unstrittig ist, dass sie zurzeit einen gewissen politischen Einfluss ausüben.

Viele Artikel und Kommentare kritisieren zum Beispiel seit Jahren, dass Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den USA eher Versteigerungen gleichen, bei denen wohlhabende Spender eine Vorauswahl treffen, indem sie auf einzelne Kandidaten hohe Geldbeträge setzen, und aus diesen Politikern dann einige vom Volk wählen lassen, nachdem sie deren vermeintliche Vorzüge mit einem Millionenbudget und allen bekannten und unbekannten Marketingtricks den Bürgern vermittelt haben.

Das weiß man alles. Auch die wachsende Rolle der politischen Lobbyisten großer Konzerne ist kein Geheimnis und wird zumindest ab und zu öffentlich thematisiert. All dies würde niemand als Verschwörungstheorie bezeichnen.

Wie viel Macht haben die Reichsten?

Strittig ist bei den Theorien zur Rolle und zum Einfluss privater Geldmacht also eigentlich nicht, ob sie grundsätzlich stimmen oder nicht, sondern eher, inwieweit sie stimmen. Wie viel Macht haben die reichsten und bestvernetzten Milliardäre also wirklich? Wie üben sie diese aus? Und wie sind sie überhaupt an ihren Reichtum gelangt? Das sind die Fragen des sogenannten „Power Structure Research“, der Elitenforschung, die ein wichtiger – und von Milliardären eher selten geförderter – Zweig der Soziologie ist.

Zur wissenschaftlichen Methodik gehört dabei die Theoriebildung. Ein Forscher muss eine Annahme formulieren, die es dann zu überprüfen gilt. Nimmt er etwa an, dass die Personen, die er untersucht, sich zur Erreichung eines wirtschaftlichen oder politischen Ziels miteinander verabredet haben, ohne darüber die Öffentlichkeit zu informieren, dann ist diese Annahme notwendigerweise und im Wortsinne eine Verschwörungstheorie.

Damit haben nicht nur Elitenforscher zu tun, sondern noch viel häufiger Kriminalisten. Die Polizei bezeichnet ihre eigenen Verschwörungstheorien so harmlos wie zutreffend als „Ermittlungshypothesen“. Ohne selbige könnte sie gar nicht arbeiten – zumindest dann nicht, wenn sie bei einem ungeklärten Fall von mehr als einem Täter ausgeht. Für eine Verschwörung braucht es ja bekanntlich mindestens zwei.

Ermittlern wird während ihrer Ausbildung ausdrücklich beigebracht, solche Theorien zu entwickeln, und zwar nicht etwa von verrückten „Verschwörungsparanoikern“ in dunklen Hinterzimmern, sondern von staatlich geprüften Lehrern an öffentlichen Polizeihochschulen.

Es steht auch nicht in Zweifel, dass einige mächtige Menschen sich hin und wieder miteinander verschwören – aus für sie vorteilhaften Gründen und in der Regel zum Schaden der Allgemeinheit. Niemand würde ernsthaft behaupten, dass so etwas nie geschieht oder gar in der Geschichte überhaupt noch nie geschehen wäre.

Gelegentlich, oft erst nach vielen Jahren, stellt sich ja heraus, dass solche heimlichen Absprachen tatsächlich stattgefunden haben. Und die Annahmen, die dazu vorher kursierten, gelten daher später – logisch – als bewiesene Verschwörungstheorien oder „historische Wahrheit“.

Verschwörungstheorie = „paranoider Unsinn“?

So weit ist alles klar. Trotzdem, und für den Beobachter ein wenig rätselhaft, geistert der Begriff „Verschwörungstheorie“ seit vielen Jahren mit einer ganz eigenen Bedeutung durch die Medien und den öffentlichen Raum. Wer ihn benutzt – oft sind es Journalisten, Wissenschaftler oder Politiker –, der meint damit in der Regel so etwas wie „absurde Behauptung“, „paranoider Unsinn“ oder „dummes Gerücht“.

Wie aber kommt es zu dieser pauschalen Abwertung des Begriffes, wo doch jeder weiß, dass Verschwörungen eine ganz normale und alltägliche Sache sind? Warum werden entsprechende Theorien also nicht jedes Mal sorgfältig auf ihre Stichhaltigkeit geprüft, sondern stattdessen pauschal abgelehnt?

Es liegt nahe anzunehmen, dass dies etwas mit ihrer Nähe zur Macht zu tun hat. Verschwörungstheorien behandeln ja selten die Zutaten von Kochrezepten oder andere Fragen des täglichen Lebens, sondern sie spekulieren in der Regel über gesellschaftliche Macht. Meist geht es darin um eine verdeckte Form solcher Macht, oft um eine, die es der herrschenden Meinung zufolge gar nicht gibt.

Daher stellen Verschwörungstheorien regelmäßig das Selbstbild einer demokratischen Gesellschaft infrage. Sie sind dann Ausdruck eines bösen Verdachts: Sind wir womöglich gar keine Demokratie? Entscheiden eigentlich ganz andere als die gewählten Politiker? Werden Kriege inszeniert? Steckt die amerikanische Regierung hinter den Anschlägen vom 11. September 2001?

Tauchen solche Fragen in der Öffentlichkeit auf, dann entsteht zunächst einmal Verunsicherung, die bedrohlich auf den Einzelnen wirkt. Und oft folgt darauf schon im Bruchteil einer Sekunde, quasi als Reflex, die Einordnung als „Verschwörungstheorie“, die als „Unsinn“ abgelehnt wird. Damit ist das Thema dann erst einmal erledigt. Über „dumme Verschwörungstheorien“ unterhalten sich ernsthafte und aufgeklärte Menschen schließlich nicht. Punkt.

Festhalten am beruhigenden Weltbild

Der Umgang mit Verschwörungstheorien hat sicherlich eine psychologische Dimension. In der Regel geht es um Selbstschutz, um eine Art von Vergewisserung und um das Festhalten an einem Weltbild, das als positiv, beruhigend und allgemein erwiesen betrachtet wird. Dieses Weltbild ist zwar individuell unterschiedlich, doch lassen sich bestimmte gemeinsame Elemente erkennen, die man so formulieren könnte:

‚Wir leben in einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. Unser Staat hat zwar Mängel, ist im Kern aber demokratisch organisiert. In Politik und Medien herrscht Meinungsvielfalt. Alle Probleme können innerhalb des bestehenden Systems gelöst werden. Wir haben zwar Schwierigkeiten, sind im Prinzip aber auf einem guten Weg.‘

Dieses Weltbild ist offenbar besonders verbreitet unter Repräsentanten von Staat, Medien und Wissenschaft. Je höher die Funktion des Einzelnen, desto gefestigter scheint es zu sein – so zumindest der subjektive Eindruck des Autors.

Ein Paradebeispiel, das jeder kennt, ist die alljährliche Neujahrsansprache aus dem Bundeskanzleramt. Darin werden die oben genannten Glaubenssätze in einem stets freundlichen und geduldigen Ton in immer neuen Varianten vorgetragen, lächelnd und hoffnungsvoll, in einer Art nachweihnachtlicher Froher Botschaft. Ehemalige DDR-Bürger werden sich erinnern, dass vor dreißig Jahren ein ganz ähnliches Weltbild jeden Abend in der offiziellen Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ präsentiert wurde.

Nicht, dass die Menschen, die einer solchen Weltanschauung anhängen, dumm wären oder völlig unkritisch gegenüber gesellschaftlichen Problemen. Ganz im Gegenteil – oft sind sie intelligent und sprechen auch intensiv über Fehler und Konflikte. Kritische Debatten werden ja nahezu unablässig geführt. Anne Will, Frank Plasberg und Sandra Maischberger lassen grüßen.

Nur, und das ist die Einschränkung, dürfen die Konflikte offenbar nicht das wohlgefügte Fundament des beschriebenen Weltbildes infrage stellen. Da ist die Grenze, die „rote Linie“ erreicht. Wer sie überschreitet, der verlässt den Rahmen des Akzeptierten. Er wird zum Störer und Ärgernis. Und dann ist auch schnell Schluss mit lustig. Die lauten und drängenden Zweifel vieler Verschwörungstheorien werden als Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas wahrgenommen, umso mehr, wenn sie auf fruchtbaren Boden in der Bevölkerung fallen.

Gibt es politische Tabus?

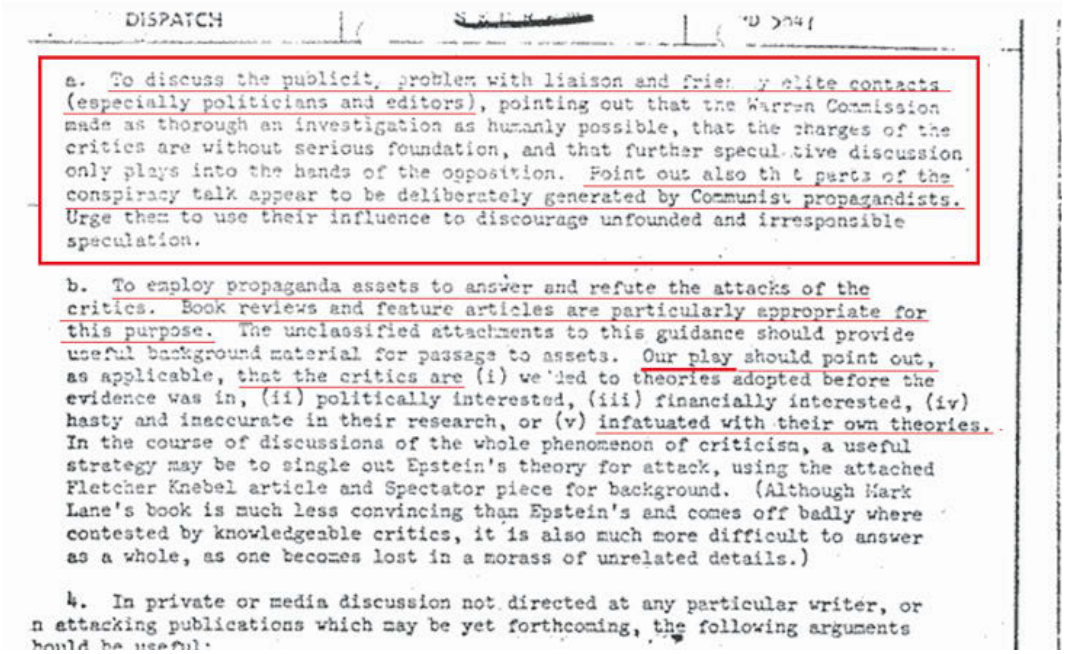
Interessanterweise wird die Existenz roter Linien oder politischer Tabus zugleich abgestritten. Angeblich gibt es sie gar nicht. Was stimmt nun? Wahr ist, dass man die Grenzen des Akzeptierten in der Debatte erst dann bewusst wahrnimmt, wenn man sich ihnen nähert.

Die rote Linie ist kein Sperrzaun, sondern eher eine Fahrbahnmarkierung. Man kann sie mühelos überqueren, bleibt dann aber schnell im Straßengraben hängen und steht zudem noch unter Verdacht, betrunken oder auf andere Art unzurechnungsfähig zu sein.

Daher wird die rote Linie von vielen auch nicht als problematische Beschränkung wahrgenommen, sondern eher als Ausdruck des gesunden Menschenverstandes. Ein Autofahrer käme doch im Traum nicht auf die Idee, die Straße zu verlassen. Wozu auch? Abseits des Asphalts kommt man schließlich kaum mehr voran. Oft wird man sogar zum Unfallopfer.

Außerdem fahren alle anderen doch auch auf der Straße und halten sich an die Markierung. Wie bitte, die Straße führt in die falsche Richtung? Ach was, das ist eine Verschwörungstheorie. Und man weiß ja, wohin so etwas führt: Jeder weiß, dass die Verschwörungstheoretiker keine Karriere machen, ständig Unfälle haben und daher kaum als Orientierung taugen. Weiter geht’s, geradeaus!

Anders ausgedrückt: Zweifel am System werden vom System



DISPATCH

a. To discuss the publicit, problem with liaison and frie y elite contacts (especially politicians and editors), pointing out that the Warren Commission made as thorough an investigation as humanly possible, that the charges of the critics are without serious foundation, and that further speculative discussion only plays into the hands of the opposition. Point out also th t parts of the conspiracy talk appear to be deliberately generated by Communist propagandists. Urge them to use their influence to discourage unfounded and irresponsible speculation.

b. To employ propaganda assets to answer and refute the attacks of the critics. Book reviews and feature articles are particularly appropriate for this purpose. The unclassified attachments to this guidance should provide useful background material for passage to assets. Our play should point out, as applicable, that the critics are (i) we ded to theories adopted before the evidence was in, (ii) politically interested, (iii) financially interested, (iv) hasty and inaccurate in their research, or (v) infatuated with their own theories. In the course of discussions of the whole phenomenon of criticism, a useful strategy may be to single out Epstein's theory for attack, using the attached Fletcher Knebel article and Spectator piece for background. (Although Mark Lane's book is much less convincing than Epstein's and comes off badly where contested by knowledgeable critics, it is also much more difficult to answer as a whole, as one becomes lost in a morass of unrelated details.)

4. In private or media discussion not directed at any particular writer, or n attacking publications which may be yet forthcoming, the following arguments hould be useful:

Der Begriff „Vershwörungstheoretiker“ wurde von der CIA in 1963 erfunden, um einer „neuen Welle“ von Büchern und Artikeln über den Mord von Präsident John F. Kennedy entgegenzusprechen (Abbildung vom CIA Document #1035-960, 1976 freigegeben)

Publiziert auf Free21 am 03.04.2016, 22:00 Uhr, von Paul Schreyer auf https://goo.gl/HhZaAW, Lizenz: Paul Schreyer

nicht belohnt. Daher wird es mit fortschreitendem Alter der jeweiligen Gesellschaftsstruktur auch immer schwieriger, intern Zweifel zu äußern. Die Menschen, die das in der Vergangenheit taten, hatten offenkundig wenig Erfolg oder haben vielleicht sogar ihren Job verloren. Sie dienen somit als mahnendes Beispiel für die Nachgeborenen, die sich daher umso gründlicher an die Fahrbahnmarkierung halten.

Der gesunde Menschenverstand ist eben kein festes Maß, sondern ein höchst relatives Konstrukt. Er bezieht sich immer auf genau das System, in dem man lebt und das man akzeptiert. Er kann nicht vernünftiger sein als dieses System.

Verschwörungstheoretiker Edward Snowden

War es gesunder Menschenverstand, als Edward Snowden alles riskierte, was er besaß, um die Öffentlichkeit über eine flächendeckende Geheimdienstüberwachung zu informieren? Nein, wohl kaum. Snowden folgte nicht dem gesunden Menschenverstand. Er tat etwas völlig anderes: Er verließ das System.

Snowden war im Grunde ein Verschwörungstheoretiker, der seine These mit überprüfbaren Fakten belegen konnte. Die Verschwörung, von der er sprach, ist offenkundig real. Sie dauert sogar an, auch wenn sie nun den Schutz der Geheimhaltung verloren hat.

Was sagt uns das eigentlich über die Gegenwart? Was heißt es, wenn eine Verschwörung zum Schaden der Mehrheit weiter umgesetzt werden kann, nachdem (!) sie enthüllt wurde? In welcher Art von Gesellschaft ist so etwas möglich?

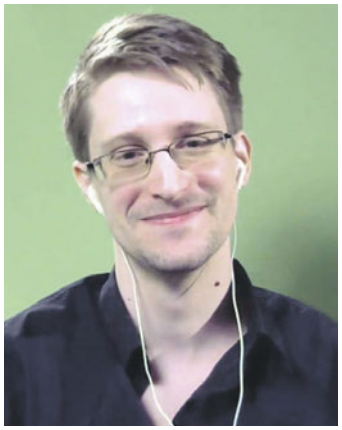
Die Sache mit den Verschwörungstheorien ist offenbar verzwickt und die Geschichte des Geldes scheint, genau wie Geschichte überhaupt, nicht ohne sie erklärbar zu sein. Immer geht es auch um Macht, Verschwörungen und Herrschaft.

Doch weiterhin existiert eben auch der gegenläufige Glaube. Demzufolge gibt es in heutiger Zeit keine Programme mehr zur Durchsetzung maßloser Machtansprüche von Einzelnen, keine Verabredungen Geldmächtiger zum Zwecke der Täuschung der Mehrheit, sondern nur ein willenloses globales Chaos ohne wirkliches Zentrum, ein unbestimmtes Auf und Ab des Schicksals, in dem der Milliardär zwar Geld verdienen will, sich dazu aber nicht heimlich mit anderen verabredet.

Hinter dieser Überzeugung steckt das diffuse Bewusstsein, dass der „moderne Mensch“, wenn man ihn einmal so nennen will, zwischen Smartphone, Facebook und Online-News längst alles wisse, was er wissen müsse, um die Welt zu verstehen. Schließlich funktioniert ja alles.

Das Auto rollt, der Supermarkt hat geöffnet und bei immer realistischer werdenden Computerspielen lässt es sich prima abschalten. Man kann in den Urlaub fliegen, für ein paar Hundert Euro nach London, Paris oder Rom. Und alles ist so transparent, sämtliche Daten online verfügbar, nichts scheint mehr geheim oder verborgen. Die Warenwelt ist hell ausgeleuchtet, jede Website strahlt in frischem Grün, warmem Orange oder beruhigendem Blau.

Bildbearbeitungsprogramme tilgen jeden Schatten und der moderne Mensch erkennt sich am Ende wieder in der Klarheit des Grafikdesigns, das ihn umgibt, und in der Aufgeräumtheit des Ikea-Katalogs, aus dem er seine Wohnung bestückt – freundlich, offen und sachlich. Alles ist gut.



Edward Snowden (Screenshot vom Video von Libre Planet 2016)

Nüchterne Alternativlosigkeit

Verschwörungstheorien aber – so sieht es mancher – sind vielleicht nur eine Ausrede von Verlierern der Globalisierung für ihr eigenes Scheitern. Dunkle Mächte sollen schuld sein am Versagen des Individuums?

Der moderne Mensch weiß es besser. Er ist den Verlierern voraus, versteht die Zusammenhänge und geht alten Mythen nicht auf den Leim. Meint er zumindest – und klickt sich dabei weiter durch ein Universum aus Produkten, Unterhaltung, Nachrichten und Geldgeschäften, das andere für ihn geschaffen haben.

Obwohl, das muss er manchmal privat schon zugeben, ihn die aufgedeckte globale Überwachungsverschwörung der NSA und ihrer Partnergeheimdienste beunruhigt und er sich hin und wieder beim Googeln dabei ertappt, darüber nachzudenken, ob die gerade eingetippten Suchbegriffe nicht doch irgendwo anders abgespeichert werden, zur späteren Auswertung …

Was ist Zufall, was gesteuert? Die Ansichten darüber gehen auseinander. Doch hinter der Frage steckt am Ende mehr als nur ein Gegensatz zwischen „paranoider Verschwörungsgläubigkeit“ und „aufgeklärter Nüchternheit“. Eigentlich geht es um den Blick auf die Veränderbarkeit der Welt.

Wer alles für Zufall oder unkalkulierbares Chaos hält, der sieht letztlich auch kaum Möglichkeiten, die Gesellschaft grundlegend anders zu gestalten. Wer eine ordnende Planung der großen Prozesse als absurden Aberglauben bewertet, der wird auch kaum alternative Visionen haben.

Was bleibt, sind begrenzte Reformen, Reparaturen am System. Die vermeintlich Nüchternen entpuppen sich so bei näherem Hinsehen als eigentlich Schicksalsergebene, die fast schon „gottgefällig“ dem Glauben an eine große Alternativlosigkeit frönen.

Wer aber glaubt oder hofft, dass menschliche Entwicklung mehr ist als ein zufälliges Spiel des Schicksals, wer also an eine gemeinsame, koordinierte Planung für das Leben in der Zukunft glaubt – und was ist das eigentlich anderes, als eine Definition des Wortes „Politik“? –, der hält es auch für möglich, das genau das längst geschieht, offen wie verborgen, und häufig nicht im Sinne und zum Nutzen der Mehrheit.

Quellen:

Dieser Text stammt aus dem Buch „Wer regiert das Geld?“, dort auf den Seiten 80-87 *<http://www.westendverlag.de/buecher-themen/programm/wer-regiert-das-geld-paul-schreyer.html#.Vt6yf5PhCV4>*

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis“ und „Global Research“. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst auf paulschreyer.wordpress.org unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2016/03/05/die-sache-mit-den-verschwoerungstheorien/› veröffentlicht (Lizenz: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=21855›

Was steckt hinter den „Panama Papers“?

Journalisten behaupten, mit diesen Enthüllungen wäre ein großer Schritt zur Trockenlegung aller globalen Steueroasen für Superreiche und korrupte Machthaber getan. Bei näherem Hinsehen stellt man allerdings fest, dass die Auswahl an Steuersündern zum einen recht einseitig ausfällt und zum anderen außergewöhnlich gut in das Konzept der US-Regierung passt.

Von Ernst Wolff

Die Enthüllung der „Panama Papers“ hat sich wie ein Lauffeuer rund um den Globus verbreitet. Kaum ein Medium, das nicht darauf verweist, dass es sich bei den 2,8 Terabyte Daten, 214.000 Firmenadressen und insgesamt mehr als elf Millionen Dokumenten um das „größte Datenleck“ der jüngeren Geschichte und damit um eine journalistische Sensation ersten Ranges handelt.

Journalisten preschen bereits vor und behaupten, mit diesen Enthüllungen sei ein großer Schritt zur Trockenlegung aller globalen Steueroasen für Superreiche und korrupte Machthaber getan. Auch die internationale Politik schließt sich an, entrüstet sich medienwirksam, fordert Strafverfolgung und mahnt strenge Konsequenzen wie die Schließung weiterer Steuerschlupflöcher an.

Von langer Hand vorbereitet

Bei näherem Hinsehen stellt man allerdings fest, dass die Auswahl an Steuersündern zum einen recht einseitig ausfällt und zum anderen außergewöhnlich gut in das Konzept der US-Regierung passt. So werden bisher nicht bestätigte Vorwürfe gegen das Umfeld von Wladimir Putin und die Tochter des chinesischen Ex-Präsidenten erhoben, während man unter den aufgeführten Steuersündern vergeblich nach einem einzigen US-amerikanischen Staatsbürger sucht.

Bei der Enthüllung der Daten handelt es sich auch keinesfalls um eine journalistische Bombe, die über Nacht geplatzt ist, sondern um einen von langer Hand vorbereiteten Coup, bei dem nichts dem Zufall überlassen wurde: 400 Journalisten von 100 Medienorganisationen in rund 80 Ländern waren mehr als zwölf Monate lang mit der Auswertung der Daten beschäftigt.

Die US-Jagd nach Steuersündern

Da man getrost davon ausgehen kann, dass die betroffenen Medien sich fest in der Hand internationaler Investoren befinden, sollte man von den „Panama Papers“ keine Enthüllungen erwarten, die der internationalen Finanzelite gefährlich werden könnten.

Dieses Bild wurde von T-Online gezeigt als Illustration zum Panama Papers Bericht. Überschrift: „Panama Papers“ belasten diese neun „Top Player“ – die Auswahl an Steuersündern ist aber viel größer und weltweit.

Was aber steht dann hinter der Veröffentlichung dieser angeblich so brisanten Informationen?

Die Frage beantwortet sich von selbst, wenn man die Politik der USA gegenüber den größten Steueroasen der Welt in den vergangenen Jahren näher betrachtet.

Vor allem seit der Jahrtausendwende hat die amerikanische Regierung nichts unversucht gelassen, um an das Geld ihrer eigenen steuerhinterziehenden Bürger heranzukommen. So hat der US-Kongress 2010 das Fatca-Gesetz (Foreign Account Tax Compliance Act) verabschiedet, das außerhalb der USA gelegene Finanzinstitute dazu zwingt, alle Kontodaten von US-Bürgern an die US-Steuerbehörde IRS (Internal Revenue Service) zu melden.

Unter anderen gerieten die Schweiz, Luxemburg, Monaco, Zypern Singapur und die Cayman Islands ins Visier der US-Justiz. Inzwischen haben zahlreiche Schweizer Banken nach Strafzahlungen in Milliardenhöhe das Angebot der USA auf einen Verzicht der Strafverfolgung angenommen, ihre Taktiken zur Steuerhinterziehung offengelegt und damit das Ende des Schweizer Bankgeheimnisses besiegelt.

Die Doppelstrategie der US-Regierung

Das Ergebnis der amerikanischen Härte war allerdings eher ernüchternd: Die Gelder flossen im großen Stil aus den alten in neue Steueroasen. Deshalb suchten die USA nach einem neuen Weg, um an das Geld von Steuerflüchtlingen heranzukommen, und änderten die eigene Taktik: Im Rahmen der G 8 und der G 20 spielten sie die eigene Macht aus und erwirkten, dass deren Mitglieder und die der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) einem Abkommen

Publiziert auf Free21 am 26. Mai 2016, 14:19 Uhr, von Ernst Wolff auf kenfm.de, Lizenz: KenFM.

über den Automatischen Informationsaustausch (AIA) zustimmten.

In diesem Abkommen verpflichten sich fast 100 Staaten, gegenüber ausländischen Steuerbehörden die Vermögensverhältnisse der eigenen Staatsbürger offenzulegen. Nur wenige Länder haben dieses Abkommen nicht unterzeichnet – Bahrain, Nauru, Vanuatu … und die USA selbst.

In anderen Worten: Die USA haben die ganze Welt mit Nachdruck zur Offenlegung des Steuergeheimnisses gedrängt, die dazu durchgesetzten Vorschriften selbst aber nicht übernommen. Und das ist nicht alles: In den vergangenen Jahren haben sie vier ihrer Staaten in wahre Steuerparadiese für internationales Kapital verwandelt.

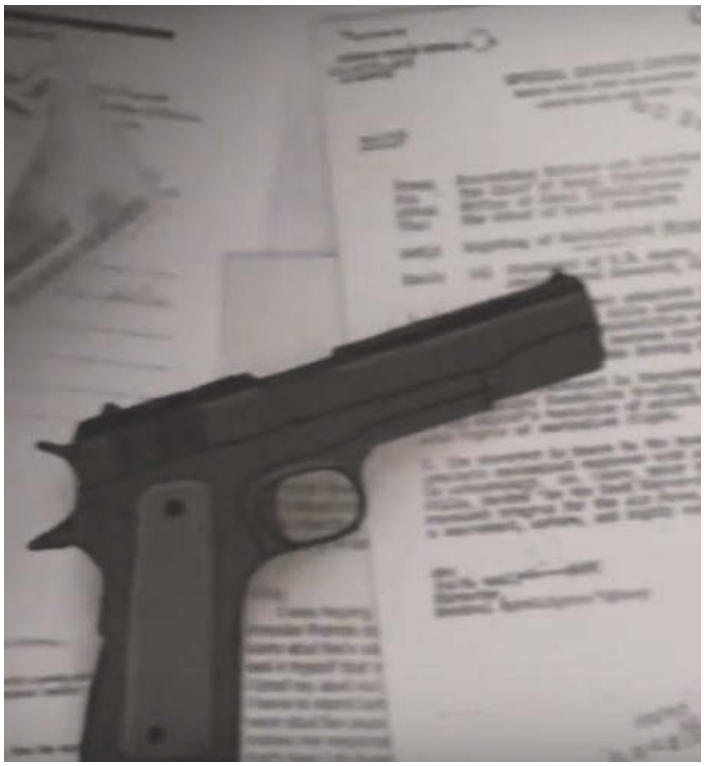
Das neue Steuerparadies USA

So galt der Staat Delaware bereits seit Langem als idealer Platz zur Steuervermeidung und zur Einrichtung von Briefkastenfirmen. Dort sind, wie die New York Times 2013 ermittelte, in einem einzigen Haus in Wilmington 285.000 Gesellschaften ansässig. Sämtliche Dax-Unternehmen wie auch die Deutsche Bank und internationale Giganten wie Apple und Coca-Cola nutzen die Steuervorteile und die Verschwiegenheit der Behörden.

Aber nicht nur Delaware, sondern auch South Dakota und Wyoming zählen inzwischen zu den US-Plätzen, in denen ein uneingeschränktes Bankgeheimnis gilt und in die seit einiger Zeit Milliarden aus aller Welt fließen.

Die Genfer Vermögensberatung Cisa Trust, die ultrareiche Südamerikaner berät, ist ebenso nach South Dakota gezogen wie Trident Trust, einer der weltgrößten Anbieter von Offshore-Konten, der der Schweiz und den Cayman Islands den Rücken gekehrt hat.

Und noch ein Staat ist inzwischen hinzugekommen: Nevada. Hier hat die Schweizer Rothschild-Bank 2013 in Reno eine Filiale eröffnet, die sich um die Vermögen ultrareicher Familien aus aller Welt kümmert und sich die



Screenshot aus dem Video The Panama Papers: An Introduction des International Consortium of Investigative Journalists.

weltweit wohl einmaligen Vorschriften für Geschäftsfirmen zunutze macht: keine Stammkapitalpflicht, keine Buchführungs- und Bilanzierungspflicht, keine Aufbewahrungspflicht für Belege und Nachweise zur Mittelverwendung und – bei entsprechender anwaltlicher Beratung – keine Betriebsprüfungen.

Die USA haben es also nicht nur geschafft, den Rest der Welt zu zwingen, ihnen bei der Jagd auf eigene Steuersünder zu helfen, sondern den übrigen Staaten der Welt auch noch deren Steuersünder abspenstig gemacht und so für den Zustrom riesiger Summen ins eigene Land gesorgt. Damit haben sie zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Sie haben die Konkurrenz empfindlich geschwächt und dazu beigetragen, dass der Zustrom von Milliarden von Dollar ins eigene Land die eigene Zahlungsbilanz aufbessert und den kränkelnden Dollar – zumindest vorübergehend – stützt.

Warum dann aber noch die Veröffentlichung der „Panama Papers?“ Mithilfe der „Panama Papers“ wird nun dieser Strom noch zusätzlich befördert, und zwar durch die Zurückhaltung von Informationen: Welcher Ultra-Reiche und welcher Politiker weiß schon, ob er nicht auch noch in irgendeiner Liste auftaucht? Was wird er tun, um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen? Vermutlich wird er sein Vermögen so schnell wie möglich in das neue Steuerparadies USA transferieren …

Und ganz nebenbei dienen die „Panama Papers“ auch noch dazu, bisher nicht belastete unliebsame Politiker und Konkurrenten auf dem Finanzmarkt unter Druck zu setzen, denn von einem kann man wohl ausgehen: Die Zahl führender Persönlichkeiten, die angesichts der angekündigten Veröffentlichung zusätzlicher Informationen derzeit gut schlafen können, weil sie sich in der Vergangenheit nichts haben zuschulden kommen lassen, dürfte sich in Grenzen halten.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst am 5. April 2016 auf kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/was-steckt-hinter-den-panama-papers/› veröffentlicht (Lizenz KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=21908›

Was macht **Seine Heiligkeit im unheiligen Club?**

Während der Papst in seiner Dankesrede für den Karlspreis fragt „„Was ist los mit dir, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“ stellt sich manch einem EU-kritischen Denker die Frage, ob es genau dieses von ihm beschriebene Europa überhaupt jemals gegeben hat. Ist das „Friedensprojekt Europa“ wirklich das, was sich die Menschen zu Recht davon versprechen? Wie kam es zur Gründung, welche Ziele wurden und werden mit der EU verfolgt? Die Antworten auf diese Fragen sind alles andere als erfreulich.

von Wolfgang Effenberger

Einen Tag nach Christi Himmelfahrt (der Karlspreis wird sonst üblicherweise an diesem Tag in Aachen verliehen) wurde in der besonders prächtigen Sala Regia des Vatikan Papst Franziskus der Karlspreis für seinen Einsatz in „Menschenwürde, Freiheitsrechte, Barmherzigkeit“(1) überreicht.

Dieser Preis gilt seit 1950 für die europäische Politelite als eine der bedeutendsten Ehrungen (2002 wurde sogar der Euro ausgezeichnet). Namensgeber ist Kaiser Karl der Große (742-814), der Ende des achten Jahrhunderts Aachen zu seiner Lieblingspfalz wählte. Er wird heute unreflektiert als erster Einiger Europas gefeiert. In der Vergangenheit sahen sich jedoch die beiden größten Zerstörer Europas – Napoleon Bonaparte und Adolf Hitler – als Erben und Vollstrecker Karls des Großen.

In seiner Dankesrede beklagte der Heilige Vater die heutigen Zustände. Er sprach von einem Europa, das sich verschanze, und stellte folgende Fragen: „Was ist los mit dir, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist los mit dir, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist los mit dir, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen, die die Würde ihrer Brüder und Schwestern zu verteidigen und dafür ihr Leben hinzugeben wussten?“(2)

Dann rief der Papst dazu auf, sich an die Gründerväter eines vereinten Europa zu erinnern:

Karlspreis-Träger Franciskus fordert solidarisches Miteinander europäischer Staaten
tagesschau 20.00 Uhr 06.05.2016. Richard C. Schneider ARD Rom

Namentlich erwähnte Franziskus Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi und zitierte sogar den damaligen französischen Außenminister Robert Schuman: Europa werde durch die „Solidarität der Tat“ geschaffen. „Gerade jetzt, in dieser unserer zerrissenen und verwundeten Welt, ist es notwendig, zu dieser Solidarität der Tat zurückzukehren, zur selben konkreten Großzügigkeit, die auf den Zweiten Weltkrieg folgte“. Die Gründungsväter, so Franziskus, hatten die Kühnheit, „nicht nur von der Idee Europa zu träumen, sondern wagten, die Modelle, die bloß Gewalt und Zerstörung hervorbrachten, radikal zu verändern.“(3)

US-Militärdoktrin: „Win in a complex World 2020–2040“

War es wirklich so? Sollten dem Heiligen Vater die wahren Zusammenhänge unbekannt sein?

Schon im Jahr 1945 wurden die Weichen für die angloamerikanische Durchdringung Eurasiens gestellt. 2016 spitzt sich nun die Konfrontation mit Russland und China zu, die in der aktuellen US-Militärdoktrin TRADOC 525-3-1 mit dem lapidaren Titel „Win in a complex World 2020 -2040“ als Hauptbedrohung angegeben werden. Die militärischen Vorbereitungen – Auffüllen der NATO-Depots, Dislozierung von Militär an die russische Grenze sowie ständige Manöver – laufen auf Hochtouren. Diese Entwicklung geht bis auf das Kriegsende 1945 zurück: Anfang September 1945 beauftragte Truman General Eisenhower mit der „Operation TOTALITY“. Mit 20 bis 30 Atombomben sollten 20 sowjetische Industriestädte auf einen Schlag vernichtet werden. Derartige Pläne wurden ständig verfeinert.

Aus den Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs wurde am 1.Januar 1947 im Osten Eurasiens das pazifische US-Militärkommando PACCOM und am 15. März 1947 im Westen Eurasiens das europäische US-Militärkommando EUCOM installiert. Nur wenige Wochen später - am 5. Juni 1947 – umriss der damalige US-Außenminister Marshall das „European Recovery Program“ zur Wiederherstellung Europas. Für diesen Plan, der später nach ihm benannt wurde, erhielt er 1953 den Friedensnobelpreis und 1959 den Karlspreis. Auf der Medaille für George C. Marshall ist zu lesen: „für Verdienst um Wiederaufbau und Einigung Europas“. Der Marshall-Plan war in erster Linie dazu da, für den geplanten Krieg in Europa eine intakte Infrastruktur bereit zu stellen – Marshall, vor dem Weltkrieg Leiter des US-Kriegsplanungsamtes und ab dem 1. September 1939 Chef des Vereinigten Generalstabs, war zeitlebens eingefleischter Soldat und dachte ausschließlich in militärischen und geostrategischen Kategorien.

Warum liegt den USA so viel an der Usurpation des eurasischen Kontinents?

Grundlage ist eine geostrategische Theorie aus dem Jahr 1904, die „Herzland-Theorie“ von Halford John Mackinder: Wer das Herzland beherrscht (das Gebiet jenseits des Urals), beherrscht die Weltinsel (Eurasien), Wer die Weltinsel beherrscht, beherrscht die Welt. Zunächst mussten die USA als nichteurasische Macht die europäischen Staaten alle unter einer Schutz-Ideologie gegen

Publiziert auf Free21 am 19.005.2016, 14:15 Uhr, von Wolfgang Effenberger auf Anderweltonline, Lizenz: CC 2.0

den „bösen Russen“ vereinen. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 1949 die Nordatlantische Vertragsallianz gegründet. Zugleich wurde zielstrebig eine weitere Allianz auf den Weg gebracht. Am 9. Mai 1950 – fünf Jahre nach Kriegsende – hatte Robert Schuman die Erschaffung einer europäischen „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ angekündigt – heute wird der 9. Mai alljährlich als „Europa-Tag“ gefeiert. Laut der offiziellen Version wurde dieser strategische Plan für die Integration der deutschen und der französischen Kohle- und Stahlproduktion unter völliger Geheimhaltung sogar vor dem französischen Staatspräsidenten Vincent Auriol samt seinen zuständigen Ministerien ausgehandelt. Dass der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer nur einige Stunden vorher von diesem Plan erfahren, ihm aber sofort zugestimmt hat, gehört ebenso zur Legende von der Schöpfung eines einigen Europas. Die anderen Europäer wurden ohnehin vor vollendete Tatsachen gestellt.

De Gaulles Verdienst um die deutsch-französische Aussöhnung

In diesem Zusammenhang erscheint es äußerst bemerkenswert, dass der spätere Staatspräsident General Charles de Gaulle (1959-1969) als Gegenentwurf zum transatlantisch eingebundenen Europa ein „Europa der Vaterländer“ favorisierte. De Gaulle hatte sich 1940 nach der Niederlage Frankreichs nach London abgesetzt und dort die Freien Französischen Streitkräfte (FFL) aufgebaut. Der britische Premier Winston Churchill traute der Vichy-Regierung nicht und befahl die „Operation Catapult“ zur Ausschaltung der französischen Flotte. Am 3. Juli 1940 wurden die im Hafen von Mersel-Kébir liegenden Kriegsschiffe versenkt. Über 1.000 französische Seeleute fanden dabei den Tod. Am gleichen Morgen startete die „Operation Grasp“, bei der alle in britischen Gewässern befindlichen französischen Schiffe gekapert und beschlagnahmt wurden.

Walter Hallstein neben Konrad Adenauer am 25. März 1957 zur Unterzeichnung der Römischen Verträge auf dem Kapitol, dem Herzen des alten Roms.

Es versteht sich, dass dadurch de Gaulles Vertrauen in die anglo-amerikanische Politik nachhaltig erschüttert war und er misstrauisch die imperialen Ambitionen Großbritanniens und der USA verfolgte. Für ihn ging Europa „vom Atlantik bis zum Ural“. In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle eine Gefahr, weshalb er Großbritanniens Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur anglo-amerikanischen GEO-Strategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte. Konsequent zog er dann 1966 Frankreich aus der militärischen Kommandostruktur der NATO zurück. So kann de Gaulles Verdienst um die deutsch-französische Aussöhnung nicht genug gewürdigt werden.

Die Römischen Verträge – „Geburtsurkunde“ der Europäischen Union

Churchill dagegen erhielt 1955 den Karlspreis der Stadt Aachen: Auf seiner Medaille ist zu lesen: „Hüter menschlicher Freiheit – Mahner der europäischen Jugend“. Nur zehn Jahre zuvor hatte Churchill am 7. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta bemerkt, dass schon 6 bis 7 Millionen Deutsche getötet seien, „und bis Kriegsende werden es noch mehr sein, wahrscheinlich nicht weniger als 1 bis 1,5 Millionen“; weiter habe er erklärt, er schlage durchaus nicht vor, die Vernichtung der Deutschen einzustellen(4). Charles de Gaulle, dem es wirklich um ein einiges, kulturbewahrendes Europa ging, sucht man in der Liste der Karlspreisträger allerdings vergebens. Dafür findet man aber einen Mann namens Walter Hallstein (1901-1982). Als prominenter Anwalt war er Ende der 1930-er Jahre in die rechtliche und administrative Planung eines Nachkriegs-Europas unter der Kontrolle der Nazis und ihrer unternehmerischen Verbündeten, des Öl- und Pharma-Kartells „IG Farben“ involviert.

Am 25. März 1957 unterzeichneten die Regierungen der sechs Gründerstaaten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg in der Sala degli Orazi e Curiazi unter der segnenden Hand der Monumentalskulptur von Papst Innozenz X. (1644 – 1655) die Römischen Verträge. Sie gelten als „Geburtsurkunde“ der Europäischen Union. Innozenz hatte 1648 den Dreißigjährigen Krieg fortsetzen wollen und sich bis zuletzt gegen den Westfälischen Frieden gewehrt. Hallstein war flexibel und setzte seine Nachkriegsplanungen unter anderen Vorzeichen fort. So steht auf seiner Medaille:„Karlspreis der Stadt Aachen 1961, Professor Walter Hallstein, Neues Europa freiwilliger Bindung“. Den Weg zum transatlantischen Europa beschreiben drei weitere Mai-Daten in den Jahren vor 1950:

14. Mai 1947, Gründung der Europäischen Einigungsbewegung (United Europe Movement);

7. bis 10. Mai 1948, Haager Kongress, der die Gründung des Europarats vorbereitete, und

5. Mai 1949, die tatsächliche Gründung des Europarats durch den Londoner Vertrag.

NATO: „Die Russen draußen, die Amerikaner drin, die Deutschen unten …“

Mit der Gründung der Europäischen Kohle- und Stahl Gemeinschaft am 9. Mai 1950 wurde dann der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der europäischen Konstruktion, sondern der Anfang der Destruktion der europäischen Nationen durch supranationale Institutionen. Drei Tage später begann die große Londoner Konferenz, auf der Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten den aufziehenden Kalten Krieg besprachen. An dieser Stelle sei daran erinnert, wie der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay, der nur wenige Jahre vorher den Plan „Unthinkable“ (am 1. Juli 1945 Angriff mit 112 Divisionen auf die Sowjetunion) zu verantworten hatte, die Motive für die NATO-Gründung formulierte: „Die NATO ist geschaffen worden, um die Russen draußen zu halten, die Amerikaner drin zu halten und die Deutschen unten zu halten“ (5). Die Westbindung und die Militarisierung Westeuropas unter der Hoheit der NATO ergab schnell ein ausbaufähiges Einheitsgefühl gegen denFeind im Osten, und unter dem Signum erhöhter Sicherheit konnten die USA die Abhängigkeit Europas immer weiter zementieren.

Am 19. Dezember 1949 wurde der nächste Kriegsplan mit dem Namen„DROPSHOT“ gegen dieUdSSR und ihre Satelliten verabschiedet. Natürlich sollte es so aussehen, als könne man nicht anders. Daher wurde schon 1949 das offizielle Bedrohungsszenario

Blair und Straw unterzeichnen die Verfassung für Europa am 29. Oktober 2004 in der Sala degli Orazi e Curiazi.(8)

so formuliert: „Am oder um den 1. Januar 1957 ist den Vereinigten Staaten durch einen Aggressionsakt der UdSSR und/oder ihrer Satelliten ein Krieg aufgezwungen worden." Doch daraus wurde nichts, denn die Sowjetunion schoss ihren Satelliten „Sputnik" ins All, mit dem Truppenbewegungen auf der Erde beobachtet werden konnten – damit war DROPSHOT zu riskant geworden. Der „Sputnikschock" löste im Westen fieberhafte Rüstungsanstrengungen aus. 1953 hatte Thomas Mann die Neigung der US-Administration erkannt:

„Europa als ökonomische Kolonie, militärische Basis, Glacis im zukünftigen Atom-Kreuzzuggegen Russland zu behandeln, als ein zwar antiquarisch interessantes und bereisenswertes Stück Erde, um dessen vollständigen Ruin man sich aber den Teufel scheren wird, wenn es den Kampf um die Weltherrschaft gilt."(6)

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden.

Die am 9. Mai 1950 geschaffene europäische „Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) soll maßgeblich zwischen 1946 und 1950 der französische Unternehmer und Diplomat Jean Monnet (1888-1979) zusammen mit John Foster Dulles entworfen haben, mit dem ihn seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft verband. Bernard Baruch, im Krieg Leiter des „War Industrial Board" (Rüstungsamtes), und nach Kriegsende Chefrepräsentant der US-Reparationskommission, überließ in Versailles viele der Diskussionen seinem Assistenten Dulles. Dieser hatte im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert, weshalb die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau die Unterschrift verweigerte.(7)

Die endgültige Fesselung und Entdemokratisierung Westeuropas wird augenblicklich durch die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA vorbereitet.

1953 bekam Jean Monnet den Karlspreis der Stadt Aachen als Schöpfer der ersten souveränen übernationalen europäischen Institution. 1956 wurde er zum „Präsidenten des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa"ernannt und war ein gern gesehener Gast auf den Bilderbergtreffen. In der Liste der bisher ausgezeichneten Personen finden sich auch Politiker, die sich vor Gericht zu verantworten hätten. Da wären die Friedensnobelpreisträger Bill Clinton 2000 „für Freiheit, Demokratie und Frieden" (1999 völkerrechtswidriger Krieg gegen Jugoslawien) und Henry Kissinger 1987 „für Partnerschaft und Frieden" (1973 Putsch in Chile, Geheimer Krieg in Indochina) sowie Tony Blair 1999 „für Frieden und Zusammenwachsen in Europa" (1999 völkerrechtswidriger Krieg gegen Jugoslawien, 2001 Afghanistan, 2003 Irak).

Kann Karl der Große als Vorbild für das heutige Europa taugen?

Am Weihnachtsfest des Jahres 800 krönte und salbte nach alttestamentlicher Sitte Papst Leo III. in der alten römischen Petersbasilika den fränkischen Fürsten Karl zum römischen Kaiser und nannte ihn erstmals „Augustus". Damit war die Tradition des weströmischen Kaiserreichs wiedererwacht. Karls offizielle Anrede lautete nun: „Allergnädigster, erhabener, von Gott gekrönter, großer, friedebringender Kaiser, der das Römische Reich regiert und durch Gottes Barmherzigkeit auch König der Franken und Langobarden ist". Es war also kein deutsches oder fränkisches Reich entstanden, sondern das westliche Imperium Romanum.(9)

Somit kann rückblickend die Geschichte Karls des Großen nicht als Grundlage Europas gesehen werden.(10) Weder bei seinem Biografen Einhard(11), noch in den „Reichsannalen"(12) ist ein Wort über Europa zu finden.(13) Wie es scheint, waren es nicht die Franken, sondern vor allem gebildete Fremde, Iren und Angelsachsen, die von Europa sprachen.(14) Doch zu Karls Reich gehörten weder Angelsachsen, Basken, Bretonen, oder Iren, noch Skandinavier. Auch feierte ihn kein Däne, Pole, Ungar, Grieche oder Russe, obgleich bei den Slawen sein Name zum Herrschertitel „Krol" umgeformt wurde. Über 32 Jahre lang, bis 804, versuchten die Sachsen, sich der mit größter Härte durchgeführten Unterwerfungs- und Christianisierungsfeldzüge Karls zu erwehren und damit eine Frankisierung zu verhindern. Unbewusst schienen sie die wahre Absicht dahinter zu erkennen: Ihre demokratischen, ja teilweise anarchistisch anmutenden Stammesstrukturen sollten zerschlagen werden.(15)

Charlemagne: „Sachsenschlächter" oder Kaiser Europas

Erst im Zeitalter Napoleons sollten die Vorstellungen von Europa kräftigere Konturen bekommen. Napoleon glaubte, ein neuer Karl zu sein, nachdem er die Lombardei erobert hatte: „Je suis Charlemagne." (16) Pflichtgemäß skizzierte 1810 erstmals Friedrich Schlegel, der deutsche Romantiker, angesichts der Allmacht Napoleons das Bild von Karl dem Europäer, dem „Gesetzgeber für das ganze abendländische Europa". (17) Schlegel sah in Europa eine Idee, der Karl die Gestalt eines „christlichen Vereins aller abendländischen Nationen" verliehen hatte. In den Jahren des Wiener Kongresses und der „Heiligen Allianz" erkannte der junge Historiker Leopold Ranke in Karl dem Großen nicht allein den Vorgänger der Könige einzelner Reiche, sondern den „Patriarchen des Kontinents".

Sahen zunächst manche Nazi-Historiker in Karl dem Großen nur einen barbarischen „Sachsenschlächter", so änderte sich diese Einstellung nach den Siegen über Polen und Frankreich. Karl der Große gelangte nun zu der fragwürdigen Ehre, Namensgeber für die aus Freiwilligen bestehende 1. Französische SS-Waffen-Grenadierdivision „Charlemagne" (18) zu werden. In seinen Tischgesprächen im Führerhauptquartier warnte Hitler seinen Chefideologen Alfred Rosenberg, „einen Heroen wie Karl den Großen nicht als Karl den Sachsenschlächter zu bezeichnen. Geschichte müsse immer aus ihrer Zeit heraus verstanden werden". (19) Für Hitler war Karl der Große der erste Einiger aller germanischen Stämme und der erste Schöpfer eines „Vereinigten Europas".(20)

1943 stiftete Hitler vorzugsweise für Angehörige der SS-Division Charlemagne einen Platzteller aus Sèvres-Porzellan; sein Dekor zeigte die bekannte Reiterstatuette Karls aus dem Louvre und trug die lateinische Inschrift: „Das Reich Karls des Großen / das seine Enkel teilten / im Jahr 843 / verteidigt Adolph Hitler / gemeinsam mit allen Völkern Europas / im Jahr 1943". (21) Die Europa-Politik des braunen Regimes missbrauchte den großen Franken als integrierende Symbolgestalt für die eigene Machtchimäre. „Karl

Publiziert auf Free21 am 19.005.2016, 14:15 Uhr, von Wolfgang Effenberger auf Anderweltonline, Lizenz: CC 2.0

der Europäer“ überstand den Zusammenbruch von 1945 unbeschadet. Die beeindruckende Aachener Karls-Ausstellung des Europarates von 1965 galt „dem ersten Kaiser, der Europa zu vereinen wusste“. (22)

Im Jubiläumsjahr 2000 wurde Karl der Große mit einer Fülle von neuen Publikationen (23) sowie Ausstellungen und Festveranstaltungen (24) geehrt. Leopold Ranke sah Karls Verdienst darin, dass er alle romanisch-germanischen Nationen des Kontinents, sofern sie Christen waren oder wurden, vereinte und sie lehrte, wieder gegen die Feinde ostwärts entlang der Donau der Saale und Elbe sowie jenseits der Pyrenäen vorzurücken. (25) Für diese Art von Politik gibt Karl sicherlich ein hervorragendes Vorbild ab. Anlässlich der Verleihung des Karlspreises 2011 an Jean-Claude Trichet für „Stabilität und Vertrauen für Europa“ – dabei hat er aus der EZB eine Bad Bank gemacht(26) – schrieb Peter Böhringer einen bissigen Kommentar: Die „Liste der bisherigen Karlspreisträger seit 1950 liest sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wie ein EUlitäres „Who-is-Who“ von Totalitären. Täuschung und Ausplünderung der Völker sowie vertuschte Kriegstreiberei und Machtmissbrauch scheinen beim Karlpreis-Direktorium geradezu Voraussetzungen für Preiswürdigkeit zu sein. Die EUlite feiert ihre Besten. Natürlich nur formal gemäß dem geheuchelten offiziellen Zweck. (27)

Franziskus’ Kritik an der imperialen Politik der USA blieb aus

Leider hat Papst Franziskus in seiner Dankesrede jeden Verweis auf die akute Kriegsgefahr vermieden – obwohl in den letzten Monaten immer wieder vor einem Dritten Weltkrieg gewarnt hat. Er verwies auf die Verantwortung für die Flüchtlinge, unterließ es aber, die Verursacher dieser Flucht beim Namen zu nennen: die Politik der „westlichen Wertegemeinschaft“. Da wären die unsäglichen Rüstungsgeschäfte zu nennen, der Hunger nach den Rohstoffen in diesem Krisenbogen und natürlich die geopolitischen Interessen. Die „Islamisten“ sind nicht die Urheber des Terrorismus, sondern nur die instrumentalisierten Organe einer imperialen Politik. Hier ist vor allem das Dreieck Saudi-Arabien/ Großbritannien/ USA zu nennen. Das Bündnis mit den Saudis zur Förderung von Terrorismus und Völkermord ist seit Jimmy Carter und Zbigniew Brzezinski geltende Politik. Diese Achse des tatsächlichen internationalen Terrorismus zu zerstören, wäre die Voraussetzung für den Frieden im Nahen Osten. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Veröffentlichung der berüchtigten 28 Seiten über die saudische Rolle aus dem Kongressbericht über die Anschläge des 11. September 2001. Immer mehr Abgeordnete des US-Kongresses sprechen sich dafür aus. Doch Obama blockiert. Hier hätte Franziskus die europäische Politikelite auffordern können, ebenfalls Druck auf Washington zu machen. Stattdessen ließ er sich als Träger des fragwürdigen Karlspreises feiern. Damit hat Franziskus weder sich, noch der katholischen Kirche – und erst recht nicht dem Weltfrieden – einen Dienst erwiesen.

Autor:

W. Effenberger

Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt. Autor mehrerer Sachbücher über Militär- und Politikstrategie, lebt bei München.

Dieser Text wurde zuerst am 8. Mai 2016 auf anderweltonline.de unter der URL ‹http://www.anderweltonline.com/politik/politik-2016/was-macht-seine-heiligkeit-im-unheiligen-club/› veröffentlicht.
Lizenz: CC 2.0

‹http://www.free21.org/?p=22285›

Anmerkungen:

1) Wolfgang Küpper Karlspreis 2016 für Papst Franziskus „Was ist mit dir los, Europa?“ 03.05.2016, *<www.br.de/nachrichten/karlspreis-papst-franziskus-120.html>*

2) Von Tilmann Kleinjung Papst fordert Neustart für Europa *<www.tagesschau.de/ausland/karlspreis-franziskus-105.html, ARD-Studio Rom>*

3) Wolfgang Küpper Karlspreis a.a.0.

4) Sanakojew, Sch. P./Zybulewski, B.L.: Teheran, Jalta, Potsdam Dokumentansammlung, Moskau 1978, S. 166,167

5) Zitiert aus Carsten Luther: Der Nato fällt nur Abschreckung ein vom 3. September 2014 unter *<www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/nato-russland-ukraine-gipfel>*

6) Thomas Mann: Deutsche Hörer!, 1986, S. 166

7)Der Unfriede von Versailles. In: Der Spiegel. Nr. 28, 2009

8) *<https://encrypted-tbn1.gstatic.com/images?q=tbn:ANd9GcTU0Dcm54eojHqDnOMpMpoRni2oBDg5Ke5E4YO74oFWkYynDLauWQ>*

9) Wie aus Karls Titulatur zu entnehmen ist: »imperator Romanum gubernans imperium«, siehe Wolf, Günther: Karl der Grosse. In: Fassmann 1991, S. 905

10) Vgl. Dieter Hägermann, Karl der Große. München/ Zürich 2003, siehe Einleitung S. 9 ff.

11) Vgl. Einhard: Vita Karoli Magni, Das Leben Karls des Großen, Stuttgart 1995

12) Die im Umfeld des so genannten karolingischen Hofes entstandenen Jahrbücher des fränkischen Reiches.

13) Der Historiker Wilfried Hartmann weist jedoch darauf hin, dass nach der Schlacht von Tours und Poitiers im Jahr 732 arabische Gelehrte vom Kampf zwischen Arabern und »europeenses« geschrieben und damit den Begriff »Europäer« populär gemacht haben.

14) Döbber, Christoph / Roith, Johannes: KARL, DER GROSSE EUROPÄER? Ein dunkler Leuchtturm. 2002; Teil 1, 0.0. In: Leben und Lernen in der EU – ein Projekt der Multimedia-Gruppe des Joseph-von-Fraunhofer-Gymnasiums; unter: *<http:/www.schulseiten.de/jvfg/page.php?page=geschichte_geschichte_3 vom 15. Januar 2005>*

15) Wolfgang Effenberger/ Reuven Moskovitz: Deutsche und Juden vor 1939 – Stationen und Zeugnisse einer schwierigen Beziehung, Ingelheim a. Rh. 2013, S. 49-59

16) Döbber, Christoph / Roith, Johannes a.a.0.

17) Friedrich Schlegel, In seinen Wiener Vorlesungen von 1810 »Über die neuere Geschichte«.

18) Waffen-Grenadierdivision der SS Charlemagne (französische Nr. 1). Diese Einheit wurde aus einer SS-Freiwilligenbrigade gebildet, die ihrerseits aus Freiwilligen der Legion Volontaires Française, der Nr. 7. (franz.) SS-Freiwilligen-Sturmbrigade, ca. 2000 Mann Vichy-Miliz, franz. Angehörigen der Kriegsmarine u.a. bestand. Aus: Williamson, Gordon: Die SS Hitlers, Instrument der Macht. Klagenfurt 1999, S. 246

19) Henry Picker, Hitlers Tischgespräche, Frankfurt a. M. 1993, S. 166

20) Ebenda

21) Döbber, Christoph / Roith, Johannes a.a.0.

22) So der Organisator dieser Ausstellung, der Kunsthistoriker Wolfgang Braunfels.

23) Vgl. Jarnut, Jörg: Karl der Große. Mensch, Herrscher, Mythos. 1999; Becher, Matthias: Karl der Große. München 1999; Hägermann, Dieter. Karl der Große: Herrscher des Abendlandes. Biographie, Berlin-München 2003; Kerner, Max: Karl der Große. Entschleierung eines Mythos. Köln u.a. 2001; Erkens, Franz-Reiner (Hg.): Karl der Große und das Erbe der Kulturen. Berlin 2001.

24) Vgl. Schneidmüller, Bernd. Sehnsucht nach Karl dem Großen. Vom Nutzen eines toten Kaisers für die Nachgeborenen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 51 (2000), S. 284-301

25) Leopold Ranke, Weltgeschichtliches Lesebuch 1957, S. 18

26) Klaus-Rainer Jackisch:EZB macht sich zur Bad Bank im HR vom 08.06.2011 unter *<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/euroschau110.html>*

27) Peter Boehringer: Der lange Weg zum Schandpreis: Karlspreisträger Trichet vom 02.06.11 unter *<http://www.goldseitenblog.com/peter_boehringer/index.php/2011/06/02/der-lange-weg-zum-schmaehpreis-karlspreis>*

The **Revolution** Will Not Be Televised

Nach offizieller Lesart tragen die Sowjets bis heute die Alleinschuld an der deutschen Teilung, dem Kalten Krieg und dem Rüstungswettlauf. Doch: 1959 war die Erd-Atmosphäre durch die Atomtests radioaktiv verseucht und der sowjetische Staatschef, Nikita Chruschtschow, forderte vor den Vereinten Nationen ein Ende des Rüstungswettlaufs und ein Ende aller Atomtests. Gleichzeitig wollte er einen Friedensvertrag für ein vereinigtes und neutrales Deutschland.

Von Jens Wernicke

Diese Vorschläge sollten auf einer Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris von den alliierten Siegermächten verhandelt und beschlossen werden. Doch durch gezielte Provokationen änderten die USA den Lauf der Geschichte zu Lasten Russlands, Deutschlands und Europas für die nächsten 29 Jahre. Wie und warum taten sie dies? Und wie gelang es ihnen, die Abrüstung und ein neutrales Gesamtdeutschland schließlich zum Scheitern zu bringen? Warum werden wichtige Atomversuche in Patagonien bis heute verschwiegen, dafür aber eine „heldenhafte Entführung" eines Nazi-Kriegsverbrechers durch den Mossad erfunden? Auch das Erdbeben 1960 in Chile, das bisher stärkste in der Menschheitsgeschichte, gilt nach wie vor als Naturkatastrophe – und nicht als durch die US-Atomversuche ausgelöst. Bis heute wird die Weltöffentlichkeit über diese Katastrophen schamlos belogen. In den Archiven der USA, der Bundesrepublik, Argentiniens und der Katholischen Kirche finden sich indessen Dokumente, die ein Licht auf die wahren Ereignisse sowie die Machenschaften von CIA und Pentagon werfen. Doch wie rankommen an derlei Dokumente? Und was enthüllen sie? Zu diesen Fragen sprach Jens Wernicke mit der Journalistin und Filmemacherin Gaby Weber, die im letzten Jahr den Alternativen Medienpreis erhielt und soeben den Dokumentarfilm „Krater für den Frieden" veröffentlicht hat.

Mai 1960 – Abrüstungsgipfel, Paris.

JENS WERNICKE: *Frau Weber, soeben erschien ihr Film „Krater für den Frieden: Wie der militärisch-industrielle Komplex die Abrüstung überlebte". Was ist Ihr Anliegen mit diesem Film? Worum geht es?*

GABY WEBER: Es geht um den gescheiterten Abrüstungsgipfel in Paris von 1960. Dort sollte auf Vorschlag der Sowjetunion ein Ende der Atomtests und die Wiedervereinigung eines neutralen Gesamtdeutschlands beschlossen werden.

Die Konferenz scheiterte, laut offizieller Geschichtsschreibung, weil Chruschtschow einen cholerischen Wutanfall wegen eines U-2-Flugzeuges bekommen hatte, und alle Journalisten und Historiker beten das bis heute brav nach.

JENS WERNICKE: *Und wie ist es wirklich gewesen?*

GABY WEBER: Na, ich will Ihnen nicht einfach alles erzählen, Sie sollen ja den Streifen schon noch selber sehen. Aber die US-Regierung wollte auf jeden Fall die Abrüstung und ein neutrales Gesamtdeutschland verhindern. Sie richteten dafür einen Einsatzstab ein, den Joint Chiefs of Staff, in dem die ganzen Dunkelmänner von CIA, Atomkommission und den Generälen sassen.

Und die hatten einen Masterplan, bestehend aus mehreren Provokationen. Die erste war das CIA-Spionageflugzeug, das sie absichtlich auf einer Höhe nach Russland einfliegen liessen, die es der sowjetischen Flugabwehr unmöglich machte, es nicht abzuschiessen. Und dann machten Sie zeitgleich Atomtests.

Also, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Am 16. Mai 1960 wird in Paris feierlich der Abrüstungsgipfel eröffnet und am selben Tag fliegen in Argentinien mehrere Atomwaffen-Träger ein um dort Tests zu veranstalten. Illegale Tests. Daraus machte man auch gar kein Geheimnis, es stand in den Zeitungen. Es wurde erst später vertuscht, nachdem das Erdbeben geschehen war, aber am 16. Mai wollte man mit dieser Aktion unter Beweis stellen, dass man sich einen Kehrricht um Abrüstung schert.

JENS WERNICKE: *Wie kommt es denn dazu, dass wir alle etwas für die Wahrheit ansehen, was mit Wahrheit so wenig zu tun hat? Ich meine, dass die landläufige Geschichtsschreibung mit dem, was Sie zu berichten wissen, so wenig Gemeinsamkeiten hat…?*

GABY WEBER: Weil es so bequem ist: Zum einen, weil wir nicht arbeiten müssen, wenn wir einfach die offizielle Version übernehmen. Ansonsten müssten wir ja in die Archive rennen, uns mit den Geheimdiensten wegen Desklassifizierung herumschlagen und unsere Karriere riskieren, wenn wir an der offiziellen Version zweifeln. Diese Arbeit kostet Geld und Zeit, und heute finanziert keine Redaktion so etwas mehr.

Außerdem ist diese offizielle Geschichtsschreibung zwar unwahr, aber wir mögen sie, weil wir gerne die Guten sein möchten und die anderen als die Bösen betrachten.

Interessant ist auch, dass in geheimer Sitzung im NATO-Rat sehr wohl nach den wahren Gründen des Scheiterns des Abrüstungsgipfels gefragt wurde, aber der US-Vertreter im NATO-Rat legte dort lediglich ein Statement im US-Senat vor. Das beweist, wie vulgär das Pentagon auch seine engsten militärischen Partner in Europa verarschte.

JENS WERNICKE: *Verstehe ich recht: Geschichte wird also, wenn ich recht verstehe, von den Regierenden und Mächtigen*

Publiziert auf Free21 am 26. Mai 2016, 13:03 Uhr, von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten.de, www.nachdenkseiten.de/?p=32745#more-32745

2016 – Obama bei der internationalen Konferenz über nukleare Sicherheit, Washington

verfälscht? Und Sie wollen mit dem Film den Blick freigeben auf die Realität hinter den Mythen?

GABY WEBER: Naja, wenn wir unsere Geschichte nicht kennen, wie wollen wir dann unsere demokratischen Rechte wahrnehmen? Und es geht hier ja nicht um Peanuts, um einen verrutschten Hosenträger eines Präsidenten. Es geht hier um die deutsche Geschichte, das heisst um die damals gescheiterte Wiedervereinigung aber auch um einen Nazi-Kriegsverbrecher. Und es geht darum, wie mit Atomwaffen unser Planet zerstört werden sollte und bis heute zerstört werden kann.

Erinnern Sie sich noch an die hübschen Worte des gerade gewählten US-Präsidenten Barack Obama, der eine "Welt ohne Atomwaffen" propagiert hatte? Was ist denn davon übrig geblieben? Man hat einige alte Waffensysteme verschrottet und neue Atomwaffen angeschafft. Und dabei wollen auch noch die sogenannten "Schurkenstaaten" mitspielen.

> Die Situation ist heute furchtbarer als noch vor ein paar Jahren. Vermutlich hat Obama auch deshalb gerade in Washington die internationale Konferenz über nukleare Sicherheit eröffnet…

Das ist doch reine Machtpolitik und unglaubwürdig noch dazu. 2009 hatte er noch von einer "globalen Abrüstung" gesprochen. Er tut so, als sei alleine sein Pentagon eine sichere Option. Aber ich habe diese Papiere aus der Feder des Physikers Edward Teller aus dem Jahr 1960, und wenn ich das heute Experten zeige, dann stehen denen die Haare zu Berge.

Aus meinem Film geht eben genau hervor, dass das Pentagon schon damals einfach rücksichtslos drauflos gebombt und sich um die Sicherheit der Bevölkerung nicht im geringsten geschert hat. Das verschweigen sie bis heute, weil sich daraus klar die Notwendigkeit ergibt, dass gerade auch die Großmächte mit der Abrüstung beginnen müssen.

JENS WERNICKE: *Wie ist es Ihnen denn gelungen, die Ereignisse von 1960 jenseits der offiziellen Geschichtsschreibung zu recherchieren?*

GABY WEBER: Da gucken Sie am besten den Film an, er steht in drei Sprachen auf YouTube zur Verfügung.

Vor allem habe ich versucht, in diverse Archive zu kommen, weil ich denke, was dort aufgewahrt wird, kommt der Wahrheit schon ziemlich nahe, insbesondere wenn wir dieses Archivmaterial vergleichen. Das war nicht einfach. Denn als ich die Papiere des US National Security Council einsehen wollte, wurde ich deportiert und mein Visum widerrufen. Seitdem darf ich nicht mehr in die USA einreisen.

JENS WERNICKE: *Das heisst, Sie können dort nicht mehr recherchieren?*

GABY WEBER: Ich kann dort nicht mehr einreisen, aber US-Historikerinnen haben mir geholfen und mir die Unterlagen schließlich gemailt. Ausserdem stehe ich – trotz Einreiseverbots – mit den Archivaren in E-Mail-Verbindung, die diese Unterlagen herausgesucht haben. Und selbst CIA, Pentagon und Energie-Ministerium beantworten meine Anträge. Die nehmen also mein Einreiseverbot selbst nicht ganz so ernst…

JENS WERNICKE: *Freiwillig rücken die aber doch sicher nicht mit Staatsgeheimnissen heraus.*

GABY WEBER: Das ist richtig. Die stellen sich auf den Standpunkt: Wir haben zu Ihrem Thema keine Unterlagen. Sie gehen einfach in ihr Archiv, in dem die offenen Vorgänge liegen und sehen: dort ist nichts. Das stimmt natürlich, weil diese Unterlagen noch nicht offen sind. Aber sie verschweigen mir den Weg, wie ich die Offenlegung beantragen kann. Das heisst: von Rechtsstaat keine Rede. Und die Anträge auf Herausgabe bisher noch klassifizierter Dokumente, die ich mit Registriernummer belegen kann, sind abgelehnt worden. Bis heute top-secret, absolute Geheimhaltung.

JENS WERNICKE: *Sie klagen ja in Deutschland gerade gegen den Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz auf Aktenzugang. Und auch in Argentinien klagen Sie auf Information…*

GABY WEBER: Ja, da habe ich gerade Klage gegen das argentinische Außenministerium eingereicht. Es geht um denselben Forschungsgegenstand, an dem ich seit Jahren sitze: Um die Aufklärung der sogenannten „Entführung" des Nazi-Kriegsverbrechers Adolf Eichmann im Mai 1960 aus Buenos Aires. Die Argentinier haben sich bislang immer doof gestellt und gemeint, bei ihnen gäbe es nichts.

JENS WERNICKE: *Auch diesbezüglich bestreiten Sie ja die offizielle Geschichtsschreibung, wonach der israelische Geheimdienst Mossad Eichmann mit einer heldenhaften Operation nach Israel entführt haben will. Der Fall landete damals sogar vor dem UN-Sicherheitsrat…*

GABY WEBER: Ja, die argentinische Regierung veranstaltete damals wegen der angeblichen „Verletzung seiner Souveränität" ein Riesen-Spektakel. Doch nach jahrelangen Recherchen habe ich Dokumente gefunden, aus denen hervorgeht, dass die Geschehnisse vom Mai 1960 Teil des Kalten Krieges waren.

Laut einem Dokument des argentinischen Geheimdienstes SIPBA wurde die Operation von Mitgliedern der Regierung von Präsident Arturo Frondizi durchgeführt. Er kam vom linken Flügel der UCR, der Radikalen Bürgerunion und war Antifaschist. Deshalb wurden er und seine Minister vom Geheimdienst überwacht, ebenso wie eine Gruppe linker Bischöfe. Das Geheimdienstdokument beschreibt die Details sowie die Autos, mit denen Eichmann transportiert wurde. Von Israelis ist an dieser Stelle nicht die Rede. Deren Rolle war wohl eher „vorgeschoben", so ein Dokument des Bundesnachrichtendienstes, das ich 2008 gerichtlich erstritten habe.

Nach wenigen Stunden wurde diese Operation aber vom argentinischen Geheimdienst in Zusammenarbeit mit der CIA aufgemischt und die Entführer, die israelischen Helfer und ihre Geisel Eichmann festgesetzt. Der israelische Außenminister Abba Eban flog sofort nach Argentinien, um seine Leute herauszuholen; und er unterschrieb eine bilaterale Vereinbarung, wonach die argentinische Regierung versprach, die Angelegenheit nicht gerichtlich verfolgen zu wollen.

Wenn es also eine „Verletzung der argentinischen Souveränität" gegeben haben soll, dann maximal eine von zwei Tagen, danach landeten alle Beteiligten im souveränen argentinischen Knast. Und es gab keine Entführung nach Israel sondern eine Aneinanderreihung von Peinlichkeiten.

JENS WERNICKE: *Wenn Sie das alles schon wissen: Auf Herausgabe welcher Informationen klagen Sie dann denn noch?*

GABY WEBER: Es ist mindestens dieser vom Geheimdienst erwähnte bilaterale Vertrag zwischen Israel und Argentinien. Ich versuche, seit 2005 die argentinische Regierung dazu zu bewegen, diese Dokumente herauszurücken, hatte damals sogar ein Gespräch mit dem Außenminister Rafael Bielsa, der mir zuerst die Offenlegung aller Dokumente mündlich versprach, dann aber nichts mehr davon wissen wollte.

JENS WERNICKE: *Gibt es in Argentinien denn kein Informationsfreiheitsgesetz?*

GABY WEBER: Nein, das ist ja das Problem. In Chile, Uruguay und Brasilien gibt es das und wird auch von den Journalisten eifrig genutzt. In Argentinien hatte Präsident Néstor Kirchner ein Dekret unterzeichnet, wonach amtliche Dokumente offen zu legen seien, aber trotz aller Versprechungen ist es für die Regierungen immer bequemer, die Akten geschlossen zu lassen. Unter seiner Nachfolgerin Cristina Kirchner war das besonders schlimm und autoritär.

JENS WERNICKE: *Und wie, meinen Sie, sehen ihre juristischen Chancen aus, da es doch kein Informationsfreiheitsgesetz gibt?*

GABY WEBER: Gut. Bisher haben die Verwaltungsgerichte und der Oberste Gerichtshof fast immer für die Offenlegung gestimmt und für das Argument, dass die Bürger ihre demokratischen Rechte nur wahrnehmen können, wenn das Regierungshandeln auch transparent ist. Und in diesem Fall geht es um einen Vertrag von vor 56 Jahren! Außerdem gibt es in Argentinien keine geheimen Verträge mit anderen Staaten. Ich bin sehr optimistisch, was das Juristische angeht. Und vielleicht sieht ja auch die israelische Regierung ein, dass es irgendwann mit dem Lügen vorbei ist.

JENS WERNICKE: *Haben Sie das erwähnte Geheimdienstdokument dabei denn vorgelegt? Und wo haben Sie es her?*

GABY WEBER: Ja, ich habe es bei Gericht eingereicht und die amtliche Beglaubigung beantragt, da es aus einem öffentlichen Archiv stammt. Es hat, so meine Vermutung, die Zensur überlebt, weil es in einer Akte des Geheimdienstes abgeheftet war, in der Informationen über fortschrittliche katholische Bischöfe gesammelt wurden. Einer dieser Bischöfe hatte in seiner Kathedrale, so das Dokument, die Unterzeichnung dieses bilateralen Vertrages „zusammen mit der israelischen Delegation“ gefeiert. Wo ich es her habe – möchte ich nicht sagen. Nur so viel: Ich werde dieses Dokument in meinem neuen Dokumentarfilm „Krater für den Frieden“ veröffentlichen. Der steht inzwischen im Netz.

JENS WERNICKE: *Wie finanzieren Sie denn Ihre Recherchen und Filme? Ich meine: Da steckt ja jahrelange Archivarbeit dahinter. Und nicht nur das…*

GABY WEBER: Ich habe leider nicht einen Cent von dritter Seite erhalten sondern Schulden gemacht. Und viele haben auch umsonst an dem Projekt mitgearbeitet.

Aber ein neues Projekt kann ich so nicht noch einmal stemmen. Deshalb bitte ich am Ende des Films die Leute, die unabhängige und nicht-interessen-orientierte Recherche wollen, diese auch mitzufinanzieren. Und solange wir kein neues Mediengesetz haben, bitte ich eben um Spenden. Anders geht es leider nicht.

JENS WERNICKE: *Haben die Medien denn über den Film oder Ihre neue Klage berichtet? Und, ja: Wieso sieht man derlei Dokumentationen nicht auf den Öffentlich-Rechtlichen? Die haben doch genug Geld…*

GABY WEBER: Wir hatten die großen argentinischen Tageszeitungen, sämtliche Auslandskorrespondenten und mehreren Agenturen über die Einreichung der Klage und das neue Dokument informiert.

„Eigentlich ist es ja so, dass, wenn ein Handschuh oder eine Brille oder sonst was von Eichmann auftaucht, dann steht das sofort in den Schlagzeilen. Aber wenn ein Dokument aus nachgewiesener Quelle auftaucht, das die Geheimdienstversion widerlegt – dann schweigen sie alle.

> Nicht ein einziges Medium hat darüber berichtet. Und dann wundern sich die Journalisten, dass die normalen Leute sie als „Lohnschreiber“ verachten.

Und das Geld der Öffentlich-Rechtlichen geht in erster Linie in die Altersversorgung und in die hohen Gehälter, in die Fussballrechte und seichte Serien. Die wollen sich nicht mit der Macht anlegen, denn sie brauchen sie ja für die eigene Finanzierung.

JENS WERNICKE: *Hätten Sie abschließend noch einen Rat für andere kritische Journalisten? Und, ja, ggf. auch für kritische Mediennutzer wie jene der NachDenkSeiten? Wie streiten wir am besten für ausgewogene, gut recherchierte Berichterstattung? Was könnte man tun?*

> Gaby Weber: Ich denke, wir brauchen ein neues Mediengesetz, und zwar dringend. Die Öffentlich-Rechtlichen sind mit dem, was sie den Zuschauern zumuten, nicht mehr zu legitimieren.

Und auf der Rechten fordert man schon lange eine komplette Abschaffung und die Privatisierung von ARD und ZDF. Das ist aus deren Augen auch verständlich, denn sie sind derart in der Krise, dass sie nicht mal mehr als Machtinstrument dienen. Man glaubt ihnen ja kaum noch etwas.

Außerdem sollten wir eine gesellschaftliche Diskussion darüber anstossen, wie wir die Medien demokratisieren, das heißt, wie wir sie auch für die neuen Entwicklungen der Blogs und unabhängiger Projekte öffnen.

Die ARD hat schon lange kein Meinungsmonopol mehr, hier ist ein gewaltiger Reformstau entstanden. Aber ich sehe im Moment, zumindest im Parlament, keine politische Kraft, die sich für die Modernisierung und Demokratisierung der Medien einsetzt.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Autor:

Jens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke.wordpress.com/

Im Interview:

Gaby Weber

1954 in Stuttgart geboren, Magister und Promotion an der FU Berlin, ist seit 1978 hauptberufliche Journalistin, arbeitete zuerst für den stern und ab 1981 für die ARD. Seit 1985 ist sie freiberuflich als Südamerika-Korrespondentin tätig.

www.gabyweber.com/

Dieser Text wurde zuerst auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=32745#more-32745› veröffentlicht (CC 2.0)

‹http://www.free21.org/?p=21952

Atlantische Partnerschaft oder Untertänigkeit?

Wäre auch nur ein Bruchteil des Ausmaßes an Spionage, wie sie die USA gegen ihre „Partner" betreiben, als russische Spionage entlarvt worden, so wäre der allgemeine Aufschrei groß und die Protestwellen würden kein Ende nehmen. Dass sich die deutsche Regierung nicht nachdrücklich gegen das Ausspionieren der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft verwahrt, kommt einem Betrug am Amtseid gleich.

von Eberhard Hamer

Seit den Enthüllungen von Edward Snowden wissen wir:
• dass die Amerikaner flächendeckend unsere Wirtschaft nach Technologien und Patenten ausspähen, was nach Schätzungen der EU einen jährlichen Schaden von 50 Milliarden Euro verursacht;
• dass Telefonate, E-Mails und sonstige Telekommunikationsformen vom US-Geheimdienst NSA flächendeckend aufgefangen, abgehört und ausgewertet werden;
• dass auf dem Dach der amerikanischen Botschaft in Berlin sogar eine spezielle Anlage unterhalten wird, mit welcher die im Umkreis von nur wenigen Hundert Metern liegenden deutschen Ministerien, der Bundestag sowie das Bundeskanzleramt abgehört und ausgeforscht werden;
• dass die NSA die deutschen Verantwortungsträger in Wirtschaft und Politik einschließlich deren Handys – selbst das Handy der Bundeskanzlerin – rund um die Uhr abhört und also über alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsvorbereitungen besser informiert ist als jeder andere in Deutschland.

Nachdem die USA die Enthüllungen von Edward Snowden zunächst geleugnet hatten, mussten sie schließlich aufgrund lückenloser Einzelbeweise zugestehen, dass sie auch „befreundete" Regierungen und die Kommission in Brüssel lückenlos abhören, ausforschen und damit kontrollieren.

Doch anstatt dass nun ein Aufschrei der Empörung über ein derartiges Verhalten der amerikanischen Behörden und der amerikanischen Regierung durch die Welt, durch Europa oder durch Deutschland ginge, wurde von den USA über „den Verräter" Snowden geschimpft und die europäischen Partner England und Frankreich gaben unter dem Druck der Snowden-Beweise gleichfalls zu, eine ebenso flächendeckende Spionage gegen Deutschland zu betreiben wie die USA. Die deutsche Politik hingegen begnügte sich mit kleinen Rügen („Unter Freunden tut man das nicht …") und hüllte sich ansonsten in Schweigen. Offenbar trauen sich die deutschen

(Foto: Voltaire Netzwerk CC BY-NC-ND)

Politiker nicht, der Besatzungsmacht zu widersprechen.

Einen Höhepunkt des deutschen Souveränitätsmangels bildeten die monatelangen Gespräche zwischen deutschen und amerikanischen Geheimdiensten, von denen man sich die amerikanische Zusicherung erhoffte, dass man künftig wenigstens die deutschen Regierungsmitglieder von einer Abhörung ausnehmen, die Wirtschaftsspionage begrenzen und den deutschen Geheimdienst über die Ergebnisse informieren würde. Die Gespräche waren vergeblich: Die amerikanische Seite lehnte Korrekturen ihrer Politik brüsk ab und behielt sich das Recht zur Überwachung und Kontrolle der deutschen Politik, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Medien und der deutschen Gesellschaft vor. Die deutsche Politik hingegen ist so untertänig, dass sie nicht einmal auf die Idee kommt, die Verhandlungen über die vor allem für Amerika vorteilhafte transatlantische Freihandelszone wenigstens so lange zu stoppen, bis die USA in der Frage der Spionage Einsehen zeigen. Die TTIP-Verhandlungen gehen stattdessen nach Vorgaben der USA hinter verschlossenen Türen zügig voran, obwohl nun jeder weiss, dass auch die deutschen und europäischen Verhandler von der NSA überwacht und ausgeforscht werden, die Amerikaner also auf beiden Seiten des Verhandlungstisches sitzen.

Ein Skandal ist es, wie unsere herrschende Elite dieses Thema als unwichtig abzutun versucht. Wäre auch nur ein Bruchteil des Ausmaßes an Spionage, wie sie die USA gegen ihre „Partner" betreiben, als russische Spionage entlarvt worden, so wäre der allgemeine Aufschrei groß und die Protestwellen würden kein Ende nehmen. Dass sich die deutsche Regierung nicht nachdrücklich gegen das Ausspionieren der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft verwahrt, kommt einem Betrug am Amtseid gleich. Dass sie sich nicht einmal gegen die Spionage gegen sich selbst wehrt, zeigt, dass sich unsere politische Elite den atlantischen Befehlen offenbar mehr verpflichtet fühlt als den Interessen der Bürger.

Was muss eigentlich noch passieren, damit unsere Regierung endlich ihre Amtspflicht zur Verteidigung deutscher Interessen, der persönlichen Freiheit der Bürger und der Unverletzlichkeit unserer Persönlichkeitsrechte wahrnimmt? Die NSA-Spionageaffäre ist ebenso sehr ein „aktiver" moralischer Tiefpunkt der US-Politik wie sie einen „passiven" moralischen Tiefpunkt unserer deutschen Regierung darstellt.

Autor:

Eberhard Hamer

(geb. 1932) ist ein deutscher Ökonom und Autor zahlreicher Aufsätze. Sein Schwerpunkt ist die Mittelstandsökonomie.

Dieser Text wurde zuerst am 6. Februar 2014 auf Voltaire Netzwerk unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article182055.html› veröffentlicht (Lizenz: CC BY-NC-ND).

‹http://www.free21.org/?p=21376›

Edward Snowden warnt vor Totalüberwachung durch autonome, solarbetriebene Drohnen

Der Whistleblower Edward Snowden warnt vor der zunehmenden Überwachung durch autonome Drohnen. Nicht nur Einzelpersonen, ganze Gesellschaften seien durch die Entwicklung unbemannter, solarbetriebener Überwachungsfluggeräte gefährdet.

von RT Deutsch

Der Whistleblower Edward Snowden warnt vor der zunehmenden Überwachung durch autonome Drohnen. Nicht nur Einzelpersonen, ganze Gesellschaften seien durch die Entwicklung unbemannter, solarbetriebener Überwachungsfluggeräte gefährdet.

„Whistleblowing ist nicht nur Leaking - es ist Widerstand", lautet der Untertitel von Edward Snowdens aktuellem Beitrag im Mai 2016 auf der Enthüllungsplattform The Intercept. Darin schreibt der Whistleblower, die USA verfolgen derzeit das Ziel, Drohnen zu entwickeln, die dauerhaft in der Luft bleiben können, um eine anhaltende Überwachungsstruktur zu bilden.

> „Das Ziel ist, solarbetriebene Drohnen zu stationieren, die über Wochen in der Luft bleiben können, ohne landen zu müssen. Wenn dies möglich ist und die typischen Überwachungsgeräte an der Drohne installiert werden, können damit stetig alle technischen Geräte, wie Laptops, Smartphones oder iPods samt ihrer Netzwerkadressen überwacht werden. Man weiß damit nicht nur, in welcher Stadt sich ein bestimmtes Gerät befindet, sondern sogar in welcher Wohnung es liegt, wo es sich zu einer bestimmten Zeit hinbewegt und welchen Weg es nimmt."

Wenn eine solche Überwachung auch nur in einigen Städten implementiert wird, können Geheimdienste diese Möglichkeit nutzen, um „die Bewegungen nicht nur von Einzelpersonen, sondern von ganzen Bevölkerungen aufzuzeichnen", so der Whistleblower, der im Jahr 2013 mit seinen Leaks zur NSA-Spionage den größten Überwachungsskandal der Geschichte aufdeckte und seitdem im russischen Exil lebt.

> „Indem sie die heutige Notwendigkeit ausnutzen, immer online zu sein, können Regierungen unsere menschliche Würde auf die von markierten Tieren reduzieren. Der Hauptunterschied ist, dass wir für die Überwachung bezahlt haben und sie sich in unseren Taschen befindet."

Snowden räumt dabei ein, dass seine Worte für manche Ohren sicher ein wenig „paranoid" klingen mögen, betonte aber, dass dieser Ausbau der Überwachung aus technischer Sicht derart einfach zu implementieren sei, dass er sich nicht vorstellen könne, dass dies in Zukunft nicht auch versucht wird.

„Zunächst wird es sich mit der Zustimmung der Konsumenten auf Kriegsgebiete beschränken, doch Überwachungstechnologie hat die Tendenz, uns bis nach Hause zu verfolgen", mahnt Snowden.

Der frühere NSA-Mitarbeiter widmete seinen Artikel dem neuen Buch „The Assassination Complex" von Jeremy Scahill und der Redaktion von The Intercept.

Das Buch basiert auf den sogenannten „Drone Papers", die im Oktober 2015 geleakt wurden und die innere Struktur der US-Drohnenoperationen in Somalia, Jemen und Afghanistan enthüllten– einschließlich der Methode, verdächtige Zielpersonen für die Erschießung mit Drohnen zu markieren.

Das politische System der USA versucht eine ständige Rechtfertigung, um die Militärmaschinerie des Landes einzusetzen, so Snowden weiter.

> „Heutzutage dient der Terrorismus als Rechtfertigung, aber nicht weil unsere politischen Führer tatsächlich besorgt über Terrorismus selbst sind, oder weil sie denken würden es handele sich dabei um eine existenzielle Gefahr für die Gesellschaft. Sie haben erkannt, dass - sogar wenn es jedes Jahr einen Angriff wie bei 9/11 gäbe - immer noch mehr Menschen bei Autounfällen oder an Herzkrankheiten sterben würden. Und wir sehen nicht, dass ähnliche Ressourcen aufgewendet werden, um diesen viel größeren Gefahren zu begegnen."

Snowden zufolge ist die größte Angst der US-Führung, in aktuellen Auseinandersetzungen als schwach wahrgenommen zu werden. Die Enthüllungen von Whistleblowern seien dabei ein wichtiger Akt des politischen Widerstands geworden.

Edward Snowden (Foto: AutoTracking /YouTube)

Quellen:

The Intercept: Original Artikel von Edward Snowden 03.05.2016 *<https://theintercept.com/2016/05/03/edward-snowden-whistleblowing-is-not-just-leaking-its-an-act-of-political-resistance/>*

RT Deutsch: Leaks: „Neuer Snowden" veröffentlicht geheime Dokumentensammlung zum Drohnenkrieg der USA *<https://deutsch.rt.com/34470/international/leaks-neuer-snowden-veroeffentlicht-geheime-dokumentensammlung-zum-drohnenkrieg-der-usa/>*

Dieser Text wurde zuerst auf RT Deutsch unter der URL ‹https://deutsch.rt.com/international/38142-edward-snowden-warnt-vor-totaluberwachung/› veröffentlicht. Lizenz: RT Deutsch

‹http://www.free21.org/?p=22346›

Publiziert auf Free21 am 19.05.2016, 17:30 Uhr, von RT Deutsch auf http://wck.me/106T, Lizenz: RT Deutsch

Video
Ina Ruck, ARD Washington, zur amerikanischen Perspektive zu TTIP

Ein Tagesschau-Bericht der US-Korrespondentin, wonach TTIP in Washington eigentlich kein großes Thema sei.

Europa tappt in die **TTIP-Falle**

TTIP ist so gut wie tot. Die USA haben keine Lust mehr darauf, weil sie dafür Kompromisse eingehen müssten. Aber noch eine Weile wird so getan werden, als wolle man TTIP reanimieren und doch noch abschließen. Denn das lenkt die Gegner so schön von der viel größeren Gefahr ab, die es jetzt zu verhindern gälte: dem bereits ausverhandelten CETA-Abkommen mit Kanada.

von Norbert Häring

Man durfte sich wundern, über die Berichterstattung bei Tagesschau und Co. über die „Anti-TTIP"-Demonstration in Hannover und die anschließenden TTIP-Leaks. Anders als bei der viel größeren Demonstration in Berlin im Oktober, wurde Hannover nicht totgeschwiegen oder kleinberichtet. Mit der Ausnahme von Spiegel Online, die irgendwie den Schuss nicht gehört hatten und die gleichen Manipulationstechniken anwendeten wie bei der Berlin-Demo, berichteten die großen Medien weitgehend neutral und nach journalistischen Maßstäben sachgerecht über die Demonstration. Dass nicht nur gegen TTIP, sondern auch gegen dessen Pendant CETA demonstriert wurde, wurde allerdings selten erwähnt. Das lässt sich journalistisch halbwegs mit der geringeren Bekanntheit von CETA erklären, ist aber ein durchaus wichtiges Versäumnis, wie wir noch sehen werden.

Und dann kamen die TTIP-Leaks und man durfte sich weiter wundern. Da veröffentlicht Greenpeace die amerikanische Verhandlungsposition und es kommt kein lautes Wort des Protests von der dortigen oder unserer Regierung. Dabei hatte die US-Regierung, darauf bestanden, dass Parlamentarier in Brüssel und Berlin nur unter demokratieunwürdigen Bedingungen in TTIP-Leseräumen Einblick in die Dokumente nehmen durften, über die sie später abstimmen sollten. Man könne den Parlamentariern ja nicht trauen, dass alle es für sich behalten würden, was sie da lasen. Und nun durfte Greenpeace tagelang ungehindert am Brandenburger Tor! einen gläsernen Leseraum für diese ach so geheimen Dokumente aufstellen, bevor das schließlich doch noch unterbunden wurde. Irgendwie erweckte das doch sehr stark den Eindruck, dass die USA gar nichts (mehr) gegen diese Leaks hatten.

Gibt man „Tagesschau.de" und „TTIP"in eine Suchmaschine ein, so wird man in diesem Eindruck bestätigt, nicht nur durch die völlige Abwesenheit eines Berichts über US-Proteste oder wenigstens Indignation. Stattdessen ein Bericht der US-Korrespondentin, wonach TTIP in Washington eigentlich kein großes Thema sei.

Den ersten Teil der Aufklärung des Rätsels erhält man, wenn man „Tagesschau.de" und „CETA" als Suche eingibt. Dort gibt es nämlich seit langem nichts mehr mit Substanz. Bestenfalls, und auch das sehr selten, wird CETA nebenher mitgenannt. Der letzte Beitrag von Substanz stammt von August 2014. Er hieß: „Freihandelsabkommen mit Kanada auf dem Weg in die Paralleljustiz." Jemand hatte den bereits ausverhandelten CETA-Vertrag dem ARD-Hauptstadtbüro zugespielt und dieses hatte ihn veröffentlicht. Die Hauptstadtkorrespondentin machte im zugehörigen Video kein großes Geheimnis um die Quelle, sprach von großem Unbehagen in Berlin darüber, dass hier etwas ausverhandelt worden sei, was weder die Parlamentarier, noch die zuständigen Regierungsmitglieder (Sigmar Gabriel) kennten.

Danach schloss sich für die ARD irgendwie das „Window of Opportunity" um über CETA zu berichten. Dabei kann dies Comprehensive Economic and Trade Agreement mindestens so viel Schaden anrichten wie TTIP, vor allem in Europa. Aber es gibt ja noch die Satire-Formate des ZDF. Eines davon, die Heute Show, lieferte am 18. September 2015 den zweiten Teil der Erklärung (aus einem Bericht auf Stern.de):

> „So ist CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada, bereits ausverhandelt. Die Verträge sehen tatsächlich private Schiedsgerichte vor, mit denen deutsches wie europäisches Recht umgangen werden kann. Sobald CETA ratifiziert sei, so Welke, könne jeder US-Konzern, der ein winzige Filiale in Kanada erhält, Deutschland verklagen."

Die USA-Konzerne haben, wenn es CETA gibt aber kein TTIP, fast alle Vorteile von TTIP ohne die Nachteile, etwa in Form von verstärkter europäischer Konkurrenz daheim. Denn so ziemlich jedes große US-Unternehmen macht in Kanada Geschäfte und hat dort eine Tochter, oder kann sie bei Bedarf gründen. Damit können US-Unternehmen alle Klagerechte und Privilegien nutzen, die CETA in Europa bietet. Sie können vor speziellen Investorengerichten europäische Regierungen oder Städte auf Schadensersatz verklagen, etwa wenn öffentliche Ausschreibungen nicht transatlantisch stattfinden, oder wenn ein Unternehmen wie Monsanto (Canada Inc.) in Europa sein umstrittenes Glyphosat (Roundup) nicht mehr genehmigt bekommt, oder Kellogg (Canada Inc.) Cornflakes aus genmanipulierten Mais (von Monsanto) nicht verkaufen darf. Die kanadischen Ableger der US-Konzerne bekommen Gelegenheit, sich vorab zu jedem Gesetzesvorhaben zu äußern, das sie betreffen könnte (und dieses per Androhung einer Klage verhindern). Sie können gegen jede europäische Regulierung klagen, die nicht auf einer Positivliste der erlaubten Liberalisierungsausnahmen schon bei CETA-Vertragsabschluss enthalten ist. Doch umgekehrt bleiben ohne TTIP die US-Staaten und Städte frei, die allermeisten europäischen Unternehmen von staatlichen Aufträgen fern zu halten.

Kein Wunder, dass die US-Regierung lieber gar kein TTIP haben möchte als ein TTIP mit irgendwelchen Zugeständnissen an die Europäer. Denn bei einem TTIP mit Kompromissen ist aufgrund der inzwischen diskutierten Maßnahmen gegen das sogenannte Treaty-Shopping nicht von vorneherein klar, dass US-Konzerne über ihre Töchter in Kanada die günstigeren CETA-Regeln in Anspruch nehmen können. Das Investorengericht könnte sagen, dass – etwa wenn Monsanto klagt - der US-europäische-Aspekt den kanadisch-europäischen dominiert und im Fall von Regelkonflikten nach den eventuell restriktiveren TTIP-Regeln urteilen.

Die in den TTIP-Leaks deutlich gewordene kompromisslose Haltung der US-Regierung zeigt klar, dass für die USA gilt: CETA

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

TTIP is hope – eine an Orwells „1984" erinnernde Aktion von der Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

plus restriktives TTIP ist schlechter als CETA und gar kein TTIP. Für die Europäer ist das natürlich umgekehrt. CETA und kein TTIP ist der Super-Gau. Das erklärt die Verzweiflung der deutschen Industrie, die in bizarren (weil an Orwells „1984" erinnernden) Aktionen von Lobbyorganisationen wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Hannover deutlich wurde (TTIP Is Hope).

Die TTIP-Leaks hatten den einen schönen Effekt für die US-Seite, dass es eine unvernünftige deutsche Bevölkerung zu sein scheint, die für das absehbare Scheitern der TTIP-Verhandlungen verantwortlich sein wird, und nicht etwa Desinteresse und Kompromisslosigkeit der US-Regierung. Der zweite schöne Effekt ist, dass sich hinter der Aufregung um diese Leaks und dem langgezogenen Todeskampf von TTIP sehr gut verstecken lässt, was in Sachen CETA vor sich geht. Das ist nämlich einiges - was man nicht denken würde, wenn man die fast inexistente Medienberichterstattung zum Maßstab nähme.

Am Freitag tagt der Europäische Ministerrat für Auswärtiges in Brüssel um zu beschließen, wie es mit CETA weitergehen soll. Im Raum steht die Möglichkeit, dass der Ministerrat im Oktober die vorläufige Anwendung von CETA beschließt, auch ohne die eventuell nötige Ratifizierung durch nationale Parlamente. Wenn es nach der Kommission geht, will man versuchen, die nationalen Parlamente zu umgehen. Das wäre möglich, wenn es sich bei CETA nicht um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen" handeln würde, sondern um eines, das allein in die Kompetenz der EU fällt. Der Rat wird sich am Freitag dazu positionieren müssen, wie er zu der rechtlich fragwürdigen Haltung der Kommission steht. Es werden schwierige Beratungen werden, da in Belgien die Region Wallonien und der wallonische Teil von Brüssel der belgischen Regierung die nötige Genehmigung verweigern wollen, CETA zu unterschreiben. Auch in anderen Ländern gibt es starke Vorbehalte.

> Die TTIP-Leaks hatten den einen schönen Effekt für die US-Seite, dass es eine unvernünftige deutsche Bevölkerung zu sein scheint, die für das absehbare Scheitern der TTIP-Verhandlungen verantwortlich sein wird, und nicht etwa Desinteresse und Kompromisslosigkeit der US-Regierung.

Man sieht, es gäbe viel zu berichten. Aber zum Glück gibt es ja den TTIP-Zombie, über dessen Zuckungen man stattdessen aufgeregt rapportieren kann. Und die Bürgerinitiativen und Organisationen, die erfolgreich gegen TTIP Front gemacht haben, stehen nun vor dem Dilemma, dass sie den Begriff TTIP, den sie erfolgreich mit negativer Bekanntheit aufgeladen haben, zugunsten des erst noch bekannt zu machenden Bösewichts CETA fallen lassen müssten, um CETA aus dem TTIP-Schatten der Aufmerksamkeit zu holen. Das fällt sicher nicht leicht, ist aber wohl unvermeidlich.

Als Zugabe noch ein Link auf die Heute Show von 26.9.2014 zu TTIP mit Claus von Wagner und einem TTIP Gesellschaftsspiel. Sehr lustig. [siehe Linkkasten]

Attac beschreibt, worum es geht: CETA: Ein trojanisches Pferd (und seine Pferdefüße)

Links:

ZDF Heute Show vom 12.10.14: *<https://youtu.be/xqQIT7m0G5A>*

Attac – Was ist CETA?: *<http://www.attac.de/index.php?id=71381>*

Autor:

Norbert Häring

(JG 1963) ist promovierter Volkswirt. Er arbeitete für eine Bank als Analyst und als Redenschreiber, bevor er 1997 in den Wirtschaftsjournalismus wechselte. Er arbeitete bei der Börsen-Zeitung und war bei der Gründung der Financial Times Deutschland dabei. 2002 ging er zum Handelsblatt, für das er seither von Frankfurt aus schreibt. Er bloggt unter norberthaering.de und ist Co-Direktor der World Economics Association, einer Ökonomenorganisation mit über 12.000 Mitgliedern. Er ist Autor einer Reihe von zum Teil preisgekrönten Wirtschaftsbüchern. Sein aktuelles Buch „Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen" ist unter den Top-Ten der Wirtschaftsbücher.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 09.05.2016 auf norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/611› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=22179›

Das kommende **Bargeldverbot**

Die meisten offiziellen Argumente zum Abschaffen des Bargeldes klingen absurd. Es geht viel wahrscheinlicher darum, Bankkonkurse, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung zu verhindern, den Überwachungsstaat auszubauen und die Wirtschaft mit einer „Konsumverweigerungssteuer" anzukurbeln.

von Tobias Plettenbacher

Immer mehr Banken, Ökonomen und Politiker raten seit ein paar Jahren dazu, das Bargeld in Europa abzuschaffen (im Euroraum, aber auch in der Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Großbritannien). Zahlung sollen dann nur mehr durch E-Cash, also Bankomat- oder Kreditkarten und andere elektronische Systeme möglich sein (PayPal, Handy, Chips, Prepaid-Karten…) Die meisten offiziellen Argumente dafür klingen absurd. Es geht viel wahrscheinlicher darum, Bankkonkurse, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung zu verhindern, den Überwachungsstaat auszubauen und die Wirtschaft mit einer „Konsumverweigerungssteuer" anzukurbeln.

Vorgeschichte

Seit Jahrzehnten wird in Europa versucht, Bargeld zurückzudrängen und elektronisches Geld zu fördern - bisher jedoch mit wenig Erfolg. Die Menschen wollen die Kontrolle über ihre Ausgaben behalten und nicht selbst kontrolliert werden. Im Gegenteil: Immer mehr holen ihr Geld von der Bank und legen es „unter die Matratze". 2015 ist die Bargeldmenge um 80 Mrd. auf über eine Billion € gestiegen. Bereits 28% des gesamten Euro-Bargelds wird in 500 € Scheinen gehalten. Das Horten großer Scheine ist ein Krisenindikator.

Die aktuelle Situation

Derzeit gibt es schon in 18 EU-Ländern Obergrenzen bei Bargeld-Zahlungen, am niedrigsten in Griechenland (500 €, künftig 70 €), Italien, Frankreich und Portugal (1.000 €). Höhere Barzahlungen sind illegal und steuerlich nicht absetzbar oder sogar strafbar. In Griechenland gibt es auch Beschränkungen in der Bargeldbehebung (60 € pro Tag und Bürger) und eine Meldepflicht für Bargeld. In Dänemark sind Händler nicht mehr verpflichtet, Bargeld anzunehmen. In Holland zahlen Banken ihren Kunden kein Bargeld mehr aus. Schweden steht vor der Bargeldabschaffung zur „Kriminalitätsbekämpfung". Demnächst wird der 500,- € Schein von der EZB abgeschafft. Die EU arbeitet angeblich an konkreten Plänen, das Bargeld 2018 völlig zu verbieten.

Die absurden offiziellen Begründungen

Terrorbekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche und Kriminalität: Bargeld sei das Blut in den Adern Krimineller. Die Bargeldabschaffung würde die Kriminalität deutlich reduzieren (keine Raubüberfälle). Terroristen und Kriminelle haben aber schon längst Wege gefunden, ihrem Geschäft ohne Bargeld nachzugehen (Scheinfirmen, Bitcoin…).

Bargeld sei unpraktisch und teuer: Die meisten sind der Meinung, dass Bargeld sehr praktisch ist, man bleibt anonym und behält den Überblick. Richtig ist, dass durch die Kostenreduktion in der EU Einsparungen über 1 Mrd. € pro Jahr möglich sind.

Bargeld spiele keine große Rolle mehr: Man argumentiert, dass über 90% der Zahlungen elektronisch erfolgen. Dies stimmt, jedoch nur in der Wirtschaft. Die Konsumenten nutzen vorwiegend Bargeld zum Einkauf (im Handel 79% der Transaktionen und 53% der Umsätze)!

Verhinderung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung: Die hoch verschuldeten Staaten erhoffen sich zusätzliche Steuereinnahmen, indem sie jede Transaktion digital erfassen. Die großen Steuersünder wie Konzerne und Superreiche bleiben aber unangetastet (Gruppenbesteuerung, Stiftungen). Und für das Gros der Schwarzarbeit sind auch Großunternehmen verantwortlich, nicht der kleine Mann (Ausbeutung über Subsubsubunternehmen).

Die viel wahrscheinlicheren (Hinter-)Gründe

Verhindern von Bank Runs und Bankkonkursen: Von einem Bank Run spricht man, wenn die Sparer bei einem Crash das Vertrauen in eine Bank verlieren und ihre Ersparnisse abheben. Die Banken haben aber nur ein paar Prozent der Einlagen ihrer Kunden in Bar bzw. als Eigenkapital. Daher würde jede Geschäftsbank bankrottgehen und das Banken- und Finanzsystem kollabieren. Die Abschaffung des Bargeldes würde die Konkursgefahr für Banken eliminieren, weil niemand mehr Geld abheben könnte.

Aufbau eines Überwachungsstaates: Ohne Bargeld gibt es fast keine Chance mehr, zu leben ohne auf Schritt und Tritt überwachbare digitale Spuren zu hinterlassen. Jede Bewegung, jeder Einkauf sind nachvollziehbar. Da wird es einerseits schwer, der Ehefrau jede Ausgabe auf dem Kontoauszug zu erklären. Andererseits warnen Experten vor einem Überwachungsstaat im Dienst der Finanzindustrie, ein „Zeitalter des ökonomischen Totalitarismus" (vgl. NSA-Skandal, SWIFT-Abkommen, Registrierkassenpflicht). Es ergeben sich auch unheimliche Kontrollmöglichkeiten: Man könnte unbequeme Menschen aus der Gesellschaft ausschließen, indem man ihr Konto sperrt, Ressourcen und Lebensmittel rationieren, Bürger enteignen...

Einführung von Negativzinsen: Die Zentralbanken wollen negative Zinsen einführen, um die Menschen zum Konsum zu zwingen und „Wirtschaftswachsdumm" anzukurbeln. Normal würde dies zu Kapitalflucht führen: Die Sparer würden ihr Geld abheben.

Das wahrscheinlichste Szenario

Da ein Bargeldverbot derzeit aufgrund der großen Widerstände unmöglich durchsetzbar ist, versucht man uns langsam an den Gedanken zu gewöhnen. Durch die Billionen, die in unser Finanzsystem gepumpt wurden, wurden an den Börsen wieder riesige Blasen aufgebaut und es ist in ein paar Jahren wieder ein Börsen-Crash von historischem Ausmaß zu befürchten.

Nach diesem Crash wird man die meisten Banken aus Angst vor Bank Runs für einige Tage schließen. Nur diesmal werden keine Staaten einspringen und Schulden in Billionenhöhe machen können, um die Banken zu retten. Die Bargeldabschaffung wird dann als „Rettung der sauer verdienten Ersparnisse" begrüßt und bejubelt werden. Und die Menschen werden es widerwillig schlucken. Zuletzt

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

muss die EU nur noch das Bargeld aus dem Verkehr ziehen und elektronisches Buchgeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklären.

Weitere Auswirkungen des Bargeldverbots

Aufschwung digitaler Kryptowährungen wie Bitcoin. Diese sind durch dezentrale Netzwerke und kryptographische Verschlüsselung fast unangreifbar.

Aufschwung von Alternativwährungen (Tauschkreise, Regiogelder): In vielen Krisenländern wie Griechenland und Spanien boomen Tauschsysteme und sind für viele Menschen bereits überlebensnotwendig, weil das Geld fehlt. Diese Systeme bieten den Teilnehmern die Möglichkeit selbst Geld zu schöpfen - Geld entsteht beim Tausch ohne eine Bank oder einen Kredit. Die Systeme haben oft auch eigene Geld-, Zeit- oder sonstige Gutscheine, die anonymes Zahlen ermöglichen.

In vielen Ländern (z.B. Italien) wechselt man auch vermehrt zum direktem Warenaustausch: Dort hat man damit auch kein schlechtes Gewissen mehr, da man den Staat als Feind sieht.

Der Markt für elektronische Bezahlsysteme ist heiß umkämpft. Weite Verbreitung findet das Handy als Zahlungsmedium noch nicht - das könnte sich mit der Bargeldabschaffung ändern.

Wertanlagen wie Edelmetalle, Immobilien etc. könnten boomen und die Preise explodieren.

Was wir gegen das Bargeldverbot tun können

Informationen und Reformen: Informieren Sie sich selbst und andere über unser Finanzsystem und fordern Sie radikale Reformen, z.B. Geldschöpfung in öffentliche Hand, d.h. Übertragung des Rechts der Buchgeldschöpfung von Privatbanken zum Staat (www.monetative.de oder www.vollgeld-initiative.ch).

Alternativwährungen nutzen, fördern oder selbst initiieren: Es gibt bereits in jedem Land zahlreiche Tauschkreise, Zeitbanken und Regionalwährungen, die Sie einfach nutzen können. Falls es bei Ihnen kein regionales System gibt, können Sie über die bestehenden Systeme meist eine eigene regionale Gruppe gründen. In Oberösterreich, Salzburg und Bayern gibt es z.B. WIR GEMEINSAM (www.wirgemeinsam.net) mit 2.000 Mitgliedern in 25 Regionen. Eine Liste der größeren Tauschsysteme im deutschsprachigen Raum finden Sie bei ZART (Zusammenarbeit regionaler Tauschsysteme www.zart.org).

„Wie kann ich mich gegen das Bargeld-Verbot schützen? […] Es bieten sich Regionalwährungen wie der Chiemgauer oder Verrechnungsgutscheine zum Tausch von Leistungen an (also Rasenmähen gegen Klavierunterricht). Wichtig ist auch der Aufbau von Sozialkapital, so dass man in Krisenzeiten auf ein Netzwerk qua Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft bauen kann.“ Gerald Mann, Prof. für Volkswirtschaftslehre München

Nachwort

Wenn die Reichen immer noch reicher werden wollen und die Wirtschaft kaum mehr wächst, geht dies nur auf Kosten der breiten Masse, also durch Umverteilung von unten nach oben. Es geht nicht darum, am Bargeld oder unserem überholten Finanzsystem festzuhalten, sondern dessen Prinzipien und Spielregeln in Frage zu stellen und neu festzulegen. Wer kontrolliert dieses System und wem dient es? Geld braucht nur Information zu sein, um den Ausgleich von Geben und Nehmen herzustellen, die Zugriffsrechte auf Ressourcen und Produktion gerecht zu regeln. Die Entwicklung geht jedoch in Richtung von noch mehr Unfreiheit, Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Machtkonzentration, Gier und Wachsdumm. „Heute stehen wir vor dem Abgrund, morgen sind wir einen entscheidenden Schritt weiter.“ Es liegt an uns die Richtung mitzubestimmen.

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“ Benjamin Franklin

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Tobias Plettenbacher

Experte für komplementäre Währungen, Autor des Buchs „Neues Geld – Neue Welt“, Initiator der Zeitbank WIR GEMEINSAM

www.wirgemeinsam.net

Dieser Text wurde zuerst am 09.03.2016 auf wirgemeinsam.net unter der URL ‹http://www.wirgemeinsam.net/files/news-und-termine/hoerens-und-lesenswertes/Das-kommende-Bargeldverbot.pdf› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=22204›

Der **Finanz-Tsunami** nimmt seinen Lauf

Die relative Ruhe an den Finanzmärkten in den vergangenen Wochen und Monaten hat viele Menschen glauben lassen, die Lage habe sich nach den Turbulenzen zu Jahresbeginn entspannt und sei doch nicht so ernst ist wie zunächst angenommen. Sie irren. Die gegenwärtige Lage ist erheblich instabiler als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der Jahrtausendwende und birgt erhebliche Gefahren in sich.

von Ernst Wolff

Acht Jahre sind vergangen, seit das globale Finanzsystem unmittelbar vor dem Zusammenbruch stand. Statt die Schuldigen – skrupellose Spekulanten in den Führungsetagen der Finanzindustrie – zur Rechenschaft zu ziehen, erklärten die Regierungen in aller Welt die großen Finanzinstitute für „too big to fail" und retteten sie mit Hilfe von Steuergeldern, also dem Geld arbeitender Menschen. Um die dadurch entstandenen riesigen Löcher in den Staatshaushalten zu stopfen, bürdeten sie die Folgen dieser Politik ebenfalls der arbeitenden Bevölkerung auf. Unter dem Banner der „Austeritätspolitik" senkten sie deren Lebensstandard und zwangen sie, Einbußen aller Art hinzunehmen.

Die Verursacher der Krise wurden sogar noch belohnt

Die Verursacher der Krise dagegen wurden für ihr Verhalten sogar noch belohnt. Für sie wurden riesige Mengen an Geld geschaffen, das ihnen bis heute zu immer niedrigeren Zinssätzen zur Verfügung gestellt wird. Statt es – wie von der Politik zur Täuschung der Öffentlichkeit behauptet – für neue Investitionen und damit zur Ankurbelung der Realwirtschaft zu benutzen, setzt die Finanzindustrie den Löwenanteil des Geldes auch nach dem Beinahe-Crash wieder zur Spekulation an den Finanzmärkten ein. In der Gewissheit, „too big to fail" zu sein und im Notfall erneut gerettet zu werden, haben die Banker ihre spekulativen Aktivitäten seit 2008 sogar ausgeweitet und gehen heute größere Risiken ein als zuvor.

Der Finanzsektor, der das System damals existentiell bedroht hat, wuchert deshalb unkontrolliert weiter. Die Realwirtschaft dagegen stagniert und schrumpft, da ihr durch der den Finanzsektor das Blut in Form von Kapital entzogen wird und auch die Nachfrage auf Grund der austeritätsbedingten geringeren Einkommen zurückgeht. Das wiederum führt dazu, dass die Kluft zwischen denen, die von ihren Vermögen leben, und denen, die von ihrer Arbeit leben müssen, immer größer wird.

New York Stock Exchange (Foto: Kevin Hutschinson, Flickr, CC BY 2.0)

Inzwischen hat die Entwicklung jedoch eine neue Stufe erreicht, da die bisherigen Maßnahmen nicht mehr richtig greifen oder neue Risiken mit sich gebracht haben: Jahrelanges Gelddrucken hat zur Entwertung des Geldes und zur Inflation geführt – nicht in der Realwirtschaft, sondern an den Anleihen-, Aktien- und Immobilienmärkten, in die das frische Geld größtenteils geflossen ist. Unterstützt durch das parasitäre Verhalten der großen Marktteilnehmer (zum Beispiel das Rückkaufen eigener Aktien durch das Management von Großkonzernen zum Zweck der Erhöhung der eigenen Boni), haben sich riesige Blasen gebildet, die jederzeit platzen und zu einer Panik an den Märkten führen können.

Der Weg führt zwangsläufig zu immer größerer Instabilität

Die kontinuierliche und mittlerweile bis in den Negativbereich reichende Senkung der Zinsen (auch „billiges Geld" genannt) erhöht ebenfalls die Instabilität des Systems: Sie zwingt bisher zur Vorsicht neigende Anleger wie Pensionsfonds, Rentenkassen und Krankenkassen, konservative Anlageformen über Bord zu werfen und durch Spekulation an den Finanzmärkten immer höhere Risiken einzugehen. Außerdem untergräbt sie die Lebensgrundlage kleiner und mittlerer Banken (z.B. deutscher Sparkassen und Raiffeisenbanken), die derzeit händeringend nach Rezepten suchen, um die Verluste in ihrem früheren Kerngeschäft – der Kreditvergabe an den Mittelstand – auszugleichen.

Beide Entwicklungen zusammen haben dazu geführt, dass selbst früher als normal geltende Korrekturen der Märkte verhindert werden müssen, da diese durch den Bankrott einzelner Marktteilnehmer rasch zu einer Kettenreaktion und so zum Zusammenbruch des Systems führen könnten. Sobald es zu ersten schärferen Abwärtsbewegungen an den Märkten kommt, greifen deshalb die Zentralbanken – von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – direkt oder über Mittelsmänner mit frischem Geld ein, manipulieren auf diese Weise die Kurse noch stärker und verzerren so das im Verhältnis zur Realwirtschaft mittlerweile groteske Bild der Märkte bis zur Unkenntlichkeit.

Die größte Gefahr aber lauert wie schon seit Jahren im Bereich der Derivate, deren Umfang von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf zurzeit ca. $ 550 Billionen, von Insidern sogar auf $ 1,5 Trillionen geschätzt wird. Unter diesen von der Realwirtschaft abgekoppelten reinen Finanzwetten müssen zurzeit insbesondere die Kreditausfallversicherungen und die Zins-Swaps als finanzielle Tellerminen gelten.

Die größten Gefahren lauern im Verborgenen

Da Kreditausfallversicherungen auch von solchen Marktteilnehmern abgeschlossen werden dürfen, die keinen Kredit vergeben haben, setzen zahllose Großinvestoren auf dieses (erst seit 1994 existierende) gefährlichste aller Finanzprodukte. Nicht etwa, um sich

gegen Risiken abzusichern, sondern um ganz gezielt auf den Ausfall von Unternehmen und Ländern zu wetten. Da dies beim tatsächlichen Eintreten einer Insolvenz dazu führen kann, dass Banken ein Vielfaches der Schadenssumme auf den Tisch legen müssen (wie 1998 im Fall des Hedgefonds Long Term Capital Management und 2008 im Fall des US-Versicherers AIG), bleibt Staaten und Regierungen im Ernstfall gar nichts anderes übrig als das fehlende Geld zu drucken und es den betroffenen Finanzinstituten zum Überleben zur Verfügung zu stellen.

Zins-Swap-Derivate sind mittlerweile einer der Hauptgründe, warum die Zentralbanken ihre Leitzinsen nicht erhöhen können, sondern immer weiter senken und sogar noch tiefer in den Negativbereich treiben müssen. Mit Zins-Swap-Derivaten sichern sich Unternehmen und Staaten gegen Verluste durch Schwankungen von Zinssätzen ab. Die Kurseinbrüche an den internationalen Aktien- und Anleihenmärkten im Januar 2016 als Folge der minimalen Zinserhöhung der Federal Reserve um ganze 0,25 % im Dezember 2015 zeigen, in welch gigantischem Umfang diese Zins-Swaps mittlerweile abgeschlossen wurden. Die Folge: Den Zentralbanken bleibt in Zukunft kein Spielraum mehr für eine Erhöhung der Leitzinsen, eine Rückkehr zu den früher normalen Werten von mehreren Prozent ist damit ausgeschlossen.

Was aber bleibt Regierungen und Finanzindustrie, wenn eine Senkung des Leitzinses das Bankensystem selbst gefährdet und die immer größeren aus dem Nichts geschaffenen Geldmengen zwangsläufig zu dessen totaler Entwertung führen müssen? Die Antwort lautet schlicht und einfach: Ein noch schärferer Angriff auf die arbeitende Bevölkerung.

Der Leidtragende: Die arbeitende Bevölkerung

Die vor uns liegende Phase wird von folgenden Entwicklungen geprägt sein: Die Unternehmen werden unter dem Schlagwort der „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ alles daran setzen, Löhne zu senken, Entlassungen vorzunehmen, Arbeitsbedingungen zu verschärfen und Leistungen wie Renten- und Sonderzahlungen zu kürzen, um auf diese Weise die Gewinne für die Investoren zu erhöhen. Die Staaten wiederum werden diese Maßnahmen durch weitere Austeritätsprogramme flankieren, Sozialleistungen einschränken, öffentliche Bedienstete entlassen, Mindestlöhne senken und die Infrastruktur weiter zerfallen lassen. Außerdem werden sie den Gewalt- und Überwachungsapparat (Militär, Polizei und Geheimdienste) ausbauen, um sich gegen den zu erwartenden Widerstand seitens der Bevölkerung zu wappnen.

Deutsches Inflationsgeld von 1923

Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen und einzelne Finanzinstitute trotz aller Rettungsversuche zusammenbrechen, werden die Regierungen auf das inzwischen rechtlich in ganz Europa verankerte Bail-in zurückgreifen. D.h.: Die Vermögen von Anteilseignern, Einlegern und Sparern werden zum Teil konfisziert werden, um die betroffenen Geldinstitute am Leben zu erhalten. Großinvestoren werden, da sie über genügend Marktinformationen verfügen, rechtzeitig abspringen und ihr Geld in Sicherheit bringen. Die Zeche wird in erster Linie die arbeitende Bevölkerung zahlen.

Sollte aber auch ein Bail-in nicht ausreichen, könnte ein Vorschlag des IWF auf den Tisch kommen, der 2013 in seiner Publikation „Fiscal Monitor“ unter dem Titel „Taxing Times“ („Zeit für Steuern“) eine einmalige Vermögenssteuer in Höhe von 25 % auf alle Bankguthaben zur Rettung des Systems ins Gespräch gebracht hat. Auch hier kann damit gerechnet werden, dass die Finanzelite und die Wohlhabenden dieser Welt ihr Geld rechtzeitig in nicht erreichbaren Steueroasen verstecken werden und am Ende die arbeitenden Menschen für die Verfehlungen der Finanzindustrie werden aufkommen müssen.

Die letzte Option heißt Krieg

Die erheblichen sozialen Verwerfungen, zu denen all diese Maßnahmen unausweichlich führen werden, könnten die Herrschenden schlussendlich aber auch zu einem weiteren Mittel greifen lassen, durch das das Finanzsystem bereits zweimal, nämlich 1914 und 1939, zumindest für einige Jahrzehnte am Leben erhalten wurde. Wie die allseits praktizierte Aufrüstung, das Säbelrasseln der USA gegen Russland und China und die zunehmende globale Militarisierung zeigen, liegt die Option eines großen Krieges bei den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern dieser Welt bereits offen auf dem Tisch.

Wer glaubt, dass moralische Gründe diese Kräfte an der Entfesselung eines Krieges hindern könnten, der sollte einen Blick auf die Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts werfen: Wenn das System existentiell bedroht war, hat die politische Elite – die ja direkt von ihm profitiert – nie gezögert, auch diese letzte Karte auszuspielen, unendliches menschliches Leid billigend in Kauf zu nehmen und dabei einen Satz zu bestätigen, der heute mehr denn je gilt: „All wars are bankers' wars.“ („Alle Kriege sind Banker-Kriege“).

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst auf 20. Mai 2016 unter der URL ‹https://kenfm.de/finanz-tsunami/› veröffentlicht. Lizenz: (KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=22335›

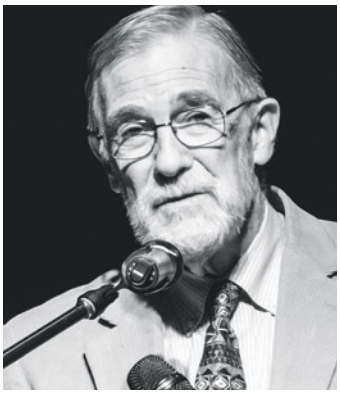
Interview mit dem ehemaligen CIA-Analysten **Ray McGovern**

Der ehemalige CIA-Analyst Ray McGovern spricht im Interview mit acTVism Munich über seine Erfahrungen beim Geheimdienst sowie über die Gründe, weshalb er ein Aktivist und entschiedener Kritiker der US-Regierung wurde.

ZAIN RAZA: *Ray McGovern ist ein ehemaliger CIA-Offizier, heute im Ruhestand und politischer Aktivist. McGovern war von 1963 bis 1990 CIA-Analyst, leitete in den Achtzigern das Geheimdienstdossier National Intelligence Estimate und bereitete das tägliche Briefing des US-Präsidenten vor. Ray McGovern, danke, dass Sie heute zu uns gekommen sind.*

RAY MCGOVERN: Gern geschehen.

ZR: *Im Jahr 2006 gaben Sie ihre Geheimdienst-Verdienstmedaille zurück. Könnten Sie ihre Erfahrungen sowie den Grund für diese Entscheidung beschreiben?*



Ray McGovern

RMCG: Ja. Es war eine Zeit, als der Direktor der CIA ungeniert um eine Ausnahme von einem Gesetz bat, das von Senator John McCain aufgesetzt worden war und der US-Regierung verbot, Menschen zu foltern. Wissen Sie, ich war nicht naiv. Ich wusste von einigen Erlebnissen des betrieblichen Teils der CIA mit lateinamerikanischen [Geheim-]Diensten usw., die mit Folter zu tun hatten. Aber dies war das erste Mal, dass die CIA unverblümt für eine Erlaubnis zu foltern plädierte. Das schien mir so abscheulich, dass ich mich, zum ersten Mal seit 1963, von der CIA distanzieren wollte. Ich wollte nicht mit einer Behörde in Verbindung gebracht werden, die sich an Folter beteiligte – nicht im Geringsten.

Demo zur Unterstützung Snowdens, Hong Kong, Juni 2015 (Foto: VOA, Public Domain)

ZR: *Selbst Präsident Obama kritisierte die brutalen Verhörtechniken in seiner ersten Wahlkampagne. Könnten Sie über die europäische Rolle in der Folterkampagne sprechen und darüber, ob Obama tatsächlich sein Versprechen hielt und Veränderung herbeiführte, indem er beispielsweise Beamte zur Verantwortung zog?*

RMCG: Nun, die Rolle unserer „Alliierten" ist meiner Meinung nach ein Skandal. 53 andere Nationen kooperierten in der Entführung und der „außerordentlichen Auslieferung" („extraordinary rendition") von mutmaßlichen Terroristen in Geheimgefängnisse, wo verstärkte Verhörtechniken („enhanced interrogation techniques") angewendet wurden, was übrigens eine wörtliche Übersetzung der Bezeichnung „verschärfte Vernehmung" direkt aus dem Gestapo-Handbuch ist. Ich habe das Handbuch, und das Traurige ist, dass viele der Techniken exakt dieselben sind – mit ein paar Erweiterungen durch die USA seit dem Zweiten Weltkrieg. Daher hat die Rolle unserer europäischen Alliierten und anderer mich einfach sehr enttäuscht.

Warum Präsident Obama die Folterer nicht zur Verantwortung zieht oder sich dazu entschied, dies nicht zu tun, ist eine weitere, sehr traurige Geschichte. Und ohne groß drum herumzureden, werde ich einfach nur sagen, dass er Angst vor ihnen hat. Ich hätte niemals gedacht, dass ich mich selbst sagen hören würde, dass der Präsident der Vereinigten Staaten sich vor der CIA fürchtet. Aber das tut er. Er fürchtet sich auch vor der NSA. Wie sonst ist es zu erklären, dass der Leiter der nationalen Geheimdienste (Director of National Intelligence), der seine Aufseher im Senat am 12. März 2013 unter Eid angelogen hat, nach wie vor der Leiter der nationalen Geheimdienste ist? Wie sonst ist es zu erklären, dass CIA-Chef John Brennan, der bewusst die Computer des Geheimdienstausschusses des Senats gehackt hat – des Ausschusses, der die Aufgabe hat, ihn zu beaufsichtigen – immer noch im Amt ist? Wissen Sie, es fällt mir schwer, das zu sagen, aber ich vermute, dass sich Obama entweder vor Erpressung oder sogar vor Schlimmerem fürchtet. Er nahm ja Bezug auf den Mord an Dr. Martin Luther King Jr., als er sinngemäß sagte: „Erinnern Sie sich nicht, was Dr. King widerfahren ist?"

ZR: *Kommen wir zur Edward Snowden-Geschichte. Sie trafen ihn in Russland, richtig?*

RMCG: Das ist richtig.

ZR: *Legen wir einmal alles, was er getan hat, beiseite – dazu kommen wir gleich noch. Könnten Sie über seine Persönlichkeit sprechen, worüber wir nicht sonderlich viel zu hören bekommen? Wie ist er so?*

Autor:

acTVism
• Information that moves

Der vorliegende Text ist auf acTVism Munich e.V erschienen. acTVism Munich ist ein unabhängiges, partizipatives und gemeinnütziges Nachrichtenmagazin, das in mehreren Sprachen regelmäßig aus München berichtet. Um dieser Philosophie gerecht zu werden, finanziert sich acTVism ausschließlich über Spenden aus dem Volk und verzichtet bewusst auf Werbung, Sponsoring und staatliche oder Konzernförderung. Auf dem Youtube-Kanal finden Sie alle Videos größtenteils auf Deutsch und Englisch:

https://www.youtube.com/user/acTVismMunich

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

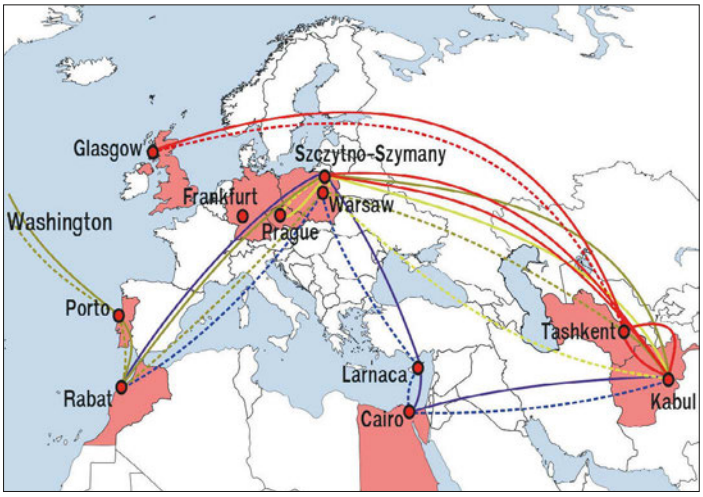
RMCG: Er ist ein sehr zurückhaltender Mensch, außer in spannungsgeladenen Momenten. Und ich wurde Teil eines solchen spannungsgeladenen Moments, sobald ich die kleine Halle betrat, in der er sich befand. Ich trat zuerst ein, und er wusste natürlich, dass wir kommen würden. Das war am 9. Oktober 2013. Ich sagte, „Hallo Ed", und er sagte, „Hallo Ray". Dann sah er Tom Drake hinter mir. Das war der spannungsgeladene Moment. Als er Tom Drake ansah, wusste ich, was er dachte: Das ist der Mann, der vier Jahre Folter und Schikane durch das Justizministerium über sich ergehen ließ, damit ich, Ed Snowden, lernen konnte, wie ich meine Mission erfüllen und trotzdem die Aussicht haben konnte, sicher zu sein.

Und ich sah, wie Tom Drake ihn ansah, und später fragte ich ihn danach. Ich sagte: „Tom, hast du dies in dem Moment gedacht?" Und Tom sagte: „Ja, ich dachte: Wow! Vier Jahre lang diese Demütigung, diese Unterdrückung, und ich dachte, es würde niemals etwas Gutes daraus entspringen. Aber jetzt war es gut. Es war gut".

Es war Tom, der ihm den Sam Adams Award überreichte. Es war unglaublich rührend, diese kleine Clique von Whistleblowern, und ich hatte die besondere Ehre, unter ihnen zu sein. Ich dachte an meine irische Großmutter, die stets zu sagen pflegte: „Zeig mir, mit wem du verkehrst, und ich sage dir, wer du bist." Nun, ich blickte gen Himmel und sagte: „Großmutter, was sagst du zu diesen Burschen? Was sagst du zu diesen Burschen?" Und ich war mir sicher, dass sie sagte: „Alles gut, Raymond, alles gut."

ZR: *Ich möchte die Kritikpunkte, die gegen Edward Snowden gerichtet sind, einen nach dem anderen durchgehen. Und während ich das tue, würde ich Sie gerne um ihre Meinung zu jedem einzelnen Punkt bitten. Zum ersten: „Er gefährdete die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten, also auch Deutschland."*

RMCG: Er tat nichts dergleichen. Es gibt hier keine Gefahr. Es ist



Ein Auswahl der geheimen CIA-Überfliegungen in Europa (Illustration: Rama, CC 2.0)

dasselbe wie mit den Anschuldigungen gegen Bradley, heute Chelsea Manning. Ein Untergangsszenario, und als der Verteidigungsminister gebeten wurde, Zeugnis hierzu abzulegen, sagte er, diese Warnungen, diese Gefahren seien, und ich zitiere: „deutlich überdreht".

ZR: *Vorwurf zwei: „Snowden brach das Gesetz und hätte auch Kanäle innerhalb der NSA nutzen können, um seine Vorgesetzten zu informieren."*

RMCG: Er hat versucht, Kanäle innerhalb der NSA zu nutzen, und es gab niemanden, der ihm auch nur annähernd zuhörte. Der Whistleblower-Schutz für Leute wie Edward Snowden ist gleich Null. Der Präsident der Vereinigten Staaten weiß das, und dennoch verbirgt er diese Tatsache.

ZR: *Vorwurf drei: „Snowden ist ein russischer oder chinesischer Spion."*

RMCG: [lacht] Das ist lächerlich. Das [Argument] haben die Leute in der McCarthy-Ära benutzt. Ich dachte, wir wären da herausgewachsen.

ZR: *Zum letzten Punkt: „Die NSA hat das Recht, Daten anzuhäufen, denn wenn wir keine Missetaten begangen haben, gibt es auch nichts zu verbergen."*

RMCG: Nun, ich würde mit den Worten des ehemaligen Stasi-Offiziers Wolfgang Schmidt antworten, dem die Frage gestellt wurde, was er von den Amerikanern hielte, die sagten, sie hätten nichts zu verbergen. Er sagte, und ich zitiere: „Das ist sehr naiv. Der Grund, weshalb die Regierung die Informationen überhaupt erst sammelt, ist, um diese gegen Sie zu verwenden. Der einzige Weg, das zu verhindern, ist das Sammeln der Informationen von vornherein zu verhindern." Zitat Ende.

Und so sieht's aus: Sie werden [die Informationen] verwenden. Warum sollten sie sie sonst sammeln? Und selbst wenn sie nicht verwendet werden: Wie wird es sich auf Ihre Gedanken- und Meinungsfreiheit auswirken, wenn Sie stets vermuten müssen, dass Sie und ihre geheimsten Aktivitäten in deren Visier stehen?

ZR: *Wenn wir hier in Deutschland über die CIA nachdenken, denken wir an Folter und „außerordentliche Auslieferung". Bei der NSA denken wir an ein globales Überwachungssystem. Beim FBI denken wir an Menschen, die in unser Zuhause einbrechen. Haben die Geheimdienste ihre Grenzen überschritten? Und welche Rolle, wenn überhaupt, sollten Geheimdienste Ihrer Ansicht nach in dieser globalisierten Gesellschaft spielen?*

RMCG: Wissen Sie, ich denke, die Frage ist vielmehr, ob unsere politischen Anführer ihre Grenzen überschritten haben. Denn all das wurde von unseren politischen Anführern genehmigt. Zuerst von Cheney und Bush, und nun leider auch von Barack Obama. Unsere Bill of Rights wur-

Publiziert auf Free21 am 5.4.2016, 13:35 Uhr, von acTVism Munich e.V - Originalinterview: http://goo.gl/NRDA1d

de zerfetzt. Der Vierte Zusatzartikel zur US-Verfassung verbietet ausdrücklich die Art von Aktivitäten, die von der NSA im Inland durchgeführt werden. Der Fünfte Zusatzartikel untersagt es dem Präsidenten und auch jedem anderen, irgendjemanden ohne ordentliches Gerichtsverfahren zu töten. Wie erklären sie also Obamas Behauptung, er könne amerikanische Staatsbürger ohne ordentliches Gerichtsverfahren töten? Nun, er lässt seinen Justizminister verlautbaren, dass in der Verfassung nicht von einem „Gerichtsverfahren", sondern nur von einem „ordentlichen Verfahren" die Rede sei. Das ist eine anwaltliche Ablenkung von der Wahrheit. Jeder weiß, dass mit einem „ordentlichen Verfahren" ein Gerichtsverfahren gemeint ist. Und wenn John Brennan [dem Präsidenten] jede Woche eine Liste der Menschen vorlegt, die getötet werden sollen, dann ist das sicherlich kein ordentliches Gerichtsverfahren. Das wäre der Fünfte Zusatzartikel. Nicht einmal George Bush forderte das Recht ein, amerikanische Staatsbürger ohne ordentliches Gerichtsverfahren töten zu dürfen.

ZR: *Laut Umfragen gibt eine Menge Menschen in den USA und auch in Deutschland, die mit dem NSA-Programm mehr oder weniger einverstanden sind. Dies wurde besonders deutlich, nachdem aufgedeckt wurde, dass unsere Kanzlerin über ihr Handy ausspioniert wurde oder dass Doppelagenten innerhalb der Regierung tätig waren. Wir können*

Ray McGovern auf dem Emergency Forum at Cooper Union, 19.6.2013 (Foto: Bud Korotzer, CC BY 2.0)

mit Sicherheit sagen: Hätten der Iran oder Russland dieselben Aktionen durchgeführt, gäbe es eine internationale Krise und vermutlich Sanktionen sowie Kriegsdrohungen. Was würden Sie jenen Deutschen sagen, die trotz dieses massiven Überwachungsapparats der NSA nach wie vor passiv sind? Welche Konsequenzen könnte es für sie haben, falls es uns nicht gelingt, das zu stoppen?

RMCG: Ich würde sagen, dass nicht mehr viele Deutsche am Leben sind, die das Dritte Reich erlebt haben. Wir brauchen uns nicht die Stasi anzusehen, wir können einen Blick auf die Gestapo werfen, um zu sehen, was passiert, wenn Ihre Menschenrechte, Ihre Meinungs- und Gedankenfreiheit verletzt werden. Wir bewegen uns dann auf enorm gefährlichem Territorium. Und die Passivität, die Apathie, zeugt nicht von verantwortungsvollem Bürgersein. Wenn ich gefragt werde, weshalb ich ein Aktivist bin, sage ich: „Nun, das ist die Miete, die ich dafür bezahle, auf diesem Planeten zu leben."

Wir alle haben eine Verantwortung, und wie Rabbi [Abraham Joshua] Heschel, einer meiner Propheten, sagte: „Diejenigen, die Unrecht billigen oder in dessen Angesicht schweigen, trifft größere Schuld als die Täter." In dem Ausmaß, in dem wir vorgeben, eine Demokratie zu sein, müssen wir unserer Pflicht nachkommen, aktivistisch genug zu sein, um zu verhindern, dass unsere Menschenrechte verletzt werden. Nächstes Jahr werden wir den 800. Geburtstag der Magna Carta feiern. Wow! Werden wir dann vielleicht eine Beerdigung feiern? Werden wir eine Untersuchung starten? Werden wir sagen: „War es nicht schön, als ein paar mutige Adelige gegenüber König John ihre Rechte eingefordert haben?" Oder werden wir sagen: „Dies sollte auch heute noch gelten, und man muss ein Aktivist sein, um sicherzugehen, dass dies auch passiert."

ZR: *Sie sprechen über Aktivisten. Was sagen Sie den Menschen, die den Drang verspüren, etwas zu verändern, aber nicht wissen, wo sie anfangen sollen? Was würden Sie ihnen raten?*

RMCG: Mein Rat an sie lautet, eine kleine Gruppe zu bilden. Fünf bis sechs Menschen, die so denken wie du und die bereit sind, sich regelmäßig zu treffen, einmal die Woche. Sie werden überrascht sein, welch einfallsreiche, mutige Gedanken und Handlungen aus dieser Synergie hervorgehen. Es dauert eine Weile, aber für jede dieser kleinen Gruppen gibt es etwas zu tun. Die große Gefahr besteht darin, es gar nicht erst zu versuchen, weil es keine Sicherheit, keine Garantie auf Erfolg gibt. Es geht nicht darum, erfolgreich zu sein. Es geht darum, gewissenhaft zu sein. Das Gute ist es wert, weil es gut ist. Und wer weiß, wohin es führen wird? Vielleicht pflanzen wir lediglich die Samen für zukünftige Generationen, aber das ist okay. Wir können nicht davor zurückschrecken, etwas zu tun, weil wir vielleicht dafür verhöhnt werden, weil irgendwer vielleicht sagt: „Was hast du dir dabei gedacht, dem Außenminister den Rücken zu kehren?", oder Ähnliches.

Du tust das, von dem du weißt, dass es gut ist, weil es gut ist, dann hast du ein gewisses Maß an Seelenfrieden. Dann kannst du sagen, du warst und bist auf konstruktive Art ein Aktivist.

ZR: *Ray McGovern, ehemaliger CIA-Offizier und politischer Aktivist – vielen Dank, dass Sie heute bei uns waren.*

RMCG: Sehr gern geschehen.

Im Interview:

Raymond McGovern

ist ein US-amerikanischer ehemaliger CIA-Beamter und heute politischer Aktivist. McGovern war von 1963 bis 1990 CIA-Analyst. In den Achtzigern leitete er National Intelligence Estimate und bereitete das tägliche Briefing des US-Präsidenten vor (President's Daily Brief). Gegen Ende seiner Karriere war er für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig. 1990 ging er in den Ruhestand. Bei seiner Pensionierung wurde er mit der Intelligence Commendation Medal von Präsident Bush ausgezeichnet. Diese Medaille gab er im März 2006 zurück aus Protest gegen die Beteiligung von CIA-Mitarbeitern an Folterungen im Irak. Seit seiner Pensionierung spricht sich McGovern regelmäßig öffentlich in Geheimdienstsachen aus. Im Jahr 2003 gründete er zusammen mit anderen ehemaligen CIA-Mitarbeitern die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS).

Dieser Text wurde zuerst am 7. März 2016 auf activism.org unter der URL <http://www.actvism.org/news/interview-former-cia-analyst-ray-mcgovern/> veröffentlicht (Lizenz: acTVism Munich e.V)

<http://www.free21.org/?p=21893>

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54430609671168579701,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Wir sind **Frieden**

Unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühnen

von Andrea Drescher

Immer hört und liest man kluge Analysen und Aktionen von Ken Jebsen, Tommy Hansen, Karin Leukefeld, Christoph Hörstel, Eugen Drewermann, Evelin Hecht-Galinski … und den vielen, vielen anderen „prominenten“ Aktivisten. Und immer wieder denkt sich der eine oder andere: „Toll, wenn ich doch nur auch etwas tun könnte“ – um sich dann frustriert abzuwenden – weil ihm oder ihr ja so garnichts möglich scheint. Natürlich ist der „Wirkungsgrad“ eines Youtube-Videos auf KenFM etwas höher, als wenn Lieschen Müller mit ihrer Nachbarin politisch diskutiert. Aber die Wirkung dieser Diskussion darf auch nicht unterschätzt werden. Außerdem: Wie käme KenFM denn sonst zu neuen Hörern? Von knapp 150 000 Free21 Lesern ganz zu schweigen – Tommy Hansen hätte die alleine nie verteilen können. Es kommt darauf an, dass möglichst viele mitmachen

Darum „Wir sind Frieden“. Du und ich und viele, viele andere – von denen wir einige in Free21 vorstellen werden. Gedacht als Inspiration für unsere Leser, die hoffentlich nach dem Lesen des Artikels ein wenig besser wissen, wie sie selbst aktiv werden können.

Oliver

Baujahr 1969, Wohnort Leipzig Beruf Bauarbeiter – Fliesenleger – was eben anfällt, Vater aus Somalia, Mutter aus der ehemaligen DDR, Vater einer Tochter und Herrchen eines 15 Jahre alten Hundes.

Seit wann bist Du politisch aktiv?

Eigentlich solange ich denken kann. Ich sehe mich als Linker, im Sinne, dass ich mich engagiere, wenn es gegen Ungerechtigkeit geht. Ich war sogar bei der Bundeswehr – weil ich geglaubt hatte, dass Demokratie und Kapitalismus funktionieren und ich dazu durch meinen Dienst einen positiven Beitrag leisten kann. Aber ich musste lernen, dass das eine völlig falsche Annahme war. Jetzt lehne ich jede Art von Kriegen ab.

Heute bist Du ein Friedensaktivist?

Ja. Das kann man sagen. Speziell in den letzten 5 Jahren bin ich wirklich aktiv geworden.

Oliver

Und warum?

Früher dachte ich, die Globalisierung ist gut, die Welt wächst zusammen. Aber faktisch wachsen nur die Konzerne zusammen. Man muss sich nur Monsanto oder Cola anschauen. Ich kann die Ausbeutung in anderen Ländern und auch bei uns nicht einfach ignorieren. Kinder- und Sklavenarbeit im Ausland, prekäre Arbeitsverhältnisse bei uns. Ich erlebe es ja am eigenen Leib wie man im Hamsterrad rotiert. Ich arbeite Vollzeit und meine Frau hat 2 Jobs. Sie bekommt als qualifizierte, erfahrene Mitarbeiterin gerade mal 8.50 Euro Mindestlohn. In unserem System wird man ausgebeutet und muss kämpfen, die Grundbedürfnisse zu decken. Menschen, die seit 20 Jahren keine Lohnerhöhung bekommen haben, werden wütend. Das kann ich gut verstehen, da geht es mir nicht besser.

Aber das liegt am System. Und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Es geht immer wieder um den Kapitalismus. Und es läuft immer wieder auf Krieg raus. Darum bin ich auf die Straße gegangen. Dank Facebook funktioniert die Vernetzung für die Demos ja recht gut.

Gerade im Osten sind die „rechten“ Demos ja sehr stark vertreten. Was denkst Du über den zunehmenden Rassismus in Deutschland?

Als Mensch mit somalischen Wurzeln habe ich mich immer mit Rassismus auseinandergesetzt. Ich bin überzeugt, die Deutschen sind nicht rassistischer als andere. Wenn sich Menschen in die Augen schauen, gibt es keinen Rassismus. Es fällt immer mal wieder ein dummes Wort, es wird gelästert, wie über Brillenträger oder dicke Menschen. Armut macht viele wütend und lässt sie dann ins AfD/Pegida-Lager gleiten. Da liegen die eigentlichen Ursachen für das, was sich dann in Rassismus niederschlägt. Ich habe noch Freunde, die früher bei den Mahnwachen waren und inzwischen bei Pegida aktiv sind. Das sind keine Nazis – aber die Angst gegen die Muslime wurde nun mal systematisch von den Medien aufgebaut. Und die meisten, die da jetzt mitlaufen und AfD wählen, haben einfach noch nicht gemerkt, dass mit dieser neoliberalen Partei nichts besser wird. Im Gegenteil.

Ich liebe dieses Land und will es nicht den Faschisten überlassen. Ich meine nicht die Menschen, die einfach nur patriotische Gefühle haben. Die Militaristen und Faschisten sind wieder auf dem Vormarsch. Wir müssen unsere Demokratie stärken und sicherstellen, dass die Lehren aus dem 2. Weltkrieg nicht vergessen werden. Das darf sich nicht wiederholen.

Und was tust Du dagegen?

Zum einen gehe ich auf die verschiedenen Demos, lese sehr viel und informiere mich online und durch Bücher. Zum anderen poste ich häufig interessante Informationen im Netz und führe virtuelle Diskussionen, tausche mich mit Menschen aus..

Im realen Leben gehe ich einigen Menschen manchmal ein wenig auf die Nerven, wenn ich mit Arbeitskollegen, Familie und Freunden über mir wichtige Themen rede. Aber durch die vielen Gespräche tue ich auch etwas gegen die Wut.

Wut führt dazu, dass Menschen nach Feindbildern suchen müssen, um ihre Wut los zu werden. Und die nehmen dann alles, was ihnen von den Medien vorgeworfen wird. Wir müssen uns gemeinsam gegen die Ungerechtigkeit auflehnen. Und nicht in links oder rechts, Christen, Juden und Muslime aufspalten lassen. Ich mag beispielsweise Jürgen Todenhöfer – auch wenn er Mitglied der CDU ist, er setzt sich aktiv mit dem Thema Islam auseinander und weiß wovon er redet. Es geht um Menschlichkeit und Gerechtigkeit – egal welches Parteibuch oder Religion.

Ich spreche einfach immer das aus, was ich denke. Es kann nicht schlimmer werden. Ich kann nur durch Ehrlichkeit und Argumente dazu beitragen etwas zu verändern, Menschen dazu zu bringen mehr als die Bild-Zeitung zu lesen.

Und natürlich boykottiere ich – soweit mir das möglich ist – die Konzerne. Ich brauche weder Nestlé, McDonald’s noch ähnliche Produkte. Im Gegenteil. Die schaden ja hauptsächlich der Gesundheit … daher fällt mir der Verzicht nicht besonders schwer.

Danke für deine Zeit!

Julia

Baujahr 1984, Wohnort Neuhofen an der Krems, Beruf Sozialarbeiterin bei einer Straßenzeitung, Anhängerin von Kundalini-Yoga,

Publiziert auf Free21 am 17.05.2016, 10:16 Uhr, von Andrea Drescher

verheiratet mit einem Peacetrigger.

Wie bist Du Friedensaktivistin geworden?

Ich war schon sehr früh aktiv, dann hat mich die linke Szene in Oberösterreich mit ihrer Negativität nur genervt und ich habe mich zurückgezogen. Aber irgendwann konnte ich nicht mehr wegschauen. Weder im eigenen Umfeld noch im globalen Geschehen.

Was heißt das?

Nun - ich arbeite im Sozialbereich – betreue Redakteure und Verkäufer einer Linzer Straßenzeitung. Das ist sinnvolle Arbeit – aber völlig unzureichend. Wir sind als Einrichtung viel zu klein, müssen immer wieder Menschen abweisen, die bei uns mitarbeiten wollen. Es besteht sehr großer Unterstützungsbedarf. Aber da sind mir einfach die Hände gebunden, dabei werden es immer mehr und mehr … und wir können nicht mehr tun, weil das Angebot zu klein ist. Im Herbst 2014 habe ich dann begonnen, mich auch wieder sehr bewusst mit dem Weltgeschehen auseinanderzusetzen. Im Winter 2014 war ich emotional dann ziemlich an einem Tiefpunkt angekommen. Alles was ich las, die Verblendung der Menschen, der ganze Wahnsinn, hat mich sehr belastet. Ich haben einen Weg finden müssen, damit umzugehen. Richtig aktiv wurde ich dann im Frühling 2015.

In der Friedensarbeit kann ich selbst etwas tun, unabhängig agieren, aktiv gestalten – es ist einfach von Vorteil, wenn man selbständig etwas Sinnvolles tun kann. Seitdem mache ich Friedensarbeit nach innen und außen.

Friedensarbeit nach Innen, was kann ich mir darunter vorstellen?

Nun, das ist einmal Kundalini Yoga – Es hilft mir, zentrierter zu werden, die Dinge anzunehmen ohne abzustürzen. Mir liegt sehr viel daran, in Frieden mit mir zu leben – mich auch viel mit mir selbst auseinanderzusetzen. „Sei du selbst die Veränderung die du dir wünschst in der Welt“. Das versuche ich für mich umzusetzen und im eigenen Umfeld zu leben. Das heißt für mich auch, nicht mehr so leichtfertig über andere Menschen zu urteilen, eines der großen Probleme in unserer Gesellschaft – und ist gar nicht so leicht im eigenen Verhalten zu verändern.

Es geht ja um die Änderung

Julia

des Verhaltens in ganz vielen Bereichen. Von der Ernährung, über das Konsumverhalten generell, den bewussten und achtsamen Umgang mit unserer Natur. Da kann jeder einzelne viel mehr tun, als nur darüber zu reden.

Und was bedeutet dann Friedensarbeit nach Außen.

Da geht es dann wirklich um das ganz konkretes Tun – in den verschiedenen Bereichen. Gemeinsam mit meinem Mann und seinem Cousin haben wir die Peacetrigger ins Leben gerufen – eine Gemeinschaft, die aktiv Zeichen für Frieden setzen will.

Wir organisieren Veranstaltungen meistens in Linz, in denen wir Menschen über verschiedene Themen informieren wollen. Ende 2015 stieß unser Informationsabend über die Gemeinschaft Tamera in Portugal auf sehr großes Interesse. Im Mai 2016 geht es um Free21 und die Möglichkeiten, eine freie Presse stärker zu unterstützen. Das ist uns auch ein enorm wichtiges Anliegen. Wir Peacetrigger vertreiben inzwischen schon 200 Exemplare pro Ausgabe in unserem Umfeld.

Wir suchen den Dialog mit anderen Menschen – auch wenn deren Reaktionen manchmal sehr anstrengend sind. Es gilt Verständnis aufzubauen, in den Dialog zu gehen und nicht mit dem Zeigefinger auf Menschen zu deuten. Wir treffen uns bei Stammtischen – jeden 3. Donnertags im Monat, führen Diskussionsabende durch und helfen uns gegenseitig z.b. beim Garteln. Unter www.peacetrigger.org kann jeder erfahren, wann und wo wir uns das nächste Mal treffen.

Darüber hinaus biete ich einmal in der Woche Yoga an und war auch immer mal wieder bei der Friedensmahnwache in Linz dabei. Jetzt unterstütze ich das Linzer Friedensforum, das sich am ersten Montag in Monat auf der Landstraße beim Schillerpark trifft.

In meinem Arbeitsumfeld versuche ich diese Themen auch einzubringen und seit kurzem bin ich auch wieder auf Facebook aktiv, obwohl ich das zwischenmenschliche, reale Gespräch mit Menschen bevorzuge.

Wie stellst Du Dir Deine Zukunft vor?

Gemeinsam mit meinem Mann suchen wir nach alternativen Lebensformen, alternativen Wegen des Zusammenlebens – auch ohne Geld. Wirklich fixe Vorstellungen haben wir nicht, außer das Leben in einer Gemeinschaft. Wir wollen beide noch vieles lernen, neues erfahren, uns weiterbilden. Darum verbringen wir im Sommer auch einige Zeit in Tamera, um uns dort mit anderen Friedensaktivisten zu vernetzen. Sicher ist eines: die klassische Karriere interessiert uns beide nicht.

Wir wollen unsere Potentiale kennenlernen, um diese dann sinnvoll für eine friedlichere Welt auch auszuschöpfen. Dabei stehen Themen wie Gemeinschaft, Autarkie, Unabhängigkeit, Autonomie, Freiheit von den Zwängen des Systems für uns beide im Vordergrund.

Viel Glück auf Deinem – Eurem – Weg, wo immer er Euch hinführt.

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

Gerhard

Baujahr 1990, Ottensheim, Beruf: Musiker, Sozialökonom, Lebenskünstler

Verstehst Du Dich als Friedensaktivist?

Eigentlich nicht. Ich sehe mich als friedensbewusster Mensch. Mir sind Wissen und Betätigung für den Frieden sehr wichtig. Als klassischer Aktivist würde ich mich nicht bezeichnen. Das ist in meinem Kopf verbunden mit Leuten, die laut sind, und ich schrei nicht gern.

Aber Du warst einer der Gründer der Friedensmahnwache Linz?

Ja, das ist richtig.

Was hat dich dazu bewogen?

Die Sorge um die anstehende Kriegsgefahr in der Ukrainie und damit den Krieg vor der eigenen Haustür in Europa. Ich war dort 1.5 Jahre aktiv – auch in der Orga-Gruppe. Dann habe ich mich zurückgezogen.

War es Dir auf der Mahnwache zu laut?

Es war mir zu verzweifelt, es ging immer wieder um die gleichen Themen. Es war wie ein Radl, das sich im Kreis dreht. Es hing zu sehr an Personen und Persönlichkeiten. Uns verbindet zwar eine große gemeinsame Vision – aber kein konkretes greifbares Ziel, auf das man sich während der Mahnwache ausrichten kann. Man kann nicht zwei Stunden in der Woche sagen: „Jetzt ist Zeit um Frieden zu machen." Frieden ist ja kein Ereignis – so wie ein Krieg ein Ereignis ist, Frieden ist ein Zustand. Den muss man pflegen, den muss man erhalten. Das ist eine dauerhafte Tätigkeit auf den unterschiedlichsten Ebenen.

Mir selbst hat die Mahnwache sehr viele Kontakte und Impulse gegeben. Aber irgendwann war sie für mich einfach nicht mehr sinnvoll. Ich möchte mit Menschen über das reden, was sie richtig machen, um dann mit ihnen ins Gespräch zu kommen, was man gemeinsam besser machen kann.

Du bist aber weiter aktiv in der Friedensarbeit?

Ja, aber dort, wo ich konkret etwas bewirke. Die Ukraine liegt nicht in meinem Einflussbereich. Die Bewältigung der Sorgen der Menschen dort, liegt völlig außerhalb meiner Handlungsmöglichkeiten. Ich beteilige mich an konkreten Friedensprojekten. Sei es beim Verkauf von fairen Kleidungsstücken, sei es an gemeinsamer Gartenarbeit für die gesunde Ernährung. Ein großer Schwerpunkt sind Konzepte zur In-Wertsetzung von periodisch anfallenden Altstoffen.

Gerhard

Was heißt denn das bitte?

Das ist anhand eines Beispiels am Besten zu erklären. Feuerwehrschläuche werden nach 2 Jahren Gebrauch verschrottet und zur Energiegewinnung verbrannt. Wir überlegen uns neue Verwendungsmöglichkeiten für den Altstoff. Denn mit diesem wasserdichten, flexiblen, outdoor-fähigen Material kann man Sitzbänke, Möbel oder Kinderschaukeln bauen. Dabei geht es uns nicht um den Bau einer Schaukel, sondern einen neuen Werkstoff zu finden, den jemand anderer sinnvoll weiterverabeiten kann.

Katholische Gesangsbücher haben sich als optisch einzigartiger Werkstoff erwiesen, um Sitzobjekte zu gestalten. Der Altstoff Buch an sich – Milliarden Tonnen werden vernichtet – lassen sich zu schallbrechenden Oberflächen verarbeiten, die ökologisch verträglich, schaumstofffrei und günstig herzustellen sind und damit der klassischen Schalldämmung bei weitem überlegen sind. Der Verein Kunst vom Rand e.V. - Kunstvomrand.at – erarbeitet derartige Konzepte zur In-Wertsetzung von periodisch anfallenden Altstoffen, wir leisten „Design-Arbeit mit Nachhaltigkeitsanspruch".

Und womit beschäftigst Du dich sonst?

Seit ungefähr drei Jahren begleitet mich das Thema Gemeinswohlökonomie (GWÖ). Als Ökonom ist die Gemeinwohlökonomie ein unterstützenswertes, weil durchdachtes alternatives Wirtschaftsmodell. Meinen Zugang dazu kam aus der Kostenrechnung. Damit eine freie Marktwirtschaft überhaupt funktionieren kann, braucht es Vollkostenrechnung und informierte Kunden. Heute sind wir von der Vollkostenrechnung weit entfernt – die GWÖ erkennt dieses Problem und bietet einen Lösungsansatz an.

Darüber hinaus bin ich als Experte für Redesign in einer Arbeitsgruppe „Regionsentwicklung Kreislaufwirtschaft in Oberösterreich" aktiv. Dort findet man auch Mitglieder der GWÖ. Unsere Fragestellung ist, wie wir den Gedanken der Kreislaufwirtschaft in die tägliche Arbeit der OÖ Betriebe einfließen lassen können.

Du bist also in vielerlei Hinsicht für den Frieden aktiv?

Das ist richtig. Der respektvolle Umgang mit jedem Lebewesen dieser Erde und der Erde selbst sind mir ein Anliegen. Ich will niemandem etwas Böses, in meinem Weltbild gibt es keine Personengruppen. Es gibt nur Menschen. Es hat noch nie ein Individuum so einen Scheiß gemacht, dass ich von einer Gruppe Abstand nehmen würde. Ich rede auch mit Nazis – weil ich den Menschen sehe. Das ist die Basis von Gesprächen per se, die Vorurteilsfreiheit, jedem eine Chance zu geben. Das heißt aber nicht, dass ich keine klaren Positionen beziehe. Der Nazi, mit dem ich rede, hat sicher auch Gründe für seine Ansichten. Nur im Austausch auf Augenhöhe können wir uns annähern und voneinander lernen.

Ein Aktivist bis Du also doch – wenn auch ein Ruhigerer. Jeder auf seine Art. Vielen Dank.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=22239›

Was **Rassismus** ist, bestimmen wir!

Ständig erleben wir, dass nach zweierlei Maß gemessen wird, wenn es um den „Jüdischen Staat" geht, wenn es um den täglichen Rassismus geht, oder wenn es um die Tonart geht, die nicht nach der politischen korrekten Melodie pfeift. Tatsächlich ist es in Deutschland unter Merkel zu einer nie gekannten Polarisierung gekommen

Evelyn Hecht-Galinski

Wenn demnächst auch noch eine deutsche „Löschgruppe" die Definition von Gemeinschaftsstandards für Facebook in Berlin bestimmt, dann ist das Maas/Maß-los!

Facebook „stellt nun mehr als eine Million Euro für den Kampf gegen den Hass bereit." und „... stellte dazu am Montag in Berlin die europaweite „Initiative für Zivilcourage Online" vor, die Facebook gemeinsam mit renommierten Instituten sowie der Amadeu-Antonio-Stiftung ins Leben gerufen hat. „Hassrede hat in unserer Gesellschaft keinen Platz – auch nicht im Internet", sagte die für das operative Geschäft zuständige Facebook-Chefin Sheryl Sandberg. Das soziale Netzwerk sei kein Ort für die Verbreitung von Hassrede oder Aufrufe zu Gewalt". (1) (2)

Dass eine Stiftung, deren Vorstandsvorsitzende Annetta Kahane, alias IM Victoria, die in der ehemaligen DDR ihr Unwesen getrieben hat, jetzt ausgerechnet in einer „Initiative für Zivilcourage" mitarbeiten soll, ist unglaubwürdig und lässt das Schlimmste befürchten, vor allem auch, weil sie sich als überzeugte Vertreterin in der Israel-Lobby hervortut. Kahane kann also aus ihrem reichen Erfahrungsschatz des systematischen Denunzierens aus dem vollen schöpfen. Soviel zum „Renommee" dieser Initiative und wie man einen Bock zum Gärtner macht.

Deshalb: Hüten wir uns vor diesen Blogwarten, die demnächst von Berlin aus, auf Druck der deutschen Regierung, von Facebook eingesetzt werden sollen, um Hasskommentare zu löschen. Besonders bedenklich ist dabei, dass diese „Lösch-Schnüffel"-Mitarbeiter bzw. Zensoren von einem externen Dienstleister kommen. In diesem Fall ist es die Bertelsmann-Tochter Arvato, die diese Lösch-Aufgaben übernehmen soll und dafür schon seit Monaten Mitarbeiter, sogenannte „Costumer Care Agents", suchen. Es bleibt also alles im weit verzweigten Hause Bertelsmann, der Merkel Unterstützerin Liz Mohn. (3)

Es sollte uns allen zu denken geben, wenn demnächst also willkürlich von Bertelsmann/Arvato-Angestellten entschieden wird, was rassistisch ist und was nicht.

Während rassistische Cartoons von Charlie Hebdo, wie die vor einigen Tagen veröffentlichte Karikatur des kleinen toten syrischen Flüchtlingskindes Aylan, den sich die Charlie Hebdo-Macher als „Kölner Grabscher" vorstellen, unbeschadet durchgehen, wird der brasilianische Cartoonist Latuff in der Türkei und in Israel bei Facebook gesperrt, nur weil er sich mit seinen treffenden Cartoons gegen die israelische Besatzungspolitik bzw. die Politik Erdogans wendet. (4) (5) (6)

Ein weiterer Tiefpunkt in der Meinungsfreiheit

Wen wird es dann in Deutschland treffen, wenn die Löscharbeiter die Brandherde bei Facebook legen, je nach politischer Einflussnahme und Lobbyarbeit?

Entscheiden doch jetzt schon Regierungen und Politiker willkürlich darüber, wer und was Terror und Terrororganisationen sind, während sie doch selbst Staatsterror betreiben.

Ist das also die Reaktion auf das Treffen von Merkel und Zuckerberg im letzten September in New York? (7)

Schon jetzt gibt es das Problem, wenn es um Kritik an der Besatzungspolitik und den Menschenrechtsverletzungen im „Jüdischen Staat" geht, dass man sofort als Antisemit und Judenhasser diffamiert wird. Müssen wir uns zusätzlich darauf einstellen, geht es nach Merkel, dass diese Kritik dank Facebook/Arvato zukünftig noch schneller gelöscht wird?

Was wird sein, wenn demnächst die geheimen TTIP-Verhandlungen durchgewinkt werden, wenn es immer heftigeren Widerspruch gegen die Merkelsche Politik geben wird? Erleben wir dann, dass alles gelöscht wird, damit von den sozialen Netzwerken keine Gefahr mehr ausgeht? Bekommen wir dann israelische Verhältnisse?

Sind es doch gerade die sozialen Netzwerke wie Facebook etc., die dem Normalbürger die Chance für das letzte Stück der freien Meinungsäußerung lassen. Wäre es nicht viel besser, tatsächlich volksverhetzende Kommentare zu löschen, vor allen Dingen solche, die sich Pseudo-

Publiziert: 25.01.2016 (16:45), von Evelyn Hecht-Galinski, Original: http://sicht-vom-hochblauen.de/was-rassismus-ist-bestimmen-wir/

Namen bedienen, eine Kleinigkeit für Facebook, anstatt mit einem mehr als umstrittenen, weil nicht uneigennützigem Dienstleister zu arbeiten und diesen diese Aufgabe zu übertragen. Es sollen sogar schon Mitarbeiter für alle Arten von Fremdsprachen gesucht worden sein, die z.T. auch schon eingestellt worden sind.

Es ist in der Tat ein unermesslich wachsender Markt, den es da zu erschließen gilt, lukrativ für den Anbieter und wichtig für die Politik. Waren wir bisher „gläserne Bürger“, werden wir demnächst zum Löschmodell. Immer weiter wird unsere Meinungsfreiheit eingeschränkt, immer mehr soll der Mutbürger, wie ich ihn schon einmal propagierte, eingeschüchtert werden. Wohlgemerkt: ich meine nicht die hetzenden und schlagenden Wutbürger, die sich nur ein Ventil suchen, um ihrem Fremdenhass freien Lauf zu lassen.

Wenig hilfreich ist, nach den Vorfällen in Köln den Islam zu verdammen und „die Muslime“ unter Generalverdacht zu stellen, aufgrund von obskuren Anschuldigungen Schwimmbäder zu schließen, oder Karnevalsumzüge abzusagen. Auch Bürgerwehren und Waffenkäufe, kleiner Waffenschein, sind nur der aufgeheizten Stimmung zu verdanken, die durch das Land zieht.

Was Merkel mit ihrer eigenmächtigen Politik angerichtet hat, ist ein Desaster. Deshalb ist man doch nicht gleich rechtsradikal! Inzwischen gelten ja schon alle die als Verschwörungstheoretiker, die nicht alles so hinnehmen, was uns Politik und Medien verkaufen wollen.

Die Koalitionsparteien CDU und SPD überbieten sich in populistischen Lösungsvorschlägen für das durch die „Merkelsche“ Politik ausgelöste Chaos. Ja sie hat es geschafft, Deutschland zu spalten. Diese „Christliche Zionistin“, Pfarrerstochter, hat es geschafft, besorgte Bürger in zweifelhafte Ecken zu stellen, sobald sie nicht mehr meinungskonform agieren. Mittlerweile ist ja alles erlaubt im Kampf für „deutsche Werte“. Was sind deutsche Werte? Pünktlichkeit, Sauberkeit, Fleiß, den „Jüdischen Staat“ und seine Besatzung Palästinas anzuerkennen, den Holocaust zu verinnerlichen, die Nato-Politik positiv zu interpretieren, TTIP durchzuwinken?

Fragen wir uns doch einmal selbstkritisch, haben wir überhaupt noch Werte, die es gilt zu vermitteln und zu verteidigen? Hapert es nicht an allen Enden und Ecken an Manieren, an einer Geisteshaltung, wie Mut und Anstand? Wie kann man noch Respekt haben vor einer Politik, die Beihilfe leistet zu Bombardierungen und Zerstörungen, weltweit?

Wie kann man Respekt haben vor einer Kanzlerin und einer Regierung, die scheinheilig eine Kriegspolitik betreibt, aber ständig von der Lösung der Ursachen der Flüchtlingsströme spricht. Die Einladung Frau Merkels an die Flüchtlinge war eine politische Dummheit. Eine geordnete Flüchtlingseinwanderung kann nur erreicht werden mit einer Politik, die sich auf Gesetzen der EU bewegt. Was Merkel aber außer Kraft setzte, wird sie als wendige Taktiererin bald wieder fallen lassen. Nach dem typischen Politiker-Motto „was schert mich mein Geschwätz von gestern“. Schon eilt ihr der Sturm erprobte Finanzminister Schäuble zu Hilfe und denkt darüber nach, die Benzinsteuer zu erhöhen. Alles, um die „schwarze Null“ im Haushalt zu erhalten und Milliarden für die Flüchtlingshilfe locker zu machen. Ja, es sind alles „schwarze und rote Nullen“, diese Politiker die uns re(a)gieren! Kein Wort davon, dass wir in Deutschland, im reichen Deutschland, inzwischen Straßen haben, die an Afghanistan erinnern und eine Wohnungsnot, die nicht nur die Flüchtlinge betrifft.

In einer Erklärung sagte der Generalsekretär der UN, Ban Ki Moon:

> „Muslime werden weltweit am häufigsten Opfer von Extremismus. Die Bedrohung durch gewaltbereiten Extremismus ist auf keine Religion, Nationalität oder Volksgruppe beschränkt.“

Dem kann ich nur beipflichten!

Quellen:

(1) **Berliner Morgenpost: Facebook: Eine Million Euro für Kampf gegen deutsche Hetzer** *<http://www.morgenpost.de/web-wissen/web-technik/article206937715/Facebook-Eine-Million-Euro-fuer-Kampf-gegen-deutsche-Hetzer.html>*

(2) **Sicht vom Hochblauen: Die Spitzel in unserer Mitte** *<http://sicht-vom-hochblauen.de/die-spitzel-in-unserer-mitte/>*

(3) **Bertelsmann: Division Arvato** *<http://www.bertelsmann.com/divisions/arvato/#st-1>*

(4) **Desertpeace: #JeSuisStupidCharlie** *<https://desertpeace.wordpress.com/2016/01/15/jesuisstupidcharlie/>*

(5) **Mondoweiss.net: Facebook censors cartoon critical of Israel** *<http://mondoweiss.net/2016/01/facebook-cartoon-critical>*

(6) **Aletho News: Turkey blocks Carlos Latuff website: 'This means I'm doing the right things'** *<https://alethonews.wordpress.com/2015/12/29/turkey-blocks-carlos-latuff-website-this-means-im-doing-the-right-things/>*

(7) **Faz.de: Zuckerberg gibt Merkel ein Versprechen** *<http://www.faz.net/aktuell/politik/hass-bei-facebook-zuckerberg-gibt-merkel-ein-versprechen-13825895.html>*

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autorin:

Evelyn Hecht-Galinski

*(*1949 in Berlin) ist eine deutsche Publizistin und Gründerin der deutschen Abteilung der Organisation „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Sie verfasst regelmäßig Gastkommentare für die NRhZ-Online und publiziert auf ihren eigenen Blog, Sicht vom Hochblauen.*

www.sicht-vom-hochblauen.de

Dieser Text wurde zuerst auf **sicht-vom-hochblauen.de** unter der URL ‹http://sicht-vom-hochblauen.de/was-rassismus-ist-bestimmen-wir/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=20425›

Aus dem **Schatten** heraus

Dass westliche Geheimdienste mit dem globalen Drogenhandel vernetzt sind, wird heutzutage teils immer noch als Verschwörungstheorie abgestempelt. In seinem aktualisierten Werk „Die CIA und das Heroin – Weltpolitik durch Drogenhandel" beschreibt der US-amerikanische Historiker Alfred W. McCoy in investigativer Manier, wie real die Verschwörung ist – und wie sie zahlreiche Länder seit Jahrzehnten auffrisst.

von Emran Feroz

Irgendwie weiß man es ja schon seit jeher. Man kennt es aus diversen Hollywood-Streifen und reißerischen Thriller-Romanen: Westliche Geheimdienste und Drogen, da gibt es doch irgendeine Verbindung. Ernst genommen wird das Ganze jedoch selten. Smarte CIA-Agenten, die gemeinsame Sache mit Verbrecher-Syndikaten, Kriegsfürsten und allerlei anderen dunklen Gestalten machen? Wie soll das denn in der Realität aussehen?

Alfred W. McCoy beantwortet diese Fragen mehr als ausführlich – auf über 600 Seiten. Es gibt wohl keinen Historiker, der sich besser mit Drogenhandel und Politik auskennt als der scharfsinnige Geschichtsprofessor aus Wisconsin. Egal ob Südeuropa oder Zentralasien, so gut wie alle bekannten Heroinquellen der Geschichte werden ausführlich beleuchtet. Es scheint, als ob kein Fleck der Erde in diesem umfassenden Werk ausgelassen wird.

Dies ist nicht verwunderlich. Es gibt nämlich viele Flecke. Überall, wo die Vereinigten Staaten auf irgendeine Art und Weise aktiv gewesen sind, um genau zu sein. Während heute, im 21. Jahrhundert, in den hiesigen Medien teils weiterhin behauptet wird, der amerikanische Geheimdienst sei ein lupenreiner Verein, der lediglich die westliche Freiheit beschütze, zeichnet McCoy ein Bild vom US-amerikanischen Geheimdienst, dass jegliche Verbrecherorganisation meilenweit hinter sich zurücklässt.

Der Grund hierfür ist die Tatsache, dass nahezu jede Intervention Washingtons, ob geheim oder offiziell, mit dem globalen Drogenhandel Hand in Hand ging. Ähnlich wie der sogenannte Krieg gegen den Terror, der in den letzten Jahren vor allem den Terror selbst

Yucatan, 2007: Ein Flugzeug der CIA, das früher für das „extraordinary rendition" Programm genutzt wurde, stürzte in 2007 auf Yucatan mit 3,2 Tonnen Kokain an Bord ab.

förderte, etwa in Afghanistan, im Irak oder in Pakistan, ereignete sich dasselbe Szenario im Laufe des Krieges gegen die Drogen.

Bezeichnend war hierfür die Zusammenarbeit des Geheimdienstes mit jener verdeckten Unterwelt, die McCoy als klandestine, soziale Milieus bezeichnet, sprich, unsichtbare und kriminelle Akteure, die komplexe finanzielle und politische Operationen ausführen, ohne dabei fassbare Spuren zu hinterlassen. Was sich wie ein fantasievoller Thriller voller Verschwörungen liest, ereignet sich seit den 1970ern in Birma, Laos, Sizilien, Marseille, Afghanistan und anderswo, immer und immer wieder.

Die Profiteure sind bis zum heutigen Tage Drogenbarone, die jeglichen Schutz genießen, während sie ihrem Milliardengeschäft in Ruhe und Gelassenheit nachgehen können. Das aktuellste Beispiel hierfür ist Afghanistan, jenes Land, das nun seit fast fünfzehn Jahren von den USA besetzt wird. Seit diesem Zeitpunkt explodiert allerdings auch der Opiumanbau Jahr um Jahr. Im jährlichen Rhythmus berichten führende Medien der Welt immer wieder von diesem Umstand – und geben meistens vor, überrascht und schockiert zu sein.

Was die CIA mit dem afghanischen Opiumanbau zu tun hat, wird jedoch wie gewohnt weggelassen. Das Opium der Afghanen, so scheint es, sprießt ohne Grund. Oder weil die aufständischen Taliban im Land, jene, welche die westlichen Truppen, jene vermeintlichen Kämpfer der Demokratie, bekämpfen, es so wollen.

Lieber Drogen als Kommunisten

McCoy räumt mit derartigen Halbwahrheiten auf, indem er unter anderem darauf hinweist, dass afghanische Rebellenführer schon während des Kalten Krieges zu mächtigen Drogenfürsten aufstiegen. Den Amerikanern war dies herzlich egal, solange die kommunistischen Herrscher in Kabul bekämpft wurden. Das Feindbild Kommunismus taucht in diesem Kontext des Öfteren auf. Die CIA griff etwa auch der korsischen Mafia in Marseille, rechten Contra-Rebellen in Nicaragua oder blutigen Warlords in Birma unter die Arme. Hauptsache, dem kommunistischen Feind wurde der Garaus gemacht. Währenddessen flossen Geld und Drogen.

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

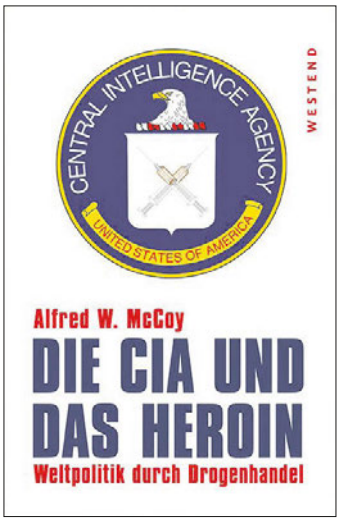
10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

US-Präsident Ronald Reagan trifft sich mit den Mitgliedern der Nicaraguanischen Contra Bewegung. Oliver North steht ganz rechts, leider angeschnitten. (Foto: US National Security Archive)

Ähnlich verhält es sich auch in jenen Kriegen der USA, die nach dem Fall des Eisernen Vorhanges begonnen haben. Exemplarisch hierfür ist ein weiteres Mal Afghanistan. Seit die NATO-Truppen dort unter der Führung Washingtons stationiert sind, floriert der Opiumanbau und bricht jedes Jahr Rekorde. Kurz vor dem Einmarsch der NATO stammten rund fünf bis zehn Prozent des weltweiten Schlafmohns aus dem Land – mittlerweile sind es mehr als neunzig Prozent.



Buch: Die CIA und das Heroin. Weltpolitik durch Drogenhandel, Alfred W. McCoy, Westend Verlag 2016, aktualisierte Neuausgabe mit Abbildungen und Fotos, übersetzt von Andreas Simon dos Santos

Der Grund hierfür liegt vor allem in der Tatsache, dass die westlichen Truppen sich im Kampf gegen die Taliban mit jenen brutalen Kriegsfürsten verbündeten, die parallel dazu ihrer Tätigkeit als Drogenbaron nachgingen. Neben zahlreichen Kriegsverbrechen wurde ihnen die Ausweitung ihrer Macht sowie der damit einhergehende Drogenanbau so gut wie in den Schoß gelegt. Derartige Entwicklungen reichten bis in den Präsidentenpalast. So galt etwa Ahmad Wali Karzai, einer der Brüder des damaligen afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, als einer der berüchtigsten Drogenbosse des Landes und stand auf der Gehaltsliste des CIA. Bekannt wurde dies erst, nachdem er 2011 Opfer eines Attentates wurde.

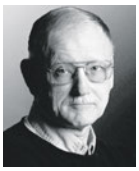
Prohibition förderte Anbau, Handel und Konsum

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es nur wenige Geschäfte auf der Welt, die profitabler erscheinen als der Drogenhandel. Warum sich dies auf diese Art und Weise entwickelt hat und jeglicher Kampf gegen das Rauschgift aussichtslos erscheint, hat mehrere Gründe. Für McCoy ist vor allem die Prohibition des Opiums ein Grund. Erst nachdem die Gesetze mehrerer Staaten die Droge verboten, begann das Geschäft mit ihr zu florieren. In den Jahren zuvor, etwa Ende des 19. sowie in den Anfängen des 20. Jahrhunderts, bekam jedes Kind Opium in der nächsten Apotheke. Der spätere Antidrogenkampf der Vereinten Nationen sowie der USA verschärften hingegen das Problem. Sowohl Produktion als auch Konsum wurden dadurch gefördert.

All dies macht Alfred W. McCoy mit zahlreichen Zahlen und Fakten deutlich, die sich derartig akribisch kaum woanders zusammengefasst finden lassen. Es ist kein Wunder, dass die CIA einst versucht hat, die allererste Version dieses Buches zu verhindern. McCoys „Drogenbuch“ liest sich wie ein Thriller. Der Autor bleibt sich zwar als Historiker treu, schlüpft allerdings auch in die Rolle eines investigativen Journalisten, der die Gefährlichkeit dieses umstrittenen Themas hautnah miterlebt. Mal interviewt er brutale Kriegsfürsten oder hochrangige Militärs, mal lauern ihm CIA-nahe Milizen auf und trachten nach seinem Leben. Für jene, welche die komplexen Verstrickungen von globaler Politik und Drogenhandel bis in die heutige Zeit verstehen wollen, ist McCoys Werk ein absolutes Muss.

Buchautor:

Alfred W. McCoy



ist Professor für südostasiatische Geschichte an der Universität von Wisconsin in Madison. Nach dem Studium an den Universitäten Columbia und Yale schrieb er 30 Jahre über südostasiatische Geschichte und Politik. Bereits der Vorläufer dieses Buches, „The Politics of Heroin in Southeast Asia“, veröffentlicht 1972, löste eine Kontroverse aus, gilt jedoch heute als Klassiker. 2001 verlieh ihm die Association for Asian Studies den Grant-Goodman-Preis.

Dieser Text wurde zuerst auf Nachdenkseiten.de am 03.05.2016 unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=33232› veröffentlicht. Lizenz: CC-BY 2.0

‹http://www.free21.org/?p=22195›

Publiziert auf Free21 am 13.05.2016, 11:15 Uhr, von Emran Feroz, Original: http://www.nachdenkseiten.de/?p=33232

Fragen an James Risen: „Krieg um jeden Preis“

Die Berichterstattung über das Verschwinden von etwa 10 Milliarden US-Dollar Bargeld, durch die US-Regierung beauftragt, von der Fed gedruckt, von der USAF nach Irak geliefert und dort von der US-Militärverwaltung in dunkle Kanäle spurlos eingespeist, ist nur eines der journalistischen Bravourstücke James Risens, die in diesem Interview mit KenFM-International-Reporter Dirk Pohlmann zur Sprache kommen.

von Dirk Pohlmann

Gleich nach dem 11. September war der Krieg gegen den Terror der USA vielleicht ein Rachefeldzug, ein Heimzahlen, ein Quittwerden. Aber das Motiv des weltweiten Krieges gegen den Terror 13 oder 14 Jahre später ist nur noch eine Suche nach Geld und Macht, meint James Risen (Foto: US Navy, Bob Houlihan, Public Domain).

Im Interview:

James Risen

hat als Investigativ-Journalist für zwei der bedeutendsten US-Zeitungen gearbeitet, für die Los Angeles Times und für die New York Times. Er ist zweimal mit einem Pulitzer-Preis ausgezeichnet worden, dem Presse-Äquivalent zum Oscar. Zum einen für seine Berichte über den 11. September, zum anderen für die Aufdeckung der Ausspähung von US-Bürgern durch die NSA bereits 2006, also lange vor Snowden. Seine Bücher, die sich meist mit der CIA beschäftigen, sind Bestseller. Sein neuestes Buch „Krieg um jeden Preis – Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror“ war sowohl in den USA als auch in Deutschland unter den Top Twenty. Seit 2008 steht James Risen vor Gericht. Der Staatsapparat der USA will ihn zwingen, eine Quelle seiner Enthüllungen preiszugeben. Risen wehrt sich standhaft.

DIRK POHLMANN: *Hier ist KenFM-International und unser Gast ist heute James Risen, zweimaliger Pulitzer-Preis-Gewinner und Autor des Buches „Krieg um jeden Preis – Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror“. Guten Tag, Mr. Risen, wir freuen uns sehr, Sie heute bei uns begrüßen zu können.*

JAMES RISEN: Vielen Dank für die Einladung.

DP: *Ihr Buch war auf Platz 18 der US-New-York-Times-Bestsellerliste und hat es bis auf den 9. Platz in Deutschland geschafft. Sie sind jetzt in Deutschland also noch prominenter als in den USA, obwohl ich bezweifle, dass der Pulitzerpreis …*

JR: Das ist hervorragend, vielen Dank!

DP: *Vielleicht können Sie uns ein wenig über sich selbst erzählen, wer Sie sind und über Ihren beruflichen Hintergrund.*

JR: Ich bin ein Investigativ-Reporter für die New York Times in Washington. Ich habe vier Bücher geschrieben; „Krieg um jeden Preis“ ist mein viertes Buch, über die Kosten durch Betrug beim Krieg gegen den Terror. Mein vorheriges Buch „State of War“ führte zu einer sehr langen staatsanwaltlichen Ermittlung gegen mich, es war ein sieben Jahre langer Kampf, den ich mit der US-Regierung auszutragen hatte, weil ich meine Informanten nicht offenlegen wollte.

DP: *Das ist ein journalistisches Grundrecht in allen zivilisierten Staaten, warum war das ein Problem in den Vereinigten Staaten?*

JR: Weil es kein Bundesgesetz in den USA gibt, dass Journalisten erlaubt, ihre Quellen zu schützen. Es gab eine Reihe von Entscheidungen in der letzten Zeit, die sich gegen Journalisten richteten, besonders in meinem Fall, da bekämpfte mich die Obama-Regierung mit einer Gerichtsverfügung. Entweder ich würde meine Informanten preisgeben, oder ich müsste ins Gefängnis. Ich habe abgelehnt, meine Quellen zu benennen, bis heute, und die Regierung war kurz davor, mich ins Gefängnis zu stecken, aber dann haben sie es doch nicht gemacht, weil sie so viel negative Publicity dafür bekamen.

DP: *Das ist eine sehr merkwürdige Situation, weil in der Journalistenausbildung in Deutschland gelehrt wird, dass die Vereinigten Staaten das Mutterland der freien Presse sind. Es scheint dort also von der rechtlichen Seite problematischer zu sein als in Deutschland oder England.*

JR: Ja.

DP: *Aber warum sind Sie so gefährdet, was schreiben Sie in Ihren Büchern, das Sie zum Ziel der Regierung und ihres Justizapparates macht?*

JR: Ich habe über Geheimdienste berichtet, einen großen Teil meiner Karriere als Journalist habe ich mich mit der CIA, Spionage, der NSA beschäftigt, und das sind sehr heikle Themen. Ich bin ein investigativer Journalist, der versucht, etwas über die US-Geheimdienste herauszubekommen,

und einiges von dem, was ich enthüllt habe, passte der US-Regierung überhaupt nicht. Das führte dazu, dass sie mich ins Visier nahmen – mich, aber auch andere Journalisten, die andere Sachen über die US-Geheimdienste herausbekommen haben.

DP: *Sie haben zweimal den Pulitzerpreis gewonnen, wofür haben Sie diese Auszeichnung erhalten?*

JR: Den ersten für meine Berichterstattung über Terrorismus und al-Qaida nach 9/11 im Jahr 2002, den zweiten für das Aufdecken der Inlandsüberwachung der NSA 2006.

DP: *Wir werden auf das Thema des Journalismus zurückkommen, auch darauf, was Journalisten heutzutage denken und wie sie agieren. Aber zuerst lassen Sie uns über Ihr neues Buch reden, „Pay any Price – Greed. Power and Endless War", auf Deutsch „Krieg um jeden Preis – Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror". Sie haben es in drei Kapitel unterteilt, vielleicht können Sie uns eine grobe Übersicht über den Inhalt des Buches geben, außerdem einige Beispiele zu jedem Kapitel, oder ein interessantes Beispiel, damit wir einen Eindruck bekommen.*

JR: Eines der Dinge, die ich zeigen wollte – man könnte es auch das Hauptthema des Buches nennen – war gleich nach dem 11. September der Krieg gegen den Terror der USA. Ein Rachefeldzug, ein Heimzahlen, ein Quittwerden – mit welchem Ausdruck auch immer Sie das bezeichnen wollen, was es immer war, vielleicht auch, das Wachstum von al-Qaida zu bekämpfen. Aber das Argument in meinem Buch ist, dass das Motiv des weltweiten Krieges gegen den Terror 13 oder 14 Jahre später nur noch eine Suche nach Geld und Macht ist. Es gibt eine ganze Klasse, Personen, die von dieser langen Zeit eines ständigen Krieges profitiert haben, der längsten Kriegsdauer in der Geschichte der USA. Die Vereinigten Staaten haben nach dem 11. September damit begonnen, hunderte Milliarden Dollar in den Krieg gegen den Terror zu versenken. Das passiert mehr oder weniger im gleichen Moment, in dem man sich zur Deregulierung mittels Nationaler Sicherheit entscheidet. Was ich damit meine ist, dass wir viele Regeln und Vorschriften aufgehoben haben, die eingeführt worden waren, um die Macht der Nationalen Sicherheit nach Watergate in der Reformperiode der Siebzigerjahre zu begrenzen. Damals haben die USA die Kontrolle über Operationen, die mit Nationaler Sicherheit zusammenhingen, verstärkt. Viele dieser Reformen waren gültig, bis der 11. September alles änderte. Da begann die Bush-Regierung damit, diese Reformen und Regeln abzuschaffen, während sie zur gleichen Zeit Hunderte Milliarden Dollar für Anti-Terrorismus auszugeben begann. Das war im Grunde ein dereguliertes Unternehmen, in das Hunderte Milliarden Dollar hineingesteckt wurden, während man die Regeln und Vorschriften abschaffte, was unausweichlich zu enormen, nicht beabsichtigten Konsequenzen führte. Aus meiner Sicht wurde das – so versuche ich zu argumentieren – zu einer Anti-Terror-Blase, sehr ähnlich der Finanz-Blase, die wir in der letzten Rezession 2008/2009 durchstehen mussten.

DP: *Wenn ich Sie hier unterbrechen darf: Ich war im Spionagemuseum in Washington, da gab es jede Menge über den Kalten Krieg zu sehen, würde es einen Nuklearkrieg geben oder nicht, und dann am Ende der Präsentation sagte man: Jetzt, wo der Kalte Krieg zu Ende ist, ist die Welt viel komplizierter und viel gefährlicher geworden. Das ist doch eher lustig. Es scheint so zu sein, dass man plötzlich realisiert habe, dass einem der Feind abhandengekommen war und man etwas Anderes brauchte. Und da hat man sich einen neuen ausgedacht, wie eine Puppe: Der Feind existiert eigentlich gar nicht in der Größe. Sie brauchen aber so etwas, und also bauen sie sich einen Feind?*

JR: Warum auch immer sie das machten, mit Absicht oder ob es einfach passierte, das ist schwer zu sagen. Ich glaube nicht, dass es eine willentliche Entscheidung von jemandem war, der einen neuen Feind brauchte. Ich glaube, dass es einfach passierte. Es ähnelt sehr dem, was im frühen Kalten Krieg passierte, als die USA den Kommunismus fürchteten und den Kommunismus nicht verstanden. Die sowjetische Bedrohung war eine sehr abstrakte Bedrohung, und weil sie die nicht wirklich verstanden, glaubten sie sogar, dass die Sowjets superstark waren und dass sie bald den Broadway entlangmarschieren würden. Nach dem 11. September geschah etwas sehr Ähnliches: Wir verstanden die terroristische Gefahr nicht, sie war sehr abstrakt, und so landeten wir in einer sehr ähnlichen Periode der Angstmacherei, einer Art Panik, in etwa wie in der Periode des frühen Kalten Krieges, die zur McCarthy-Ära führte. Ich glaube, diese Periode war wirklich der McCarthy-Zeit des Kalten Krieges ähnlich, als Furcht und Paranoia sich ausbreiteten und dazu führten, dass die Bedrohung sehr akut zu sein schien – ein Übertreiben der Bedrohung, eine massive Überreaktion angesichts der Bedrohung.

DP: *Aber Sie haben über Ihr Buch gesprochen. Wir haben diese drei Kapitel. Vielleicht können Sie uns erklären, um was es dabei geht, eine Übersicht.*

JR: Es gibt drei Kapitel. Das erste heißt „Gier". Es beschäftigt sich mit … Ich glaube, die erstaunlichste Geschichte ist das erste Kapitel, in dem ich herausfand, dass die USA 12 bis 14 Milliarden Dollar in 100-Dollar-Noten mit Militärflugzeugen in den Irak geflogen haben, direkt nach der US-Invasion, und der größte Teil davon ist bald nach der Ankunft im Irak verschwunden. Was ich herausgefunden hatte, war, dass zwei Milliarden von diesem Geld in einem Bunker im Libanon entdeckt worden sind. Es war offenbar in Bagdad gestohlen und im Geheimen von den Leuten aus der irakischen Regierung, die es gestohlen hatten, in den Libanon gebracht worden. Das ist wahrscheinlich einer der größten Raubzüge der Weltgeschichte, aber niemand unternimmt deswegen irgendwas. Das Geld wurde aus der Federal Reserve in New York genommen, es wurde von der Edwards-Air-Force-Base aus Washington in den Irak geflogen. Und dann, als es in der grünen Zone ankam oder in der Irakischen Zentralbank, verschwand ein großer Teil davon.

DP: *Was ich in Ihrem Buch gelesen habe, erweckt den Eindruck, dass einige Leute da lieber weggeschaut haben, weil das Geld dem damaligen Präsidenten Alawi helfen sollte, an der Macht zu bleiben. Solange er dieses Geld dazu nutzen würde, eine stabile Regierung zu bilden, würde man darüber hinwegsehen. Ist das so richtig?*

Unterstütze Free21.org
CROWDFUNDING-Konto:
Kontoinhaber: Tommy Hansen, **Verwendungszweck:** FREE21 GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS, **IBAN:** DE54430609671168579701, oder auf das **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Publiziert auf Free21 am 27.03.2016, 09:50 Uhr, von Dirk Pohlmann auf ‹https://kenfm.de/transkription-uebersetzung-risen/› veröffentlicht (Lizenz: KenFM)

JR: Es gab die Möglichkeit, dass die USA die Regierung Allawi stabilisieren wollte, möglicherweise 2004 und 2005, obwohl es dafür keinen Beweis gibt. Ich habe im Buch auch nicht versucht, das zu beweisen. Ich habe nur gesagt, dass in den USA die Frage aufgetaucht ist, ob die Bush-Regierung im Geheimen versucht hat, Allawi zu unterstützen, weil er 2004 der erste irakische Interims-Premierminister nach der Invasion geworden war und 2005 wieder zur Wahl antreten musste, in der er jedoch von dem stärkeren schiitischen Kandidaten al-Maliki geschlagen wurde. Es ist nicht genau bekannt, wer das Geld, das in den Libanon geschickt wurde, gestohlen hat. Aber al-Maliki hat US-Spitzen-Offizielle gefragt, was mit dem Geld passiert sei, und der frühere US-Botschafter im Irak hat mir gesagt, dass al-Maliki ihn gefragt habe, was er über das versteckte Geld im Libanon wüsste. Er hat auch mit Stewart Bohen, dem generalbevollmächtigten Ermittler (Special Inspector General for Iraq) gesprochen, dessen Team nach dem verschwundenen Geld gesucht hat und der den versteckten Bunker im Libanon gefunden hat. Es war also seine Mannschaft, die die Ermittlungen durchführte und feststellte, dass all dieses Geld im Libanon gelandet war.

DP: *In Ihrem Buch sagen Sie, wenn ich das richtig zitiere, dass etwa 20 Milliarden ausgeliefert wurden, wovon 11,7 Milliarden verschwunden sind.*

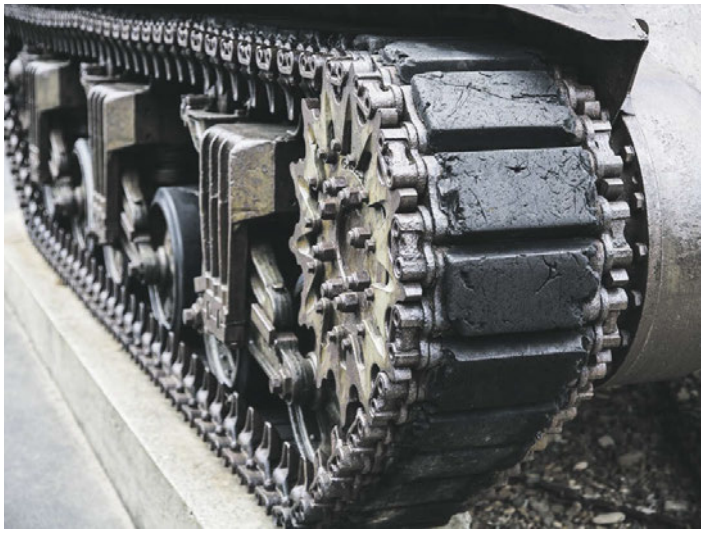
JR: Ihr Verbleib konnte nicht festgestellt werden. Vieles davon ist wahrscheinlich nicht gestohlen worden, es ist einfach irgendwo verschwunden. Die Buchhaltung war sehr schlecht. Es ist nicht klar, wie viel davon benutzt wurde, wie viel gestohlen und wie viel verschwendet.

DP: *Aber das sind riesige Summen …*

JR: Ja, es ist atemberaubend, dieser Haufen Geld. Allein die Tatsache, dass die USA für dieses Geld eine Luftbrücke einrichteten … Berge von Geld, und dann haben sie sich nicht dafür interessiert, wo das geblieben ist. Das ist phänomenal.

DP: *Und im Moment gibt es auch niemanden, der fragt: Wohin ist dieses Geld verschwunden? Da muss einiges auf privaten Konten liegen.*

JR: Ja, es ist unklar, was damit heute passiert, ich weiß darüber nichts. Im Buch habe ich geschrieben, dass al-Maliki daran interessiert war, es zu finden oder herauszufinden, was damit passiert ist. Aber soweit ich weiß, unternimmt die US-Regierung nichts, um das herauszufinden.



Gehen wir zum nächsten Kapitel. Das zweite Kapitel des Buches heißt „Macht". Es ist der Teil, für den ich die meiste Zeit aufgewendet habe, der mich am meisten interessiert hat. In gewisser Weise war es die Geschichte von Rosetta. Das ist eine sehr komplexe Geschichte, eine echte Herausforderung für einen Reporter, das zu untersuchen, weil es so komplex war, vielleicht eine der komplexesten Geschichten, über die ich jemals zu schreiben versucht habe. Es war ein Fall, in dem eine Rechtsanwaltskanzlei in South Carolina in den USA, die die Angehörigen der 9/11-Opfer vertrat, sich dazu entschloss, gegen Saudi-Arabien zu klagen, und zwar wegen Unterstützung des Terrorismus und der Unterstützung von al-Qaida. Sie beschuldigten die Saudis, hinter 9/11 zu stecken. Nachdem sie eine 1.000-Milliarden-US-Dollar-Klage gegen Saudi-Arabien erhoben hatten, heuerten sie weltweit ein Team von Ermittlern an, um die Indizien für ihre Klage gegen Saudi-Arabien zusammenzutragen. Doch zufälligerweise arbeiteten einige ihrer Ermittler auch für die US-Regierung, und so verstrickten sie sich in einer sehr komplexen Operation, in deren Verlauf sie einen afghanischen Warlord zurück in die USA lockten, aus Afghanistan bzw. Pakistan. Der wurde dann verhaftet, vor Gericht gestellt und zu lebenslanger Haft in den USA verurteilt. Das haben sie im Auftrag der US-Regierung, der Drogenfahndung gemacht, all das zur selben Zeit, in der sie eigentlich für die Kanzlei wegen der Anklage arbeiten sollten. Das war eine sehr merkwürdige Mischung von Umständen, die mich Fragen stellen ließ, ob der Krieg gegen den Terror zu all diesen unbeabsichtigten Folgen führte, die sowohl für die Regierung als auch für die Anwaltskanzlei sehr verwirrend waren. Das war für mich wirklich interessant, mich durch diese Sache durchzuwühlen und zu sehen, wie schwierig es doch ist, den Dingen auf den Grund zu kommen und zu verstehen, was wirklich in der Welt in Sachen Terror vorgeht. Das war wie eine Suche im Spiegelkabinett: Wer arbeitet jetzt wirklich für wen im Krieg gegen den Terror? Wenn Sie sich jetzt Syrien anschauen, haben Sie das perfekte Beispiel dafür, was ich gerade gesagt habe. Wenn Sie sich diesen Krieg anschauen, den wir angeblich mit ISIS haben: Sie haben die Russen, die Rebellen bombardieren, ISIS-Rebellen bombardieren; die Türken, die gegen die kurdischen PKK-Rebellen im Nordirak agieren; die USA, die ISIS bombardieren. Sie haben die Iraner, die die irakische Armee unterstützen und ISIS in der Provinz Anbar bekämpfen. Da gibt es eine Menge sich bewegender Teile im Krieg gegen den Terror, sie Sie zusammensetzen oder unterscheiden müssen.

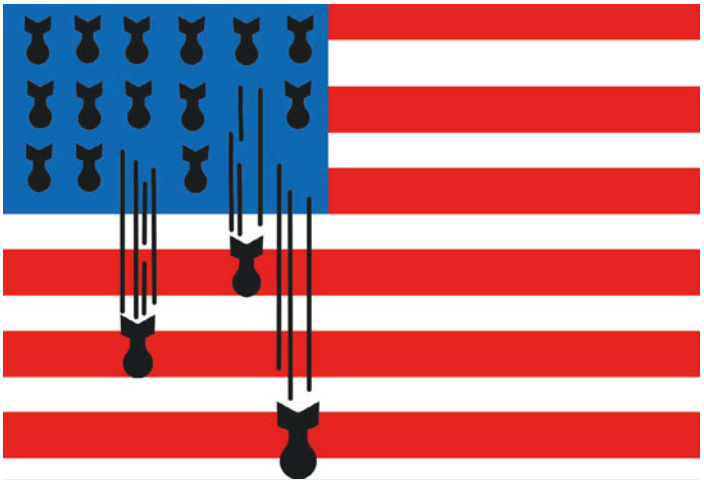
DP: *Es scheint so zu sein, dass Länder und Grenzen nichts mehr wert sind. Wann immer sich irgendjemand dazu entschließt, dass Libyen eine neue Regierung braucht … Wobei Libyen die geringste Säuglingssterblichkeit hatte, sie hatten kostenloses Bildungssystem, sie hatten ein funktionierendes Gesundheitssystem, es war das Land mit dem höchsten Durchschnittseinkommen in ganz Afrika, aber es musste unbedingt zerstört werden. Und dann ist da der Irak. Trotz all dieser Sachen gibt es Krieg, wann immer jemand meint, dass er möglich ist und profitabel.*

JR: Ich glaube, das ist der größte Fehler, den die Vereinigten Staaten gemacht haben. Ich beschreibe das auch in meinem Buch: Ich glaube, die zentrale Entscheidung der Periode nach dem 11. September war, als George Bush entschied, dass es eine militärische Antwort der Nationalen Sicherheit zum Terrorismus geben würde statt einer strafrechtlichen Antwort. Wenn man auf die Clinton-Regierung zurückblickt, die hatte in den 90er-Jahren meist mit strafrechtlichen Methoden auf Terrorismus geantwortet und die al-Qaida-Terroristen vor einem Bundesgericht in New York angeklagt. Und Bush entschied, dass er nicht das Gleiche tun wollte, was Clinton getan hatte. Er meinte, dass Clinton nicht entschlossen genug den Terrorismus vorgegangen war, also veränderte er das Vorgehen von juristischer Verfolgung zu Krieg, zu einem Vorgehen im Rahmen der

Nationalen Sicherheit. Er brachte das Land auf einen Kriegskurs. Ich glaube, das war die zentrale Entscheidung der gesamten Periode, und jetzt sucht die USA für jeden Aspekt der Terrorismus-Abwehr immer nach einer militärischen Lösung. So führten wir seit dem 11. September entweder offene oder verdeckte Militäroperationen in sieben oder acht verschiedenen Ländern durch. Man kann daraus ein Argument ableiten, dass in fast jedem Fall diese Länder nach unserem Eingreifen im Vergleich zu vorher in einer schlechteren Lage sind: instabiler und dysfunktionaler.

DP: *Da stimme ich Ihnen zu. Außerdem wurde auch die Glaubwürdigkeit der USA von den eigenen Bomben und Drohnen getroffen und hat ein Waterboarding über sich ergehen lassen müssen. Da werden die eigenen Grundlagen zerstört, die hier sehr positiv besetzt waren, sogar für die Linke in Europa. Als die wahre USA erschien ja vor allem Kalifornien: Es gab Jazz, Musik, sehr viel Freiheit, und plötzlich verändert sich das in eine Art Sowjetunion light, die nur um des militärischen Machtwillens existiert. Um mehr geht es nicht mehr: Ein Staat, der nicht mehr den Rechtsgrundsätzen gehorcht.*

JR: Das führt zu dem dritten Teil meines Buches, in dem es um die langfristigen Effekte geht, die diese Kriege auf die USA haben. Ich nenne diesen Teil den endlosen Krieg. Dieses Kapitel ist mir eines der liebsten. Es handelt von den physischen Hindernissen und Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, die sich die Amerikaner selbst auferlegt haben oder die die Regierung den Amerikanern seit dem 11. September auferlegt hat. Ich habe mich besonders mit einer kleinen Stadt in Vermont beschäftigt, die direkt an der Grenze zu Kanada liegt, sie heißt Derby Line, Vermont. Vor dem 11. September gab es da keine Mauern, Grenzen, keine Tore, nichts. Derby Line liegt genau an der Grenze zu Quebec. Es ist nur die Hälfte einer Stadt, die andere Hälfte ist Stanstead, Quebec. Und genau in der Mitte der Stadt liegt die Bibliothek, eine kostenlose Bücherei der Mittelschule. Es ist eine große Bücherei und sie beherbergt auch noch eine Oper. Das Gebäude wurde vor etwa hundert Jahren mit Absicht genau auf der Grenze errichtet, buchstäblich. Die Grenze verläuft durch die Mitte des Leseraums. Es gibt eine dicke schwarze Linie in der Mitte des Raumes, um die Grenze zu markieren. Das wurde entworfen, um die gute Nachbarschaft der USA und Kanada zu symbolisieren, die traditionell als



die längste, unverteidigte Grenze der Welt bekannt war. Doch nach dem 11. September entschied das Heimatverteidigungsministerium, dass die kanadische Grenze ein Sicherheitsrisiko sei, obwohl es dafür überhaupt keine Hinweise gab. Dann begannen die Anti-Einwanderungs-Aktivisten der USA damit, Mauern an der mexikanischen Grenze zu fordern, und dann wollten sie auch strengere Begrenzungen der Einwanderung von Kanada oder stärkere Beschränkungen des Zugangs zu den Vereinigten Staaten. Das Heimatschutzministerium forderte, Barrieren entlang der kanadischen Grenze an Grenzübergängen zu errichten. Eine der Städte, in die sie gingen, um Grenzen zu errichten, war Derby Line, Vermont. Aber sie hatten dieses Problem, dass die Bücherei genau auf die Grenze gebaut war. Das war ein berühmtes Gebäude der Stadt. Wie also konnte man die Grenze schließen, wenn der eigentliche Daseinszweck dieses Gebäudes darin bestand, die Grenze offen zu halten? Also bauten sie Grenzübergänge an den Straßen der Stadt auf, außer an einem Ort, direkt an der Bücherei, von dem die Bewohner forderten, dass er offen bleiben sollte. Doch dann war da dieser Mann, den ich interviewte, Buzz Roy, ein netter älterer Herr, dem die Drogerie in Derby Line gehört, ein alter Brummbär in der Stadt … Er ging auf die andere Seite, um sich in Stanstead eine Pizza zu kaufen – das ist nur ein paar Blocks von seinem Haus entfernt – und auf seinem Rückweg passierte er die Grenze bei der Hasco-Bücherei. Die Grenzpolizei hielt ihn an und fragte ihn, wohin er wolle und warum er illegal in Kanada sei, und er antwortete: „Nein, ich bin doch an der Straße neben der Bücherei, hier geht das noch." Doch die Grenzbeamten sagten, das sei nicht mehr erlaubt. Er ging nach Hause, aß seine Pizza und wurde wütender und wütender, sodass er beschloss, in der gleichen Nacht wieder hinzugehen und einfach die Straße auf und ab zu gehen, immer wieder, über die Grenze an der Bücherei, bis ihn jemand festnehmen würde. Sie kamen, hielten ihn an und nahmen ihn fest. So wurde er zum Märtyrer für Derby Line. Es gab große Proteste in der Stadt gegen das Heimatschutzministerium, das letztlich nachgeben musste. Für mich war das wie ein Mikrokosmos, in dem man die Forderung nach Sicherheit nach dem 11. September, die Forderung, das Leben der Amerikaner einzuengen, das traditionelle Lebensart des Landes …

DP: *Ist dieser Krieg gegen den Terror auch ein Krieg gegen Amerika?*

JR: Ja, ich glaube, den größten Einfluss hat dieser Krieg gegen den Terror auf das Leben der Amerikaner selbst gehabt, auf unseren Lebensstil. Wir haben uns das selbst angetan. Ich zitiere einen der vielleicht größten Terrorismus-Experten der USA, Brian Jenkins von der Rand Corporation, der gesagt hat: „Wir haben uns selbst terrorisiert." Wir haben das wirklich gut hinbekommen, uns selbst zu verängstigen angesichts eines Problems, das in Wirklichkeit viel kleiner ist, als irgendjemand zugeben will. Das ist es, was hier abläuft. Und dann sieht man immer dasselbe. Bis zu Osama bin Ladens Tod war al-Qaida die große Bedrohung, von der die Leute geredet haben, und jetzt reden plötzlich alle von ISIS. Das ist merkwürdig, weil ISIS hauptsächlich damit beschäftigt ist, sich Gelände im Mittleren Osten zu sichern. Trotzdem sind viele Kritiker und viele sogenannte Terrorismus-Experten der Ansicht, dass dies eine größere Bedrohung für den Westen sei als jemals zuvor. Aber so würde ich das nicht einschätzen: Es ist keine existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten oder Europa. Trotzdem haben wir es zugelassen, dass wir in Panik verfallen sind.

DP: *Glauben Sie, dass das möglich ist, weil die amerikanische Wirtschaft ihre gesamte Produktion ausgelagert hat? Das einzige, was wirklich noch komplett in den USA hergestellt wird, sind Rüstungsgüter. Ich denke an Smedley Butlers Buch „Krieg ist ein Geschäft". Liegt es vielleicht daran, dass diese aufgeblasene Industrie Kriege braucht, um zu überleben, weil sie einen so wesentlichen Teil der amerikanischen Wirtschaft ausmacht?*

Publiziert auf Free21 am 27.03.2016, 09:50 Uhr, von Dirk Pohlmann auf ‹https://kenfm.de/transkription-uebersetzung-risen/› veröffentlicht (Lizenz: KenFM)

JR: Das ist eines der Hauptthemen meines Buches, dass es heute eine ganze Söldnerklasse besonders in Washington gibt, deren Lebensunterhalt direkt vom Krieg gegen den Terror abhängt, deren Besitztümer in Gefahr wären, wenn jemand den Krieg gegen den Terror für beendet erklären würde. Es ist so ähnlich wie mit dem Krieg gegen die Drogen: Das hat ein Eigenleben entwickelt. Da gibt es jetzt eine komplett neuartige Infrastruktur, die sich darum kümmert, eine sehr abstrakte Bedrohung der Bevölkerung zu bekämpfen. Es geht alles darum, wie wir Risiken und Bedrohungen definieren. Die heutige USA definiert den Angriff eines islamischen Radikalen als eine sehr ernste Bedrohung. Auf der anderen Seite lassen wir zu, dass es Schulmassaker gibt, ohne dass es deswegen zu Änderungen der Schusswaffengesetze kommt. Es geht also darum, was man als Bedrohung der Gesellschaft definiert. Und das ist etwas, bei dem wir mal einen Schritt zurücktreten müssen, um einen neuen Blick darauf zu erhalten. Wir produzieren unsere eigenen Definitionen davon, was eine Bedrohung ist und was keine ist.

DP: *Als ich das letzte Kapitel Ihres Buches gelesen habe, bekam ich den Eindruck eines Frankenstein-Monsters, das durch den Geheimdienstapparat erzeugt wurde. Sie berichten da von Whistleblowern, die es bereits vor Snowden gab. Es scheint so, als ob es nicht wirklich kontrollierbar ist, sozusagen eine losgerissene Kanone, die über das Deck der „USS Constitution" rollt.*

JR: Ich glaube, dass die Geheimdienste und der Apparat der Nationalen Sicherheit mittlerweile so viel Macht haben, dass sie eine eigenständige Gewalt in Washington darstellen, und ich glaube, dass das gefährlich ist. Wenn Sie einen großen Geheimdienstapparat haben, und die Politiker sagen, wir müssen die Geheimdienste fragen, was sie von dieser Politik halten – das ist nicht das traditionelle Rollenverständnis eines Geheimdienstes in einer Gesellschaft. Sie sollen keine Politikhoheit haben, keine Rollen, keine Beteiligung. Da können Sie die Rolle der Geheimdienste sehen, die die Justiz, die Polizei, das FBI und sogar das Weiße Haus dazu bringen, auf die Suche nach Informationslecks zu gehen. Letztlich bedeutet das, wenn die CIA oder die NSA Strafverfolgung von Whistleblowern fordern, dann übernehmen sie eine Rolle in der Politik, von der ich meine, dass sie ihnen nicht zusteht. Und ich glaube, das ist in einigen Fällen passiert, in denen es um Whistleblower geht. Der Geheimdienstapparat hat eine zentrale Rolle in der innerstaatlichen Strafverfolgung übernommen.

B-17 Flying Fortresses (Foto: public domain)

DP: *Die Exekutive übernimmt die Regierung. Wie kommen wir da raus? Haben Sie eine Idee? Wie bekommen wir einen Wandel, an den wir wirklich glauben können?*

JR: Das ist eine alte Sache. Wenn man sich in seine eigene Falle vergraben hat, ist das Beste, dass man aufhört, weiter zu graben. Das ist das Erste. Wir graben uns weltweit ein riesiges Loch mit diesem Krieg gegen den Terror. Das Erste, was wir tun müssen, ist, mit dem Graben aufzuhören. Damit meine ich, und das ist meine private Meinung, wir sollten unsere Einmischung in fremden Ländern reduzieren, auf vielen Gebieten. Die Rolle, die wir spielen, von Afghanistan bis Irak, vom Jemen bis nach Somalia oder Libyen – wir verschlimmern die Lage überall. Ich meine, wir sollten unsere Rolle in der Region komplett überdenken. Wir sollten unseren Geheimdienst- und Militärapparat in diesen Regionen reduzieren. Wenn wir unseren Apparat als Ausdruck dafür, dass wir in all diesen Ländern nicht mehr involviert sind, zurückgebildet haben, dann werden wir auch ein stabileres Gleichgewicht in Washington finden.

DP: *Vielen Dank, Mr. Risen. Möchten Sie noch etwas speziell für deutsche Zuhörer hinzufügen? Eine Botschaft an diese Seite des Atlantiks?*

JR: Nein. Ich bin einfach glücklich, dass die Menschen in Deutschland das Buch mögen.

DP: *Das tun sie. Dann vielen Dank, Mr. Risen, danke für dieses Interview und viel Glück von einem Kollegen. Ich hoffe, dass die Gilde der Journalisten Sie dort unterstützt. Sie sind wieder unter Feuer, juristisch, es gibt ein Verfahren gegen Sie, soweit ich weiß. Vielleicht können wir dazu noch etwas sagen. Der Dennis-Montgomery-Case, das war eher eine Satire, dass jemand geheime, verschlüsselte Informationen aus den Videobotschaften bin Ladens herauslesen wollte. Das klingt eher nach einem psychiatrischen Fall als nach Wissenschaft. Doch offenbar hat es dieses Thema zum CIA hin und zurück geschafft. Ihr Buch ist es auf jeden Fall wert, gelesen zu werden. Vielen Dank für das Interview, auf Wiedersehen!*

JR: Auf Wiedersehen!

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Dirk Pohlmann

(geb. 1959) ist ein deutscher Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist. eit 2004 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. Seit Herbst 2015 ist Pohlmann für das freie Journalistenportal KenFM als Reporter tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 18. März 2016 auf KenFM unter der URL ‹https://kenfm.de/transkription-uebersetzung-risen/› veröffentlicht (Lizenz: KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=21773›

Wie mit der NATO verknüpfte **Denkfabriken die EU-Flüchtlingspolitik** kontrollieren

Eine Flut von unkontrollierten Kriegsflüchtlingen aus Syrien, Libyen, Tunesien und anderen islamischen Ländern, die durch Washingtons Farbrevolutionen des „Arabischen Frühlings" destabilisiert wurden, hat die größte soziale Verlagerung in der EU, von Deutschland über Kroatien bis Schweden, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gebracht.

von F. William Engdahl

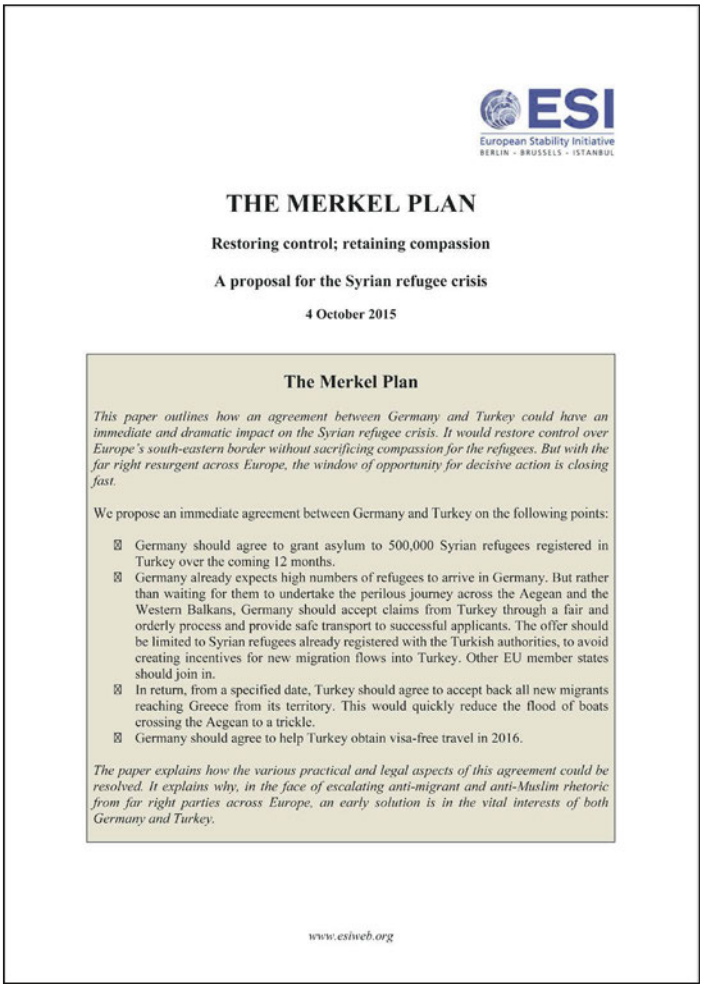
Mittlerweile ist den meisten klar geworden, dass etwas Unheilvolles abläuft, etwas das die sozialen Bindungen des inneren Kerns der europäischen Zivilisation bedroht. Was die Wenigsten mitbekommen ist, dass das ganze Drama orchestriert wird. Aber nicht durch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und nicht durch die gesichtslosen Bürokraten der Brüsseler EU-Kommission. Es wird durch die Intrigen von NATO-verknüpften Denkfabriken orchestriert.

Am 8. Oktober 2015, während des größten Stroms von hunderttausenden von Flüchtlingen nach Deutschland aus Syrien, Tunesien, Libyen und anderen Ländern, hat eine wieder selbstbewusste deutsche Kanzlerin in einem bekannten deutschen Fernsehsender verkündet: Ich habe einen Plan".

Sie nutzte die Gelegenheit, ihrem Koalitionspartner von der CSU, Horst Seehofer, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Seehofer ist ein hartnäckiger Gegner von Merkels Flüchtlingspolitik der Offenen Arme. Seit dem Frühling kamen allein 2015 in Deutschland mehr als eine Million Flüchtlinge an.

Seitdem hat die deutsche Kanzlerin mit eiserner Entschlossenheit das kriminelle Erdogan-Regime in der Türkei verteidigt, einem wichtigen Partner ihres „Plans".

Der Großteil der Welt hat mit Verblüffung wahrgenommen, wie sie die Prinzipien der Redefreiheit ignorierte und sich entschieden hat, den bekannten deutschen TV-Comedian Jan Böhmermann für seine satirischen Bemerkungen über den türkischen Präsidenten zum Abschuss freizugeben. Man war erstaunt, dass das Symbol der europäischen Demokratie, die deutsche Kanzlerin, sich für das Ignorieren von Erdogans Verhaftungen von Oppositionsjournalisten und die Schließung von Oppositionsmedien entschieden hat. Während Erdogan mit den Plänen zur Errichtung einer de facto diktatorischen Herrschaft in der Türkei weitermacht. Man war verwirrt, dass die Regierung in Berlin es vorzog, die überwältigenden Beweise zu ignorieren, dass Erdogan und seine Familie die ISIS-Terroristen in Syrien förderten und unterstützten, was eigentlich erst die Flüchtlingskrise ausgelöst hat. Man war erstaunt, dass sie über die EU versucht hat, dem Erdogan-Regime Milliarden Euro zu geben. Um angeblich mit dem Flüchtlingsstrom aus den türkischen Flüchtlingslagern über die Grenze in die EU (Griechenland und weiter) fertig zu werden.



ESI
European Stability Initiative
BERLIN - BRUSSELS - ISTANBUL

THE MERKEL PLAN

Restoring control; retaining compassion

A proposal for the Syrian refugee crisis

4 October 2015

The Merkel Plan

This paper outlines how an agreement between Germany and Turkey could have an immediate and dramatic impact on the Syrian refugee crisis. It would restore control over Europe's south-eastern border without sacrificing compassion for the refugees. But with the far right resurgent across Europe, the window of opportunity for decisive action is closing fast.

We propose an immediate agreement between Germany and Turkey on the following points:

- Germany should agree to grant asylum to 500,000 Syrian refugees registered in Turkey over the coming 12 months.
- Germany already expects high numbers of refugees to arrive in Germany. But rather than waiting for them to undertake the perilous journey across the Aegean and the Western Balkans, Germany should accept claims from Turkey through a fair and orderly process and provide safe transport to successful applicants. The offer should be limited to Syrian refugees already registered with the Turkish authorities, to avoid creating incentives for new migration flows into Turkey. Other EU member states should join in.
- In return, from a specified date, Turkey should agree to accept back all new migrants reaching Greece from its territory. This would quickly reduce the flood of boats crossing the Aegean to a trickle.
- Germany should agree to help Turkey obtain visa-free travel in 2016.

The paper explains how the various practical and legal aspects of this agreement could be resolved. It explains why, in the face of escalating anti-migrant and anti-Muslim rhetoric from far right parties across Europe, an early solution is in the vital interests of both Germany and Turkey.

www.esiweb.org

ESI - The Merkel Plan - Compassion and Control - 4 October 2015.pdf

Der Merkel-Plan

Diese ganzen anscheinend unerklärlichen Aktionen des einst pragmatischen deutschen Oberhauptes gehen anscheinend auf ihre Annahme eines 14-seitigen Dokuments zurück, das von einem Netzwerk von pro-NATO-Denkfabriken vorbereitet wurde. Mit dem unverschämten Titel „Der Merkel-Plan".

Was die selbstbewusste deutsche Kanzlerin ihrer Gastgeberin Anne Will und den Zuschauern nicht sagte war, dass „ihr" Plan ihr erst vier Tage vorher vorgelegt wurde, am 4. Oktober. Der Titel: „Der Merkel-Plan". Er stammt von einer neu geschaffenen und anscheinend gut ausgestatteten internationalen Denkfabrik namens „European Stability Initiative" oder ESI. Die Webseite von ESI zeigt, dass sie Büros in Berlin, Brüssel und Istanbul hat.

Es ist verdächtig, dass die Autoren von ESI diesen Plan mit diesem Namen versehen haben. Als käme er aus dem deutschen Kanzleramt und nicht von ihnen.

Publiziert auf Free21 am 17.05.2016, 10:45 Uhr, von F. William Engdahl auf propagandaschau.wordpress.com. Übersetzung: Fritzthecat

Noch verdächtiger ist der Inhalt dieses „Merkel-Plans“ von ESI. Zusätzlich zu der einen Million Flüchtlinge im Jahr 2015 sollte Deutschland „zustimmen, in den kommenden 12 Monaten 500.000 in der Türkei registrierten syrischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren“. Zusätzlich „sollte Deutschland zustimmen, türkische Forderungen zu akzeptieren…und einen sicheren Transport für aussichtsreiche Asylbewerber zu gewähren…die bereits von türkischen Behörden registriert wurden…“ Und schließlich: „Deutschland soll der Türkei helfen, 2016 die visafreie Reise zu ermöglichen.“

Der sogenannte „Merkel-Plan“ war ein Ergebnis der USA und der mit der NATO verknüpften Denkfabriken und Regierungen von NATO-Mitgliedern oder Anwärtern. Der Grundsatz „folge dem Geld“ gibt in diesem Fall Aufschluss darüber, wer heute wirklich die EU bestimmt.

ESI

ESI entstand aus den von der NATO geführten Bemühungen, Südosteuropa nach dem US-Krieg in Jugoslawien während der 90er zu transformieren. Er führte zur Balkanisierung des Landes und der Errichtung einer mächtigen US- und NATO-Basis, Camp Bond Steel im Kosovo.

Der gegenwärtige ESI-Vorsitzende und direkt für den endgültigen Merkel-Plan Verantwortliche ist der in Istanbul stationierte österreichische Soziologe Gerald Knaus. Knaus ist ebenfalls Mitglied im European Council on Foreign Relations (ECFR) und ein Mitglied der Open Society.

ECFR wurde 2007 in London gegründet und ist ein Abbild des einflussreichen New Yorker Council on Foreign Relations. Der wurde 1919 während der Versailler Friedensverhandlungen von Rockefeller und JP Morgan gegründet, um eine globale anglo-amerikanische Außenpolitik zu koordinieren. Bezeichnenderweise ist der Schöpfer und Geldgeber des ECFR der amerikanische Multimilliardär und Farbrevolutions-Finanzier George Soros. In praktisch jeder vom US Außenministerium unterstützten Farbrevolution seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, darunter Serbien 2000, Ukraine, Georgien, Brasilien und Russland, waren George Soros und die Ableger seiner Open Society Foundation beteiligt. Sie haben im Geheimen „demokratische“ NGOs und Aktivisten finanziert, um pro-Washington und pro-Nato Regime zu installieren.

Zu den ausgewählten Mitglieder des Londoner ECFR, die sogenannten Council Members oder Mitarbeiter, gehören der stellvertretende ECFR Vorsitzende Joschka Fischer, der frühere grüne deutsche Außenminister, der seine Partei 1991 dazu überredete, Bill Clintons illegale Bombardierung Serbiens zu unterstützen – ohne Deckung des UN Sicherheitsrates.

Weitere Ratsmitglieder von Soros’ Denkfabrik European Council on Foreign Relations sind: Der frühere NATO Generalsekretär Xavier Solana. Der entehrte Plagiator und frühere deutsche Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Annette Heuser, Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung in Washington. Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen. Alexander Graf Lambsdorff, FDP, Mitglied des EP. Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt. Andre Wilkens, Direktor der Mercator-Stiftung. Der Päderastenverfechter Daniel Cohn-Bendit aus dem Europäischen Parlament (Cohn-Bendit, bekannt als „der rote Danny“, war während der französischen Studentenrevolte 1968 Mitglied der autonomen Gruppe „Revolutionärer Kampf“ in Rüsselsheim, zusammen mit seinem engen Verbündeten Joschka Fischer, dem heutigen ECFR-Vorsitzenden. Die beiden waren an der Formation des „Realo“-Flügels der Grünen beteiligt.)

Die Open Society Foundations sind das Netzwerk der steuerbefreiten, „demokratiefördernden“ Stiftungen, die von Soros nach dem Zerfall der Sowjetunion geschaffen wurden, um den „freien Markt“, die pro-IWF Marktliberalisierung in den früheren kommunistischen Ökonomien zu befördern. Was der systematischen Plünderung der Bodenschätze und der Energie dieser Länder Tür und Tor öffnete. Soros war Hauptfinanzier des liberalen Wirtschaftsteams von Boris Jelzin, darunter der Harvard „Schocktherapie“-Ökonom Jeffrey Sachs und der liberale Berater von Jelzin, Yegor Gaydar.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Es wird bereits deutlich, dass der „Merkel-Plan“ in Wahrheit ein Soros-Plan ist. Aber es gibt noch mehr, wenn man die noch düsteren Ziele hinter diesem Plan verstehen will.

Die Gründer von ESI

Die Denkfabrik „European Stability Initiative“ des mit Soros verbündeten Gerald Knaus wird von einer beeindruckenden Liste von Geldgebern finanziert. Ihre Webseite nennt sie.

Auf der Liste stehen neben der Open Society Foundations von Soros die mit Soros verbandelte deutsche Mercator Stiftung und die Robert Bosch Stiftung. Zu den ESI Geldgebern gehört auch die EU Kommission. Und erstaunlicherweise steht auf der Geldgeberliste für den Merkel-Plan auch eine Organisation mit dem Orwellschen Namen „The United States Insitute of Peace“

Forscht man etwas nach dann zeigt sich, dass das United States Institute of Peace alles andere als einen friedfertigen Hintergrund hat. Vorsitzender des United Institute of Peace ist Stephen Hadley, früherer Nationaler Sicherheitsberater während der Neokon- Kriegsregierung von Bush/Cheney. Zum Beirat gehören Ashton B. Carter, der kriegstreibende Neokon-Verteidigungsminister, Außenminister John Kerry, Generalmajor Frederick M. Padilla, Präsident der National Defense University. Das sind ein paar sehr erfahrene Architekten der US-Pentagon Strategie „Full Spectrum Dominance“ zur militärischen Vorherrschaft.

Die ESI-Autoren des „Merkel-Plans“ zählen neben der Großzügigkeit der Soros-Stiftungen auch den German Marshall Fund of the US als Hauptgründer auf. Wie ich in meinem Buch „The Think Tanks“ beschrieben habe, ist der German Marshall Fund alles andere als deutsch. Er hat seinen Sitz in Washington, D.C. und in meinem Buch schreibe ich: „Es handelt sich um einen amerikanischen Think Tank mit Sitz in Washington, D.C. Im Grunde genommen ist sein Plan die Dekonstruktion Nachkriegs-Deutschlands und im weiteren Sinn der souveränen Staaten Europas, damit sie besser in die Globalisierungspläne der Wall Street passen.“

Auszug aus der Unterstützer-Übersicht der European Stability Initiative, entnommen der Website der Organisation. Screenshot vom 21.5.16, 22 Uhr

Der German Marshall Fund of Washington war nach 1990 bei den US-Zielen zu den Regimewechseln rund um den Globus involviert. Zusammen mit dem US-Geschöpf „National Endowment for Democracy“ (NED), den Soros Foundations und der CIA -Außenstelle namens USAID. Wie ich in meinem Think Tank-Buch beschrieben habe: „Nach den Angaben aus seinem Jahresbericht 2013 liegt das Hauptaugenmerk des German Marshall Fund auf der Unterstützung der Pläne des US Außenministeriums für die Aktionen der sogenannten „Demokratieförderung“ in früheren kommunistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa, vom Balkan bis zur Ostsee. Ihre Arbeit enthält explizit die Ukraine. In den meisten Fällen haben sie mit USAID zusammengearbeitet. Eine allgemein bekannte CIA-Front mit Verbindungen zum US Außenministerium. Und dazu die Stewart Mott Foundation, die die von der US-Regierung unterstützte National Endowment for Democracy finanziert.“

Das alles sollte einen zum Nachdenken bringen, wer und wozu den Merkel-Erdogan-Deal (Anm.d.Ü.: Hey Tilo, pass auf deine Wortwahl auf;) zur Lösung der EU Flüchtlingskrise eingefädelt hat. Ist es ein Sozialexperiment der Rockefeller-Bush-Clinton Fraktion, um quer durch die EU Chaos und soziale Konflikte zu schaffen, während gleichzeitig ihre NGOs, z.B. NED, Freedom House und die Soros Foundations in Syrien, in Libyen und in der gesamten islamischen Welt zündeln? Ist Deutschland in der Zeit nach 1990 nur ein „Vasall“ der US-Macht, wie es der frühere Präsidentenberater und Rockefeller-Spezi Zbigniew Brzezinski nannte? Momentan sprechen die Beweise sehr stark dafür. Die Rolle der Denkfabriken, die mit den USA und der NATO verbunden sind, ist von zentraler Bedeutung um zu verstehen, wie die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union in Wahrheit von jenseits der atlantischen Brücke kontrolliert werden.

Quellen:

Tagesschau: Merkel bei „Anne Will“ - „Ich habe einen Plan“ *<https://www.tagesschau.de/inland/merkel-anne-will-103.html>*

ESI: ‚The Merkel Plan‘ *<http://info.kopp-verlag.de/data/image/andreas_v_retyi/2016-03/500%20000%20SyrienFlchtlinge/ESI%20-%20The%20Merkel%20Plan%20-%20Compassion%20and%20Control%20-%204%20October%202015.pdf>*

Lobbypedia: European Council on Foreign Relations *<https://www.lobbypedia.de/wiki/European_Council_on_Foreign_Relations>*

Jeffrey Sachs: What I did in Russa *<http://jeffsachs.org/2012/03/what-i-did-in-russia/>*

United States Institute of Peace: About us *<http://www.usip.org/about-us/our-history>*

Unterstützer von ESI: *<http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=65>*

Autor:

F. William Engdahl

F. William Engdahl, (9. August 1944 in Minneapolis [1]) ist ein deutsch-amerikanischer Publizist, Wirtschaftsjournalist und Dozent.*

Dieser Text wurde zuerst auf Propagandaschau unter der URL ‹https://propagandaschau.wordpress.com/2016/04/28/wie-mit-der-nato-verknuepfte-denkfabriken-die-eu-fluechtlingspolitik-kontrollieren/#more-21348› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=22247›

Die **Strategie der Spannung,** Gladio und die Nato

Waren die terroristischen Attentate durch die Geheimarmeen des Gladio-Netzes während des Kalten Krieges isolierte Anschläge oder Taten, die insgeheim durch die NATO organisiert worden waren? Bis zum heutigen Tag weigert sich die NATO, über die Strategie der Spannung und über den Terrorismus während des Kalten Krieges Auskunft zu geben.

von Silvia Cattori

SILVIA CATTORI: *Herr Dr. Ganser [1], eines Ihrer Bücher befasst sich mit den NATO-Geheimarmeen [2] und zeigt, dass die Strategie der Spannung und der False-Flag-Terrorismus [3], von dem die Medien interessanterweise nie sprechen, große Gefahren mit sich bringt. Ihr Buch informiert darüber, wie sich die NATO während des Kalten Krieges – in Abstimmung mit dem Pentagon und mit den Nachrichtendiensten aller europäischen Länder – der Geheimarmeen bedient hat, wie sie Agenten aus dem rechtsextremen Lager rekrutiert und terroristische Anschläge organisiert hat, um sie dann der Linken zuzuschreiben. Wenn man das erfährt, kann man sich fragen, was denn heute ohne unser Wissen passiert.*

DANIELE GANSER: Es ist zuerst sehr wichtig zu verstehen, was die Strategie der Spannung wirklich umfasst und wie sie während dieser Periode funktioniert hat. Das kann uns helfen, die Gegenwart zu beleuchten und besser zu sehen, in welchem Ausmaß diese Strategie immer noch funktioniert. Nur wenige Leute wissen, was der Ausdruck „Strategie der Spannung" bedeutet. Darüber zu sprechen und das zu erklären, ist sehr wichtig. Die Strategie der Spannung ist eine Taktik, mit der man Attentate selber begeht, um sie dann anderen in die Schuhe zu schieben. Der Ausdruck „Spannung" will auf einen absichtlich erzeugten emotionalen Druck hinweisen, der ein Angstgefühl erzeugen soll. Der Ausdruck „Strategie" hingegen zeigt, dass es darum geht, die Angst der Menschen gegenüber

n23.tv

bestimmten Gruppen zu nähren. Die geheimen Strukturen der NATO wurden von der CIA in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst MI6 ausgerüstet, finanziert und trainiert, um die bewaffneten Kräfte der Sowjetunion im Kriegsfall als Guerilla zu bekämpfen. Aber auch – gemäß der Informationen, über die wir heute verfügen –, um terroristische Attentate in verschiedenen Ländern zu begehen. So haben seit den 70er-Jahren die italienischen Geheimdienste diese geheimen Armeen benutzt, um „terroristische" Attentate anzuzetteln.

Das Ziel war zu provozieren, in der Bevölkerung Angst zu schüren und dann die Kommunisten als Urheber zu beschuldigen. Das war zu der Zeit, als die kommunistische Partei ein großes Gewicht im italienischen Parlament besaß. Mit der Strategie der Spannung sollte sie diskreditiert und geschwächt werden, damit sie nicht auch noch in der Exekutive Fuß fassen konnte.

SC: *Zu erfahren, was das heißt, ist das eine. Aber es bleibt schwer zu glauben, dass unsere Regierungen die NATO, die europäischen Nachrichtendienste und die CIA einfach so haben machen lassen und damit die Sicherheit ihrer eigene Bürger bedroht haben!*

DG: Die NATO stand im Zentrum dieses mit dem Terror verbundenen Geheimnetzes. Das Clandestine Planning Committee (CPC) und das Allied Clandestine Committee (ACC) waren Unterabteilungen der NATO, die heute klar identifiziert sind. Aber auch heute, wo das allgemein anerkannt ist, ist es immer noch schwierig zu erfahren, wer eigentlich was gemacht hat. Es gibt keine Dokumente, in denen man nachprüfen könnte, wer kommandierte, wer die Strategie der Spannung organisierte, wie die NATO, der MI6 und die aus dem rechtsextremen Lager rekrutierten Terroristen sich die Rollen untereinander aufteilten. Dass es im Innern dieser geheimen Strukturen Elemente gab, die die Strategie der Spannung angewendet haben, ist die einzige Gewissheit, die wir haben. Die Terroristen der extremen Rechten haben in ihren Aussagen vor Gericht oder gegenüber Journalisten erklärt, dass die Geheimdienste und die NATO sie in diesem Untergrundkampf unterstützt hatten. Aber wenn man Erklärungen von den Mitgliedern der NATO und der CIA verlangt – was ich über mehrere Jahre versucht habe –, beschränken sich sowohl NATO als auch CIA darauf zu sagen, dass es vielleicht einige kriminelle Elemente gegeben haben könnte, die sich ihrer Kontrolle entzogen hätten.

SC: *Waren diese geheimen Armeen in allen europäischen Ländern aktiv?*

DG: Mit meinen Recherchen habe ich belegt, dass diese geheimen Armeen nicht nur in Italien existierten, sondern in ganz Westeuropa: in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Spanien, Portugal, Österreich, Griechenland, Luxemburg, in der Türkei, in der Schweiz und auch in Deutschland.

Man könnte vielleicht denken, dass es eine einheitliche Guerillastruktur gegeben habe und dass diese geheimen Armeen alle bei der Strategie der Spannung mitgemacht hätten, also auch bei terroristischen Attentaten. Nun haben aber diese Geheimarmeen nicht alle an Attentaten mitgemacht. Sie unterschieden sich, denn sie betrieben zwei ganz verschiedene Arten von Aktivitäten. Die geheimen Strukturen der NATO – gewöhnlich „Stay behind" [4] genannt – waren zu Beginn so konzipiert, dass sie im Fal-

le einer Okkupation Westeuropas durch die Sowjetunion als Guerilla eingreifen konnten. Das ist heute ganz klar. Nach Meinung der Vereinigten Staaten war dieses Guerilla-Netz nötig, weil die im Zweiten Weltkrieg von Deutschland eroberten Länder zu wenig vorbereitet waren und es hier nach der deutschen Besetzung sehr schwer war, eine Widerstandsbewegung aufzubauen.

Einige Länder wie zum Beispiel Norwegen, die von Deutschland besetzt worden waren, zogen aus ihrer Unfähigkeit zum Widerstand gegenüber den Besatzern ihre Schlüsse und sagten sich, dass sie für eine neue Besetzung besser vorbereitet sein sollten. Sie wollten über eine andere Option verfügen und für den Fall, dass die reguläre Armee besiegt wäre, auf eine Geheimarmee zählen können. Es hatte in diesen Geheimarmeen ehrliche Leute, ernsthafte Patrioten, die ihr Land im Falle einer Besetzung verteidigen wollten.

SC: *Wenn ich es richtig verstehe, wurden diese Stay-behind-Gruppen, deren ursprüngliches Ziel die Vorbereitung auf den Fall einer sowjetischen Invasion war, von diesem Ziel abgebracht, um dafür die Linke zu bekämpfen. Es fällt schwer zu begreifen, weshalb die linken Parteien nicht Untersuchungen angestellt und diese Umorientierung nicht früher publik gemacht haben.*

DG: Am Beispiel Italiens wird klar, dass die kommunistische Partei nie eine Antwort bekam, wenn sie Auskünfte über die geheime Armee verlangte, die in diesem Land unter dem Codenamen „Gladio“ [5] operierte. Man schob stets den Schutz des Staatsgeheimnisses vor und verweigerte damit weitere Auskünfte.

Erst 1990 hat Giulio Andreotti [6] die Existenz der Gladio-Geheimarmee und ihre direkten Verbindungen zur NATO, zum CIA und zum MI6 vor dem Senat bestätigt. In dieser Zeit hat der Richter Felice Casson nachgewiesen, dass der eigentliche Urheber des Attentates von Peteano im Jahre 1972, das damals ganz Italien erschüttert hatte und das bis zum Ende der 80er-Jahre militanten extremen Linken zugeschrieben worden war, Vincenzo Vinciguerra war, der dem „Ordine Nuovo“ nahestand, einer Gruppe der extremen Rechten. Vinciguerra hat zugegeben, das Attentat mithilfe der italienischen Geheimdienste begangen zu haben. Auch Vinciguerra hat von der Existenz dieser Geheimarmee Gladio gesprochen. Und er hat außerdem erklärt, dass während des Kalten Krieges diese geheimen Attentate in Europa den Tod von Frauen und Kindern verursacht hatten. Ebenfalls bestätigt hat er, dass diese von der NATO kontrollierte Geheimarmee Verästelungen überall in Europa hatte. Nachdem diese Informationen bekannt geworden waren, gab es eine politische Krise in Italien. Nur dank der Nachforschungen des Richters Felice Casson besitzt man heute Kenntnisse über die Geheimarmeen der NATO.

Der italienische Spitzenpolitiker Giulio Andreotti machte die Existenz Gladios 1990 erstmals öffentlich bekannt.

Als in Deutschland die Sozialisten der SPD 1990 erfahren hatten, dass auch in ihrem Land, wie in allen andern westeuropäischen Ländern, eine geheime Armee existierte und dass deren Strukturen mit dem deutschen Geheimdienst verbunden waren, wollten sie dies skandalisieren und klagten die konservative Partei CDU an. Die CDU reagierte aber folgendermaßen: Falls ihr uns anklagt, werden wir dem Volk sagen, dass die SPD während der Regierung von Willy Brandt ebenfalls in dieses Komplott verwickelt war. Weil all das mit den ersten Wahlen im vereinigten Deutschland zusammenfiel, welche die SPD zu gewinnen hoffte, begriffen die SPD-Führer, dass dieses Thema 1990 kein Wahlkampfthema sein konnte. Schließlich waren sie damit einverstanden, diese geheimen Armeen reinzuwaschen und ihre Existenz als gerechtfertigt anzusehen.

Im Europäischen Parlament wurden im November 1990 aber viele Stimmen laut, die sagten, dass diese geheimen Armeen nicht toleriert werden dürften. Auch ginge es nicht an, Terrorakte, deren wirkliche Herkunft nicht aufgehellt sei, ohne Erklärung zu lassen – die Hintergründe müssten erforscht werden. Daraufhin hat das Europäische Parlament bei der NATO und beim amerikanischen Präsidenten Busch Senior schriftlich protestiert, aber nichts geschah. Nur in Italien, in der Schweiz und in Belgien wurde mit öffentlichen Untersuchungen begonnen. Von allen Ländern haben nur diese drei ein wenig Ordnung in diese Affäre gebracht und einen Bericht über ihre geheimen Armeen herausgegeben.

SC: *Was ist heute? Sind diese geheimen Armeen immer noch aktiv? Gibt es geheime staatliche Strukturen, die sich der Kontrolle durch Regierung und Parlamente entziehen?*

DG: Für einen Historiker ist es schwierig, auf diese Frage zu antworten. Wir verfügen, wie ich schon sagte, nicht über Berichte zu allen Geheimarmeen aus den einzelnen Ländern. Zudem verweigert sowohl die CIA als auch die NATO jeden Kommentar. In meinen Werken analysiere ich die Tatsachen, die ich nachweisen kann. Aber weil es schon für die Vergangenheit schwierig ist, die Strategie der Spannung historisch nachzuweisen, ist es für die Gegenwart noch einiges anspruchsvoller.

Was Italien anbetrifft, so gibt es einen Bericht, der aussagt, dass die geheime Armee Gladio aufgelöst worden ist. Über die Existenz der Geheimarmee P26 in der Schweiz gibt es ebenfalls einen Bericht des Parlaments vom November 1990. Folglich sind hier diese geheimen Armeen aufgelöst, ebenso die Waffen- und Sprengstofflager, welche diese Armeen an geheimen Orten in den jeweiligen Ländern angelegt hatten, auch in Italien und auch in der Schweiz.

Aber in den anderen Ländern hat man nichts getan. In Frankreich versicherte Präsident Mitterrand, dass alles der Vergangenheit angehöre. Im Nachhinein hat man aber erfahren, dass diese geheimen Strukturen immer noch wirksam waren, als nämlich Giulio Andreotti zu verstehen gab, dass der französische Präsident gelogen hatte. Andreotti sagte in etwa: „Sie sagen, dass die geheimen Armeen nicht mehr existieren würden, aber beim geheimen Zusammentreffen im Herbst 1990 wart Ihr Franzosen auch dabei, sagen Sie also nicht, dass diese nicht mehr existieren würden.“ Mitterrand wurde ziemlich wütend über Andreotti, weil er nach dieser Enthüllung seine Aussage berichtigen musste. Später hat der ehemalige Chef des französischen Geheimdienstes, Admiral Pierre Lacoste, zugegeben, dass diese geheimen Armeen auch in Frankreich existierten und dass sie auch in Frankreich in terroristische Attentate verwickelt waren.

Es ist also schwierig zu sagen, ob dies alles längst vergangen ist. Sogar wenn alle alten Stay-behind-Armeen aufgelöst worden wären, wäre es ein Leichtes gewesen, neue Strukturen zu schaffen und sich weiter dieser Techniken der Strategie der Spannung und der False-Flag-Operationen zu bedienen, egal unter welchem neuen Namen.

SC: *Wäre es denkbar, dass die Vereinigten Staaten und die NATO nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Strategie der Spannung und die False-Flag-Operationen an anderen Fronten weiterentwickelt haben?*

DG: Meine Nachforschungen haben sich auf die Periode des Kalten Krieges in Europa konzentriert. Aber man weiß, dass es anderswo False-Flag-Operationen gegeben hat, bei denen die Verantwortlichkeit von Staaten nachgewiesen werden konnte. Ein Beispiel sind die Attentate im Iran 1953, die zuerst den iranischen Kommunisten zugeschrieben wur-

Publiziert: 07.04.2016 (11:00) Uhr, von Silvia Cattori auf www.voltairenet.org – Original: http://wck.me/NGp, Lizenz: (CC BY-NC-ND)

den. Nun aber hat sich herausgestellt, dass die CIA und der MI6 Provokateure eingesetzt haben, welche sich als Kommunisten ausgaben und Terroranschläge ausübten. Das strategische Hauptziel war es damals, die Regierung Mohammed Mossadeghs zu stürzen, was auch gelang. Dies geschah im Zusammenhang mit dem Krieg um die Kontrolle des Erdöls. Ein weiteres Beispiel sind die Attentate 1954 in Ägypten, die man zuerst den Muslimbrüdern unterstellt hatte. Es hat sich in der Folge herausgestellt, dass Agenten des Mossad die Urheber waren. Das ist unter dem Begriff „Affäre Lawon“ [7] bekannt geworden. Hier ging es Israel strategisch darum, dass die britischen Truppen Ägypten nicht verlassen sollten, da sie als Puffer zwischen Ägypten und Israel den Schutz Israels gewährleisteten. Also, es gibt historische Beispiele, die zeigen, dass die Strategien der Spannung und der False-Flag-Operationen von den USA, von Großbritannien und von Israel angewendet worden sind. Wir müssen die Nachforschungen in diesem Bereich weiterverfolgen, haben doch auch andere Länder in ihrer Geschichte diese Strategien angewendet.

SC: *Diese geheimen Strukturen der NATO, die nach dem Zweiten Weltkrieg – von den USA initiiert – geschaffen wurden, um die europäischen Länder mit einer leistungsfähigen Guerilla auszustatten, die fähig war, einer sowjetischen Invasion zu widerstehen, haben letztlich dazu gedient, kriminelle Operationen gegen europäische Bürger durchzuführen. Alles deutet darauf hin, dass die Vereinigten Staaten ganz andere Dinge anvisierten.*

DG: Sie haben recht, diese Frage aufzuwerfen. Die Vereinigten Staaten waren an einer politischen Kontrolle interessiert. Diese politische Kontrolle ist ein wesentliches Element der Strategie von Washington und London. General Gerardo Serravalle [8], Chef der Italienischen Stay-behind-Geheimarmee Gladio, gibt davon ein Beispiel in seinem Buch. Er erzählt, dass die Vereinigten Staaten nicht an der Vorbereitung dieser Guerilla für den Fall einer sowjetischen Invasion interessiert waren. Er merkte, was die Agenten der CIA wirklich interessierte, die bei den von ihm geleiteten Trainingsübungen der geheimen Armee in Italien dabei waren: Sie wollten sich versichern, ob diese Geheimarmee zum Beispiel auch militante Kommunisten kontrollieren konnte. Washington fürchtete, dass die Kommunisten in Ländern wie Griechenland, Italien und Frankreich an die Macht gelangen könnten. Das war es also, wozu die Strategie der Spannung dienen musste: die Politik gewisser Länder Westeuropas zu beeinflussen und ihr eine bestimmte Richtung zu geben.

Im Oktober 1990 wurden Briefe des von den Roten Brigaden entführten und ermordeten Politikers Aldo Moro bekannt. Unter diesem Druck sagte der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti aus, dass die Operation Gladio, entgegen seinen ursprünglichen Aussagen, noch bis in die späten 1970er Jahre gelaufen und die NATO maßgeblich an der illegalen Operation beteiligt gewesen sei.

SC: *Sie haben vom emotionalen Element gesprochen als wichtigem Faktor in der Strategie der Spannung. Also sollte der Terror, dessen Herkunft für die Menschen im Unklaren bleibt, und die Angst, die er hervorruft, zur Manipulation der Meinung dienen. Nimmt man heute nicht an ähnlichen mafiösen Prozessen teil? Gestern schürte man die Angst vor dem Kommunismus, schürt man heute nicht die Angst vor dem Islam?*

DG: Ja, es gibt eine sehr deutliche Parallele. Während der Vorbereitungen zum Krieg gegen den Irak in den Jahren 2002 und 2003 hat man gesagt, dass Saddam Hussein biologische Waffen besitze, dass es eine Verbindung zwischen dem Irak und dem Attentat vom 11. September gebe oder dass eine Verbindung zwischen dem Irak und den Terroristen von al-Qaida existiere. Aber all das war nicht wahr. Mit diesen Lügen wollte man die Welt glauben machen, dass die Muslime den Terrorismus überall verbreiten wollten, dass dieser Krieg notwendig wäre, um den Terror zu bekämpfen. Nun aber war der wahre Grund für den Krieg die Kontrolle über die Energieressourcen. Aus geologischen Gründen konzentrieren sich die Reichtümer von Gas und Erdöl in den muslimischen Ländern – wer sich ihrer bemächtigen will, muss sich hinter solchen Manipulationen verstecken. Man kann der Welt nicht sagen, dass es nicht mehr genug Erdöl gibt, weil das Produktionsmaximum auf der Welt, der „Peak Oil“, vermutlich vor 2020 erreicht wird und deshalb das Erdöl des Iraks geraubt werden müsse. Die Leute würden sagen, dass man wegen des Erdöls keine Kinder töten dürfe. Und sie haben recht. Man kann ihnen auch nicht sagen, dass es unter dem Kaspischen Meer enorme Reserven gibt und dass man darum eine Pipeline zum Indischen Ozean bauen wolle. Man kann auch nicht sagen, dass man vom Kaspischen Meer über den Osten vorstoßen und darum Turkmenistan und Afghanistan kontrollieren müsse, weil man die Pipeline nicht durch den Iran im Süden und auch nicht durch Russland im Norden legen könne. Aus diesen Gründen muss man die Muslime als Terroristen bezeichnen.

Das sind große Lügen, aber wenn man tausendfach wiederholt, dass die Muslime Terroristen seien, beginnen es die Leute am Ende zu glauben und beginnen zu denken, dass diese Kriege gegen die Muslime nützlich wären. Sie beginnen auch zu vergessen, dass es viele Formen des Terrorismus gibt und dass die Gewalt nicht zwangsweise eine muslimische Spezialität ist.

SC: *Im Grunde hätten diese geheimen Strukturen also aufgelöst werden können, aber die Strategie der Spannung wurde fortgesetzt?*

DG: Dies ist richtig. Man kann Strukturen auflösen und daneben neue aufbauen. Es ist wichtig zu erklären, wie in der Strategie der Spannung die Taktik und die Manipulation funktionieren. Dies alles ist illegal, aber für die Staaten ist es viel leichter, die Menschen zu manipulieren, als ihnen zu sagen, dass man versuchen will, die Hand auf das Erdöl anderer zu legen.

Natürlich sind nicht alle Attentate auf die Strategie der Spannung zurückzuführen. Aber es ist schwierig zu erkennen, welche Terroranschläge durch wirkliche Terroristen ausgeführt werden und welche durch die Geheimdienste manipuliert sind. Sogar jene, die wissen, dass manche Terroranschläge durch Staaten manipuliert werden, um politische Feinde zu diskreditieren, können an eine psychologische Barriere gelangen. Nach jedem Anschlag haben die Menschen Angst, sie sind durcheinander. Es ist sehr schwer zu akzeptieren, dass die Strategie der Spannung und False Flags Realität sind. Es ist einfacher, die Manipulation zu akzeptieren und sich zu denken: ‚Seit dreißig Jah-

ren informiere ich mich, und ich habe nie von diesen kriminellen Geheimarmeen gehört. Die Muslime greifen uns an, und aus diesem Grunde bekämpfen wir sie.'

SC: *Von 2001 an hat die EU Anti-Terror-Maßnahmen ergriffen. Es hat sich dann gezeigt, dass diese Maßnahmen der CIA erlaubten, Menschen zu entführen, sie an geheime Orte zu transportieren und zu foltern. Sind die europäischen Staaten damit nicht ein wenig zum Opfer ihrer Unterwerfung unter die USA geworden?*

DG: Die europäischen Staaten haben nach den Attentaten vom 11. September 2001 gegenüber den USA eine schwache Haltung eingenommen, wie Vasallen. Nachdem sie erklärt hatten, dass geheime Gefängnisse illegal sind, ließen sie es trotzdem geschehen. Das Gleiche geschah mit den Gefangenen von Guantanamo. In Europa wurden zwar Stimmen laut, die sagten: ‚Man kann Gefangenen nicht den anwaltlichen Beistand verweigern.' Als Frau Merkel die Frage Guantanamo dann aber aufbrachte, haben die USA ihr klargemacht, dass Deutschland im Irak mit verwickelt sei, dass deutsche Geheimdienste mitgeholfen hatten, den Krieg vorzubereiten und dass man deshalb jetzt zu schweigen habe.

SC: *In diesem Kontext, in dem es noch viele ungeklärte, dunkle Stellen gibt, stellt sich die Frage, welche Sicherheit die NATO den Völkern, die sie beschützen sollte, noch geben kann, wenn sie den Geheimdiensten erlaubt, die Bevölkerung zu manipulieren.*

DG: Was die manipulierten terroristischen Attentate durch die Geheimarmeen des Gladio-Netzes während des Kalten Krieges angeht, ist es wichtig, klar bestimmen zu können, ob und wie die NATO daran mitbeteiligt war und herauszufinden, was wirklich geschehen ist. Waren es isolierte Anschläge oder Taten, die durch die NATO geheim organisiert worden waren? Bis zum heutigen Tag weigert sich die NATO, über die Strategie der Spannung und über den Terrorismus während des Kalten Krieges Auskunft zu geben; die

New York 11. September 2001 – noch ein manipuliertes Terrorattentat oder diesmal „echter" Terrorismus?

NATO weist alle Fragen über Gladio zurück.

Heute missbraucht man die NATO als Angriffsarmee, obwohl diese Organisation nicht dazu gegründet wurde. Man hat sie am 12. September 2001, unmittelbar nach den Attentaten von New York, aktiviert. Die Mitglieder der NATO bestätigen, dass der Grund ihrer Teilnahme am Krieg gegen die Afghanen der Kampf gegen den Terrorismus sei. Aber die NATO riskiert, diesen Krieg zu verlieren. Es wird eine große Krise ausbrechen mit zahlreichen Debatten. Wir müssten wissen, ob die NATO, wie sie es behauptet, einen Krieg gegen den Terrorismus führt, oder ob es sich um eine Situation wie im Kalten Krieg handelt und Geheimarmeen wie Gladio den Terrorismus manipulieren. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die NATO sich in ihrer Geschichte an ihren Auftrag hielt, die europäischen Länder und die USA im Falle eines – nie geschehenen – Angriffs der UdSSR zu verteidigen, denn dafür wurde sie gegründet. Oder ob die NATO im Kalten Krieg den Terror mit Geheimarmeen manipulierte und die Angst vor den Kommunisten schürte. Ganz sicher wurde die NATO nicht gegründet, um sich des Erdöls oder des Erdgases der arabischen Länder zu bemächtigen.

SC: *Man könnte noch verstehen, wenn Israel, das Interesse an einer Ausbreitung der Konflikte in arabischen und muslimischen Ländern hat, die USA in diesem Sinne ermutigt. Aber wo liegen die Interessen der europäischen Länder, sich mit Truppen in einem Krieg wie in Afghanistan zu engagieren, und das unter dem Kommando des Pentagon?*

DG: Ich denke, Europa ist verwirrt. Die USA sind in einer Position der Stärke, und die Europäer haben die Tendenz zu denken, es sei das Beste, sich dem Stärkeren anzuschließen. Aber man müsste ein wenig weiter denken. Die europäischen Parlamentarier weichen schnell dem Druck der USA, die immer mehr Truppen fordern, an dieser oder jener Front. Je mehr die europäischen Länder weichen, je mehr sie sich unterordnen, desto mehr werden sie mit immer größeren Problemen konfrontiert. In Afghanistan stehen die Deutschen und Briten unter amerikanischem militärischem Kommando. Strategisch gesehen ist dies für diese Länder keine interessante Position. Jetzt verlangen die USA von den Deutschen, ihre Soldaten auch in den Süden von Afghanistan zu verlegen, in Gebiete, wo der Krieg viel heftiger ist. Wenn die Deutschen Ja sagen, riskieren sie, durch afghanische Kräfte massakriert zu werden, die jede Besetzung ablehnen. Deutschland müsste sich ernsthaft überlegen, seine 3.000 Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Aber für die Deutschen, die ein wenig die Vasallen der USA sind, ist es ein schwieriger Schritt, den Befehlen der USA gegenüber ungehorsam zu sein.

SC: *Was wissen diejenigen, die uns heute regieren, von den Strategien der Spannung? Können sie zulassen, dass Kriegstreiber weiter Staatsstreiche initiieren und Entführungen und Folter betreiben, ohne dass sie reagieren? Haben sie überhaupt noch die Möglichkeit, derartige kriminelle Aktivitäten zu unterbinden?*

DG: Ich weiss es nicht. Als Historiker beobachte und dokumentiere ich vor allem die Geschehnisse. Als politischer Berater sage ich, dass man den Manipulationen, die Angst erzeugen und die allen weismachen wollen, dass die „Terroristen" immer die Muslime sind, nicht nachgeben darf. Ich sage, dass es um den Kampf über die Kontrolle der Energiereserven geht. Man muss Mittel finden, die Energieknappheit zu überwinden ohne in Richtung einer Militarisierung zu gehen. Man kann die Probleme nicht auf diese Art lösen, man verschlimmert sie damit nur.

SC: *Wenn man, ausgehend vom Israel-Palästina-Konflikt, die Verteufelung der Araber und der Muslime beobachtet, denkt man, dies hätte nichts mit dem Erdöl zu tun.*

DG: In diesem Falle: Ja. Aber aus der Perspektive der Vereinigten Staaten handelt es sich um einen Kampf, die Kontrolle über die Energiereserven des eurasischen Teils der „Strategischen Ellipse" zu übernehmen, die von Aserbaidschan über Turkmenistan und Kasachstan bis nach Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und den Persischen Golf reicht. Genau hier, in dieser Region, in der sich dieser angebliche „Krieg gegen den Terroris-

Publiziert: 07.04.2016 (11:00) Uhr, von Silvia Cattori auf www.voltairenet.org – Original: http://wck.me/NGp, Lizenz: (CC BY-NC-ND)

mus“ entwickelte, befinden sich die wichtigsten Öl- und Gasreserven. Meiner Meinung nach handelt es sich um nichts anderes als um ein geostrategisches Machtspiel, in dem die Europäische Union nur verlieren kann. Denn wenn die USA die Kontrolle über diese Reserven übernehmen und die Energiekrise sich verschlimmert, dann werden die USA zu uns Europäern sagen: „Ihr wollt Gas, ihr wollt Erdöl? Sehr gut, im Gegenzug wollen wir dafür aber dies oder das!“ Die Vereinigten Staaten werden den europäischen Ländern das Erdöl und das Gas nicht umsonst geben. Wenige Menschen wissen, dass der Peak Oil, das Produktionsmaximum, in der Nordsee bereits erreicht wurde und dass sich die Erdölproduktion in Europa – in Norwegen und in Großbritannien – damit im Niedergang befindet.

An dem Tag, an dem die Menschen realisieren werden, dass die Kriege gegen den Terrorismus manipuliert sind und dass die Beschuldigungen gegen die Moslems ein Teil der Propaganda sind, werden sie überrascht sein. Die europäischen Staaten müssen aufwachen und verstehen, wie die Strategie der Spannung strategisch funktioniert. Sie müssen auch lernen, zu den USA „Nein!“ zu sagen. Auch in den USA gibt es viele Menschen, die diese Militarisierung der internationalen Beziehungen nicht wollen.

SC: *Sie haben auch Forschungen zu den Attentaten des 11. September 2001 gemacht und als Co-Autor mit anderen Intellektuellen, die über Ungereimtheiten und Widersprüche in der offiziellen Sicht der Ereignisse und in den Ergebnissen der von George Bush jun. eingesetzten Untersuchungskommission beunruhigt sind, ein Buch geschrieben. [9] Fürchten Sie nicht das Etikett des „Verschwörungstheoretikers“?*

DG: Meine Studenten und andere Leute haben mich immer gefragt: Wenn es bei diesem „Krieg gegen den Terrorismus“ wirklich um Erdöl und Erdgas geht, könnten die Attentate vom 11. September dann nicht auch manipuliert worden sein? Oder ist es ein Zufall, dass die Muslime von Osama bin Laden genau in dem Augenblick zugeschlagen haben, als die Länder des Westens begannen zu verstehen, dass sich eine Erdölkrise ankündigte? Da habe ich begonnen, mich dafür zu interessieren, was über den 11. September geschrieben wurde. Vor allem habe ich den offiziellen Untersuchungsbericht zu den Terroranschlägen studiert, der im Juni 2004 veröffentlicht worden ist. Wenn man als Historiker in dieses Thema eintaucht, sieht man von vornherein, dass es eine große globale Debatte gibt, rund um das, was sich wirklich am 11. September 2001 abgespielt hat.

Die Informationen, die wir haben, sind nicht sehr genau. Wichtige Fragen und Ereignisse werden im sechshundertseitigen Untersuchungsbericht überhaupt nicht erwähnt, darunter zum Beispiel der Einsturz des sogenannten „dritten Turmes“ – die Kommission spricht in ihrem Bericht nur vom Einsturz von zwei Türmen, den „Twin-Towers“. Das ist ungenau, denn es gab noch einen dritten Turm mit einer Höhe von 170 Metern, der am 11. September in New York eingestürzt ist, dieser Turm heißt WTC7. Einige spätere US-Regierungsberichte sagen, ein kleines Feuer habe WTC7 zum Einsturz gebracht. Aber ich habe mit Professoren gesprochen, die die Struktur derartiger Gebäude gut kennen, und sie haben gesagt, dass ein kleines Feuer die Struktur einer so großen Dimension nicht zerstören kann. Die offizielle Geschichte des 11. September und die Schlussfolgerungen der Kommission sind nicht glaubwürdig. Dieser Mangel an Klarheit bringt die Forscher in eine schwierige Situation. Verwirrung herrscht auch über das, was sich wirklich im Pentagon ereignet hat. Man erkennt auf den vorhandenen Videobildern nämlich nicht, wie ein Flugzeug darauf gestürzt sein kann.

SC: *Das Parlament von Venezuela hat die Vereinigten Staaten um umfangreichere Erklärungen gebeten, um den Ursprung der Attentate zu erhellen. Sollte das nicht ein nachahmenswertes Beispiel sein?*

DG: Es gibt über den 11. September viele Unsicherheiten. Die Parlamentarier, die Universitäten, die Bürger haben das Recht auf Antworten, was wirklich stattgefunden hat. Ich denke es ist wichtig, sich weiter darüber Gedanken zu machen. Es ist ein Ereignis, das niemand vergessen kann – jeder erinnert sich, wo er sich in jenem Moment befand. Es ist unglaublich, was damals geschah.

SC: *Man bekommt den Eindruck, dass alle offiziellen Körperschaften die öffentliche Darstellung nicht infrage stellen wollen. Haben sie sich manipulieren lassen durch die Desinformation, organisiert durch die Strategen der Spannung und der False Flags?*

DG: Wenn man Angst hat, ist man manipulierbar: Angst, die Arbeit zu verlieren; Angst, den Respekt der Menschen, die einen lieben, zu verlieren. Man kann die Spirale der Gewalt und des Terrors nicht verlassen, wenn man die Angst siegen lässt. Angst zu haben, ist normal. Man muss offen darüber sprechen, ebenso über die Manipulationen, die die Angst nähren. Niemand kann den Konsequenzen entfliehen. Umso schlimmer ist es aber, wenn politisch Verantwortliche oft unter dem Eindruck dieser Angst handeln. Man muss die Kraft finden zu sagen: „Ja, ich habe Angst, dass die Lügen Menschen leiden machen. Ja, ich habe Angst zu denken, dass es bald nicht mehr viel Erdöl gibt. Ja, ich habe Angst, dass dieser Terrorismus, von dem man spricht, die Konsequenz von Manipulationen ist. Aber ich werde mich nicht einschüchtern lassen!“

SC: *Bis zu welchem Punkt beteiligen sich Länder wie die Schweiz an dieser Politik der Spannung?*

DG: Ich denke, in der Schweiz gibt es keine Strategie der Spannung. Dieses Land kennt keine terroristischen Anschläge. Aber was wahr ist, ist, dass die Politiker in der Schweiz wie anderswo die Vereinigten Staaten und ihre Machtstellung fürchten und dass daher auch hier die Tendenz besteht, sich zu sagen: „Die USA sind gute Freun-

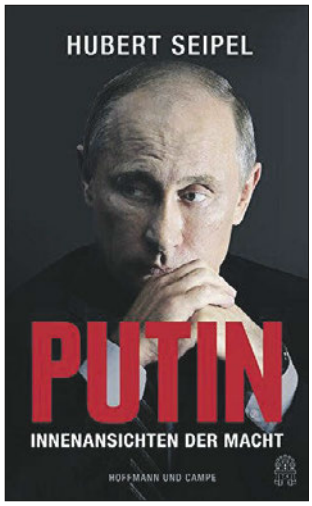
Faktenbox:

Verurteilung durch das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament drückte nach einer Sonderdebatte am 22. November 1990 seinen „entschiedenen Protest“ gegenüber der NATO und den beteiligten Geheimdiensten aus.Es ging dabei davon aus, dass die Aktivitäten von der Exekutive ausgingen und keiner parlamentarischen Kontrolle unterlagen, die Legislativen der betroffenen Staaten also nicht involviert waren.

Der italienische Parlamentarier Enrico Falqui (Grüne) betonte in der Sonderdebatte des EP: „Dieses Europa wird keine Zukunft haben, wenn es nicht auf der Wahrheit und der vollständigen Transparenz seiner Institutionen aufgebaut wird. Daher müssen wir wissen, welche und wie viele Gladio-Netzwerke es in den Mitgliedstaaten der EU gibt.“

Der EU-Resolution folgten parlamentarische Anfragen in mehreren Ländern und die Resolution führte zu Untersuchungskommissionen in Italien, Belgien und der Schweiz. Am 5. November 1990 erklärte der NATO-Sprecher Jean Marcotta, dass „die NATO niemals einen Guerillakrieg oder Geheimaktionen in Betracht gezogen hat.“ Einen Tag später bezeichnete ein anderer NATO-Sprecher dies als inkorrekt. Die Journalisten erhielten ein kurzes Kommuniqué, das besagte, dass die NATO sich grundsätzlich nicht zu geheimen militärischen Angelegenheiten äußere und Marcotta gar nichts hätte sagen sollen. Die Presse protestierte gegen dieses Verhalten. In der Berichterstattung dominierte in der Folge die Aussage, dass die Geheimarmeen Teil einer NATO-Organisation waren. (Quelle: Wikipedia)



Wie wurde Wladimir Putin vom KGB-Offizier in der DDR zum mächtigsten Mann und Gestalter des neuen Russlands, das sich immer weiter von den Vorstellungen des Westens entfernt? Barack Obama stufte Wladimir Putin als eine der größten Gefahren für die Welt ein – gleich neben Ebola und den Terroristen des IS. Der russische Präsident wiederum kritisiert heftig „die Doppelmoral des Westens". Seit den Ereignissen auf dem Maidan herrscht Dauerfrost mit guten Aussichten auf eine neue Ost-West-Eiszeit.

Kommentar Holger:
„Früher war mein Putin-Bild bestimmt durch Versatzstücke aus unseren Medien: Der diktatorische Unsympath Putin mit Goldkettchen und nacktem Oberkörper …Durch die Ukrainekrise und nicht zuletzt auch nach dem Lesen dieses Buches kann ich sehr gut verstehen, warum er in den westlichen Medien so (falsch) dargestellt wird."

Putin: Innenansichten der Macht

von Hubert Seipel

Gebundene Ausgabe: 368 Seiten
Verlag: HOFFMANN UND CAMPE VERLAG GmbH (2. Oktober 2015)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3455503039
ISBN-13: 978-3455503036
Größe: 13,6 x 3,5 x 21,1 cm

de, wir haben kein Interesse, uns mit ihnen anzulegen."

SC: *Diese Art zu denken und damit Lügen zu decken, die aus der Strategie der Spannung herrühren, macht das nicht jeden zum Komplizen der Verbrechen, die daraus entstehen? Bei den Journalisten und den politischen Parteien angefangen?*

DG: Persönlich denke ich, dass jedermann – Journalisten, Akademiker, Politiker – über die Verwicklungen der Strategie der Spannung und der False Flags nachdenken sollte. An diesem Punkt stehen wir heute angesichts der Phänomene, die unser Verständnis übersteigen. Deshalb muss man sich jedes Mal, wenn es terroristische Attentate gibt, fragen und zu verstehen suchen, was dahinter steckt. Erst ab dem Tag, wo man offiziell zugibt, dass False Flags tatsächlich existieren, wird man eine Liste der False Flags erstellen können, die in der Geschichte stattgefunden haben, und sich darüber einigen, was zu tun ist.

Das Streben nach Frieden ist das Thema, das mich interessiert. Es ist wichtig, die Debatte über die Strategie der Spannung in Gang zu bringen und festzustellen, dass es sich um ein reales historisches Phänomen handelt. Denn solange man die Existenz der Strategie der Spannung nicht anerkennt, kann man auch nicht handeln. Aus diesem Grund ist es wichtig zu erklären, was die Strategie der Spannung wirklich bedeutet. Und wenn man sie einmal verstanden hat, lässt man sich auch nicht mehr durch Angst oder Hass gegen eine Gruppe einnehmen.

Man muss dabei sagen, dass es sich nicht nur um ein einzelnes Land handelt, das darin verwickelt ist; dass es nicht nur die Vereinigten Staaten, Italien, Israel oder der Iran sind, sondern dass sich das überall abspielt, auch wenn bestimmte Länder daran intensiver teilnehmen als andere. Man muss verstehen, ohne dieses Land oder jene Person anzuklagen. Angst und Hass helfen uns nicht weiter, sondern lähmen die Diskussion. Ich erlebe viele Anklagen gegen die Vereinigten Staaten, oder, auf der anderen Seite, gegen den Iran und Syrien. Aber die Friedensforschung lehrt uns, dass man sich nicht zu Beschuldigungen nationalistischer Art hinreißen lassen sollte und dass weder Hass noch Angst notwendig sind. Dass Aufklärung das Wichtigste ist. Dieses Verständnis würde uns allen helfen.

Quellen:

[1] **Daniele Ganser, Historiker** und Friedensforscher, Leiter des Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER), Basel/Schweiz. Das Interview wurde bereits im Dezember 2006 geführt; die Transkription wurde für die hier vorliegende Druckfassung orthografisch und stilistisch durchgesehen.

[2] **NATO's Secret Armies:** Terrorism in Western Europe, dt.: NATO-Geheimarmeen in Europa, Orell Füssli: Zürich 2008.

[3] **False-Flag-Operation („Operation unter** falscher Flagge"): Terroraktionen, die aus politischen Gründen von Regierungen bzw. (halb-)staatlichen Organisationen im Geheimen durchgeführt werden, um anschließend andere als Urheber verantwortlich zu machen.

[4] **Stay behind („hinter** der Frontlinie bleiben"): geheime militärische Strukturen, die einen Partisanenkrieg ermöglichen sollen.

[5] **Der Begriff „Gladio"** bezeichnet die Gesamtheit aller westeuropäischen Geheimarmeen, die unter der Führung der CIA standen.

[6] **Giulio Andreotti (1919–2013),** italienischer Ministerpräsident

[7] **Pinchas Lawon (1904–1976),** bis 1955 israelischer Verteidigungsminister, musste nach der Aufdeckung der Verwicklung des Mossad in kriminelle Aktionen zurücktreten.

[8] **Gerardo Serravalle, kommandierender** General der Geheimarmee Gladio in Italien von 1971 bis 1974.

[9] **David Ray Griffin,** Peter Dale Scott (eds.): 9/11 and American Empire. Intellectuals Speak Out, 2006.

Autor:

Silvia Cattori

Unabhängige Journalistin aus der Schweiz, italienischer Muttersprache. Ihre, in Übersee verbrachten Jahre, namentlich in Südost-Asien und im Indischen Ozean, in engem Kontakt mit diplomatischen Kreisen und den UN-Agenturen, haben ihr ein sicheres Verständnis der Welt, sowie der dort herrschenden Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten, verliehen. In 2002 war sie Zeugin der von Tsahal in Cisjordanien geführten Operation „Abwehrschild".

Im Interview:

Dr. D. Ganser

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet an der Universität St. Gallen (HSG) zur Geschichte und Zukunft von Energiesystemen und an der Universität Basel im Nachdiplomstudium Konfliktanalysen zum globalen Kampf ums Erdöl. Er leitet das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel.

www.siper.ch

Dieser Text wurde zuerst AM 18. JANUAR 2007 auf voltairenet.org unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article144708.html› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND)

‹http://www.free21.org/?p=21917›

Publiziert: 07.04.2016 (11:00) Uhr, von Silvia Cattori auf www.voltairenet.org – Original: http://wck.me/NGp, Lizenz: (CC BY-NC-ND)

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält in 2016 je Magazin-Ausgabe zehn gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2016: 15.2.16/15.4.16/15.6.16/15.8.16/15.10.16/15.12.16

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2016 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS 4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org